

GEFAHR EINER KETTENREAKTION

Sicher lassen sich der Nahostkonflikt, die Lage in Mittelamerika oder im Süden Afrikas nicht gleichsetzen. Überall bestehen Besonderheiten, gibt es konkrete Spannungsquellen. Auch die britisch-argentinische Konfrontation wegen der Falklands (Malvinen) wurde von spezifischen Ursachen ausgelöst. Dennoch sind in allen gegenwärtig verschärften Konfliktsituationen gemeinsame Merkmale leicht erkennbar. Vor allem geht es um den Willen des US-Imperialismus, sich entweder direkt in Vorgänge einzumischen oder Spannungssituationen auszunutzen, um die eigenen strategischen Positionen in den verschiedenen Weltregionen auszubauen.

Die US-Diplomatie stellt ihre imperialen Bestrebungen, nicht aber wie Washington behauptet, die Sorge um den Weltfrieden in den Vordergrund. Wenn es auch den einen oder anderen Streit schlichten möchte, so hat es dabei vor allem den „Pax Americana“ im Auge.

Ist es beispielsweise nicht symptomatisch, daß während Haigs Vermittlerreisen zwischen London und Buenos Aires Washington in der Presse den Luftballon gestartet hat, man könnte doch „internationale Friedenstruppe“ auf den Falklands stationieren. Dieses Projekt ist eine eindeutige Kopie der berüchtigten „Friedenstruppe“, unter deren Flagge die USA ihre unmittelbare militärische Präsenz auf Sinai etablieren. Dort stehen bereits US-Ranger der 82. Luftlandedivision, und zwar ohne auch nur den Abzug der israelischen Besatzer abzuwarten. Diese Division aber ist das Kernstück des Interventionskorps der „Eingreiftruppe“, die vor allem für Operationen im Nahen Osten vorgesehen sind. Inzwischen hat, wie wir sehen, die militärische Bedrohung der USA in dieser Region noch konkretere Formen angenommen.

Es ist kein Zufall, daß angesichts dieser Lage die israelischen Militaristen freie Hand zu haben glauben. Die militärische Präsenz der USA im Nahen Osten gilt ihnen als besonders zuverlässige Sicherung, zu der noch die amerikanischen Waffenlieferungen und die ständigen US-Vetos im Sicherheitsrat hinzukommen. Wohl

deshalb erlauben sich Begin, Sharon und Co. gegenwärtig diesen beispiellosen Terror in den 1967 okkupierten arabischen Gebieten. Deshalb wohl auch haben sie es eilig, die Gebietserobrungen Israels auszudehnen, wie die Aggressionen im Süden Libanons überzeugend beweisen.

Dennoch entwickeln sich die Dinge im Nahen Osten keineswegs nach dem in Tel Aviv und in Washington vorgezeichneten Schema. Viele Wochen schon dauern am Westjordanufer, im Ghaza-Streifen und auf den Syrien geraubten Golan-Höhen Streiks und Protestdemonstrationen an, an denen sich praktisch die gesamte arabische Bevölkerung dieser Gebiete beteiligt, entschlossen, sich von der Okkupation zu befreien und ihre nationalen Rechte wieder einzusetzen. Dieser Prozeß läßt sich nicht rückläufig machen, um so mehr, als der Kampf des Vier-Millionen-Volkes von Palästina die ureigenste Sache der gesamten arabischen Welt ist. Der überwiegende Teil der Menschheit hat sich damit solidarisiert. Das beweisen auch die Debatten auf der außerordentlichen UNO-Sondertagung zur Palästina-Frage, die auf Antrag der nichtpaktgebundenen Länder ihre Arbeit wiederaufgenommen hat.

Heute wie nie zuvor ist deutlich: Ohne eine gerechte Lösung des Palästina-Problems ist es unmöglich, eine befriedigende Regelung im Nahen Osten und somit eine dauerhafte internationale Sicherheit insgesamt zu erzielen.

Die Weltsicherheit ist in unserer Zeit unteilbar. Explosionen in einer beliebigen Region können eine Kettenreaktion auslösen. Die Krise im Südatlantik wurde ja nicht umsonst auch von den israelischen Militaristen ausgenutzt (in der Hoffnung, sie könnten damit die Weltöffentlichkeit von ihrem eigenen Vorgehen ablenken) sowie von Washington selbst. Ihm sind die Beweise der Kriegslüsternheit der britischen Tories gegenüber Argentinien noch zu wenig. Die USA entsenden eigene Kriegsschiffe in die Territorialgewässer der souveränen lateinamerikanischen Republik Nikaragua, der sie offen mit Intervention drohen.

Den Imperialisten paßt der zunehmende Befreiungskampf im Nahen Osten, in Lateinamerika und an anderen Orten nicht. Ist das aber eine Rechtfertigung für Kanonenboot-Politik? Noch dazu in einer Welt voller Kernwaffen? Unter diesen Umständen erfordern die Interessen jedes Volkes und der gesamten Menschheit dringend die friedliche Beilegung selbst anscheinend lokal begrenzter Konfliktsituationen. Zuverlässig aber kann sie nur sein, wenn sie sich auf Gerechtigkeit, Recht und internationale Moral stützt, wofür sich die Sowjetunion und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft ständig einsetzen.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 17 APRIL 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNIAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Gefahr einer Kettenreaktion	1
V. Angarow — Madrid: Gute Dialogbasis	5
I. Titow — Großbritannien. Mit Trommelwirbel	5
L. Medwedko — Nukleare Variante des Neokolonialismus	8
Salvador Cayetano Carpio: „Verhandlungen oder Volkskrieg“ (Interview)	10
W. Grischin — Ohne Rücksicht auf den Partner	11
J. Gudkow — USA. Meuterei an Bord	12
I. Wassiljew — Einstige und Jetzige	14
B. Assojan — Simbabwe. Rassistische Intrigen	14
Notizen ◆ Glossen	16
O. Bogomolow — Sozialistische Gemeinschaft. Gebot der 80er	18
A. Usuatow — Afghanistan. Die Revolution im Vormarsch	20
K. Karagesian — BRD—USA. Wohin lockt der Rattenfänger?	22
G. Sidorowa — Die Menschen müssen die Wahrheit wissen (Das politische Buch)	25
W. Iljuschin — Katar. Wasser teurer als Erdöl	26
J. Dimow — Wenn die Blätter fallen...	26
A. Pin — Bulgarien. Vergangenes — Stufe zur Zukunft	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Das afghanische Volk begeht den 4. Jahrestag der Aprilrevolution. Sein neues Leben entsteht unter schwierigen Verhältnissen. Zu den wichtigen Aufgaben der Revolution gehört die Überwindung des Analphabetentums. Im Lande bestehen 23 000 Lehrgänge mit 550 000 Teilnehmern.

Titelbild: Bei einem Lehrgang

Foto: BTA TASS

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadi. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammaddressen: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadi, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

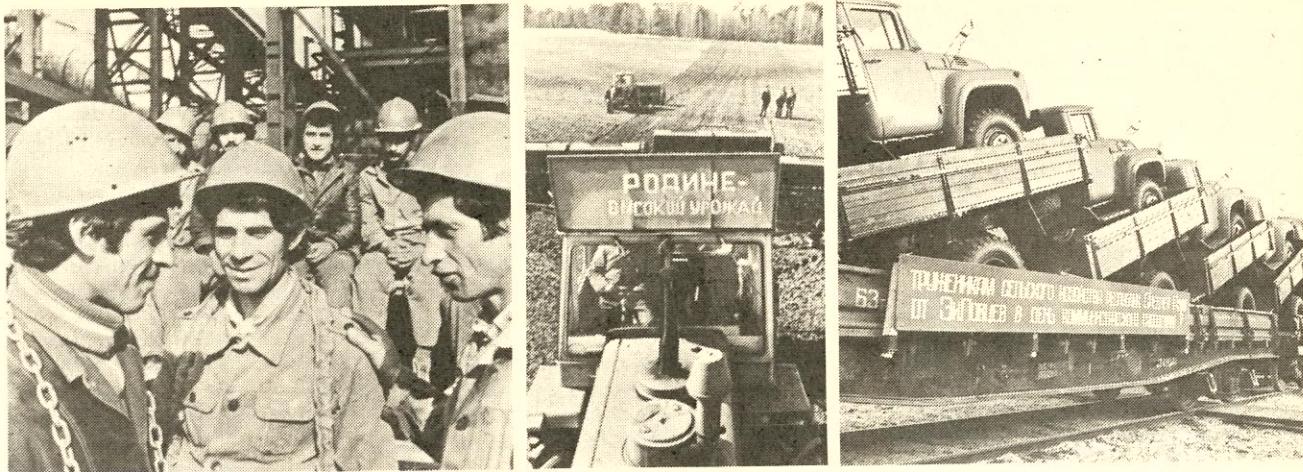
Am 15. April wurde der Generalsekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas, Kim Il Sung, Präsident der KDVR, 70 Jahre. Leonid Breschnew schickte ihm ein Glückwunschtelegramm.

Am 17. April beging das syrische Volk den 36. Jahrestag des Abzugs der ausländischen Truppen aus Syrien. In einer Grußadresse an den Generalsekretär der Partei der Arabischen Sozialistischen Wiedergeburt, Hafez Assad, Präsident Syriens, betonte Leonid Breschnew: „Die UdSSR wird auch künftig stets die Bemühungen des syrischen Volkes um die Festigung der nationalen Unabhängigkeit, um fortschrittliche sozialökonomische Umgestaltungen und eine allumfassende Nahostregelung unterstützen.“

Am 17. April faßte das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR den Beschuß „Über zeitweilige Maßnahmen zur Regelung der Tätigkeit sowjetischer Betriebe bei der Prospektierung und Erschließung von Bodenschätzen auf dem Meeresgrund außerhalb des Kontinentalshelfs“, worin es heißt: Die kompetenten sowjetischen Organe können den sowjetischen Betrieben die Erlaubnis für die Prospektierung und Erschließung von Bodenschätzen auf dem Meeresgrund außerhalb des Kontinentalshelfs ausstellen sowie die Ausmaße und geographischen Koordinaten der betreffenden Flächen des Meeresgrundes festlegen. Betriebe, die die Erlaubnis erhalten haben, dürfen mit den Arbeiten nicht vor dem 1. Januar 1988 beginnen. Das Verfahren zur Ausstellung der Erlaubnis wird vom Ministerrat der UdSSR bestimmt. Der Beschuß soll nach Inkrafttreten der neuen Konvention über das Seerecht für die UdSSR aufgehoben werden.

Am 20. April begann in Tokio die 3. Round-table-Konferenz der sowjetischen und japanischen Öffentlichkeit; das Thema lautet „Entwicklung der sowjetisch-japanischen Beziehungen über den Dialog“.

Vom 15. bis zum 18. April fand in Prag der X. Kongreß der tschechoslowakischen Gewerkschaften statt. Anwesend waren 1800 Delegierte sowie 50 ausländische Delegationen, darunter eine Delegation der sowjetischen Gewerkschaften unter WZSPS-Vorsitzendem Stepan Schalajew. Der Generalsekretär des ZK der KPTsch Gustáv Husák, Präsident der ČSSR, hielt auf dem Kongreß eine Rede. Zum Vorsitzenden des Zentralen Gewerkschaftsrates der



Zur 112. Wiederkehr des Geburtstages Lenins fand in der UdSSR am 17. April ein traditioneller kommunistischer Subbotnik statt. Unsere Bilder: Die Arbeiter Agasai Aliew, Abulfas Nagijew und Rassim Sulejmanow montierten das Gerüst für das zweite Aggregat des entstehenden Aserbaidschanischen Wasserkraftwerks; Die letzten Hektar wurden an diesem Tag auf der Experimentalstation „Perloja“ in der Litauischen SSR besät; Die im Zuge des Subbotnik im Moskauer Lichatschjow-Autowerk gebauten Kraftfahrzeuge füllten einen ganzen Zug.

Fotos: J. Chalilow, G. Svitovius und V. Sobolew (TASS)

ČSSR wurde Karel Hoffmann wiedergewählt.

Auf der internationalen Handelsmesse in Poznań (Polen) wurden die ersten Hallen dieser Saison eröffnet. Über 100 Firmen und Vereinigungen aus 18 Ländern, darunter aus der BRD, aus Frankreich, Italien, den Niederlanden, aus Österreich und der UdSSR, zeigen die neueste medizinische Technik sowie Maschinen für die Textil-, die Konfektions- und die Schuhindustrie.

Am 16. April wurde in Peking ein Handels- und Zahlungsabkommen zwischen

der UdSSR und China für 1982 unterzeichnet.

Vom 13. bis zum 17. April befand sich Nicolae Ceaușescu zu einem offiziellen Besuch in China. Dann stattete er einen offiziellen Besuch in der KDVR ab.

Am 14. April legte die chinesische Regierung einen Protest gegen den Be schluß der USA-Regierung ein, Taiwan weiterhin Ersatzteile von militärischer Bedeutung zu liefern (S. 11).

Am 14. April traf in Kabul der Beauftragte des UNO-Generalsekretärs, Diego Cordovez, zu Verhandlungen mit

der afghanischen Führung ein. Am 15. April wurde er vom Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans Babrak Karmal, Vorsitzender des Revolutionsrats Afghanistans, empfangen. Dieser betonte den friedlichen Charakter der afghanischen Politik und erklärte, daß sein Land sich für eine politische Regelung um Afghanistan einsetzt. Nach Ansicht der Afghanen wären, sagte Babrak Karmal, direkte Verhandlungen zwischen den Regierungen Afghanistans, Pakistans und Irans am wirksamsten. D. Cordovez wurde ferner von Ali Keshtmand, Vorsitzender des Ministerrates Afghanistans, empfangen. D. Cordovez besuchte auch Islamabad und Teheran, wo er mit der pakistanschen und der iranischen Führung verhandelte.

In Managua wurde eine Erklärung der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront veröffentlicht, worin die USA-Versuche, die nikaraguaneische Revolution zu destabilisieren, entschieden verurteilt werden. Wie es in der Erklärung heißt, haben die USA in letzter Zeit

L. I. BRESHNEWS ANTWERPEN AN EINEN KORRESPONDENTEN DER „PRAWDA“

Frage: In einem Gespräch mit Journalisten berührte USA-Präsident Ronald Reagan die Frage einer möglichen Begegnung mit Ihnen in New York. Diese Äußerungen gaben Anlaß zu widersprüchlichen Kommentaren.

Was ist Ihre Meinung dazu?

Antwort: Die Äußerungen des Präsidenten hinterließen tatsächlich einen recht verschwommenen Eindruck.

Was das Wesen der Sache betrifft, so sprach ich bereits im Bericht auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU über den Nutzen eines aktiven Dialogs mit den Vereinigten Staaten von Amerika auf allen Ebenen und hob hervor, daß das entscheidende Glied dabei Begegnungen auf höchster Ebene sind. Wir sind auch heute für derartige Treffen. Ein Treffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten und mir muß natürlich gut vorbereitet und solide durchgeführt werden, und nicht beiläufig im Zusammenhang mit diesem oder jenem internationalen Forum.

Konkreter gesagt, wir sind für ein solches sowjetisch-amerikanisches Gipfeltreffen, das der hohen Verantwortung unserer Staaten für die Lage der Dinge in der Welt entsprechen und die darin gesetzten Hoffnungen rechtfertigen würde.

Zu Ort und Zeitpunkt unseres möglichen Treffens mit Präsident Ronald Reagan möchte ich folgendes sagen:

Das Treffen könnte in einem Drittland, sagen wir in Finnland oder der Schweiz, stattfinden, natürlich mit vorheriger Zustimmung der entsprechenden Regierung. Ein geeigneter Termin wäre meines Erachtens der Herbst dieses Jahres, zum Beispiel der Oktober.

Das ist meine Antwort auf die gestellte Frage. Sie scheint mir völlig klar und eindeutig zu sein.

(„Prawda“, am 18. April)

ihre Wühltätigkeit zwecks Vorbereitung einer Aggression gegen Nicaragua stark aktiviert. Der Führungsrat der Regierung der Nationalen Erneuerung Nicaraguas beschloß, das Dekret über den Ausnahmezustand im Lande angesichts der wachsenden Gefahr einer USA-Aggression um 30 Tage zu verlängern.



Zehntausende Einwohner von Haiti flüchten, um dem Terror und den Repressalien der Diktatur Duvaliers zu entgehen, in die USA werden dort aber von der Polizei empfangen.

Aus: „Humanité Dimanche“ (Frankreich)

Am 19. April hielt die USA-Öffentlichkeit in Washington eine Massenkundgebung ab, die die nationale Woche der Proteste gegen die Nukleargefahr einleitete. In dieser Woche werden schätzungsweise bis zu 10 Millionen Personen an Märschen, Versammlungen, Seminaren und anderen Antikriegsdemonstrationen in 650 Städten teilnehmen. Für die Ziele der Woche haben sich die Gouverneure der Bundesstaaten Nordkarolina, Virginia, Kansas, Oklahoma, Arizona u. a. sowie viele Oberbürgermeister und Stadträte ausgesprochen.

In Barcelona (Spanien) fand ein Parteitag der Partei der Kommunisten Kataloniens statt. Er nahm Änderungen am Statut vor. Darin wird die Partei als eine revolutionäre, auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus aufbauende Partei charakterisiert. In den Dokumenten des Parteitages wurde der „Europakommunismus“ als Äußerung des Reformismus und Opportunismus in der kommunistischen Bewegung scharf kritisiert.

Auf der Tagesordnung des in München am 19. April eröffneten SPD-Kongresses steht der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit (das Land zählt 2 Millionen Arbeitslose) an erster Stelle unter den innenpolitischen Problemen. Zentral unter den außenpolitischen Problemen sind die Sicherung des Friedens, die Begrenzung des Wettrüstens und der

Ausbau der Politik der Entspannung und Zusammenarbeit.

In der vorigen Woche steuerte die britische Tory-Regierung weiterhin Kurs auf militärische Konfrontation mit Argentinien wegen der Falklandinseln oder Malvinen (S. 6).

Am 15. April wurde in Bonn ein Regierungsabkommen zwischen der BRD und den USA unterzeichnet, dem zufolge Washington das Recht bekommt, in einer „Krisensituation“ oder im Falle eines Krieges das Kontingent seiner Boden- und Luftstreitkräfte auf westdeutschem Territorium mehr als zu verdoppeln (S. 22).

Von 14. bis zum 18. April hielt sich der Präsident Frankreichs Mitterrand zu einem offiziellen Besuch in Japan auf. Auf der Heimreise hatte er einen kurzen Aufenthalt in der kanadischen Stadt Vancouver, wo er sich mit Ministerpräsident Trudeau traf.

Am 17. April trat die erste nationale Verfassung Kanadas, die von der Regierung Trudeau ausgearbeitet und vom Bundesparlament gutgeheissen worden ist, in Kraft (S. 16).

Am 14. April begann der UNO-Sicherheitsrat die Erörterung der Beschwerde einer Gruppe arabischer und moslemischer Länder über die Verstärkung des israelischen Terrors auf den okkupierten arabischen Territorien, insbesondere über die Schießerei eines fanatischen Zionisten in der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem.

Am 20. April nahm die UNO-Sondertagung über die Palästinafrage in New York ihre Arbeit auf.

Am 14. April wurde in Istanbul nach anderthalb Monaten der Prozeß gegen 52 Leiter und Aktivisten der DISK wieder aufgenommen. Zugleich begann in Istanbul ein Prozeß gegen 80 Leitungsmitglieder und Aktivisten der Arbeiterpartei der Türkei.

In der Nacht zum 18. April sprengten Extremisten in Madrid eine Telefonzentrale im Stadtzentrum. Terrorakte wurden ferner in Barcelona, San Sebastián und bei Pamplona verübt.

Am 18. April beging das Volk Simbabwe den 2. Jahrestag der Befreiung von der britischen Kolonialherrschaft. Zu Ehren des Jahrestags wurde die Hauptstadt Salisbury in Harare umbenannt (S. 14).

Ich habe sehr große Achtung vor dem Internationalismus des Sowjetvolkes, der Sowjetregierung und besonders vor ihrem außerordentlich wichtigen Beitrag zum Weltfrieden. Bedauerlicherweise wird diese zielstrebig und beharrliche Tätigkeit der Sowjetunion in den kapitalistischen Ländern verschwiegen und entstellt, wo die Presse aus Falschmeldungen und Desinformationen schöpft.

Telesforo FUENTES SUÁREZ

Las Palmas,
Kanarische Inseln,
Spanien

Die sowjetischen Menschen, die die Hauptlast des zweiten Weltkrieges getragen haben, wollen leidenschaftlich den Frieden. In der UdSSR gibt es niemanden, keine soziale Gruppe, die am Wettrüsten, an der Kriegsvorbereitung interessiert wäre. Zugleich profitieren in den USA die Bosse des Militär-Industrie-Komplexes an der Waffenproduktion. Gerade da liegen die Wurzeln des militaristischen Kurses Amerikas. Selbst wenn es die Sowjetunion gar nicht gäbe, würden die USA trotzdem einen Hochrüstungskurs verfolgen und das mit irgendeiner frei erfundenen „Bedrohung“ begründen — weil der Militarismus ein Hauptzug des sozialökonomischen Systems der Vereinigten Staaten ist.

W. PETRENKO
Moskau

Bei einer Analyse von Erklärungen der IKP-Führung kommt man zu dem Schluß, daß diese von den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus abgegangen ist. Offenbar hofft sie so, mehr Wähler zu gewinnen. Wie mir scheint, brauchen diese Politiker gerade für den Flirt mit den kleinbürgerlichen Wählerschichten der italienischen Gesellschaft ihre „Sonderposition“, den faktischen Verzicht auf den proletarischen Internationalismus.

A. CHAWRONJUK
Gebiet Tschernowzy, Ukr. SSR

MADRID: GUTE DIALOGBASIS

Viktor ANGAROW

Das Madrider Treffen pausiert, aber es gibt bilaterale Konsultationen auf unterschiedlichen Ebenen, bei denen die Probleme der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit ständig einen bedeutenden Platz einnehmen.

Die Geschicke der Entspannung bewegen die Europäer und verlassen realistisch denkende Politiker und Staatsmänner, nach Wegen und Mitteln zur Gesundung des Weltklimas zu suchen. Das ist natürlich, wenn man daran denkt, wie schwer es seinerzeit war, die Folgen des kalten Krieges zu überwinden und die gesamteuropäische Zusammenarbeit anzubahnen. Die historischen Erfahrungen haben gezeigt: Kalter Krieg vertieft die strittigen Probleme, kompliziert die internationale Lage aufs äußerste und führt die Beziehungen zwischen den Staaten in ein solches Labyrinth, aus dem sich kaum ein Ausgang findet.

Der Erfolg von Helsinki bot die Möglichkeit, Frieden und Sicherheit auf dem Kontinent wesentlich zu festigen.

Allerdings hat das Madrider Treffen ergeben, daß Europas Gang auf dem von Helsinki vorgezeichneten Weg offenbar nicht in die außenpolitischen Konzeptionen der US-Administration paßt. Daher die massierten Versuche Washingtons, einen positiven Abschluß des Madrider Treffens zu verhindern, den gesamteuropäischen Prozeß zu torpedieren und die Entspannungspolitik zu blockieren.

Die Diversität der USA mußte in Europa natürlich Besorgnis und Wachsamkeit auslösen. Angesichts der Entspannung und der Entwicklung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit begannen viele europäische Länder, eine bedeutsamere Rolle in den internationalen Beziehungen zu spielen. So verstärkten sich die Aktivitäten der neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten Europas.

Das weltpolitische Klima hängt in vielem, aber nicht allein vom Zustand der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen ab. Bei der Lösung globaler und in erster Linie europäischer Probleme ist das politische Gewicht und der Einfluß anderer Staaten von außerordentlicher Bedeutung. Das zeigte sich eindeutig in Madrid.

Mehrmals kamen während des Madrider Treffens von den neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten

ten nützliche Initiativen, die sich auf dessen Verlauf auswirkten. Im März v. J. bereiteten sie inoffiziell den Entwurf eines Schlußdokuments für das Treffen vor. Am 16. Dezember 1981 aber legten die Delegationen Österreichs, Zyperns, Liechtensteins, San Marinos, Finnlands, der Schweiz, Schwedens und Jugoslawiens bereits offiziell einen solchen Entwurf vor, in dem außer den seinerzeit koordinierten Thesen auch vom Standpunkt der Urheber mögliche Übereinkünfte zu allen Abschnitten der Schlußakte, darunter zu einer so bedeutenden Frage, wie die Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Abrüstung in Europa, ihren Ausdruck fanden. Dieses 39 Druckseiten starke Dokument wurde von vielen Teilnehmern als sehr zeitgemäßer Versuch gewertet, den schwierigen, aber sinnvollen Kompromiß zu finden. Eine positive Wertschätzung gab das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, UdSSR-Außenminister Andrej Gromyko, in einer Ansprache während seines kürzlichen offiziellen Freundschaftsbesuchs in der SFRJ ab.

„Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß alle Teilnehmerstaaten nach der Wiederaufnahme des Treffens im Herbst d. J. Anstrengungen unternehmen, damit es positive Entscheidungen zu allen Abschnitten der Schlußakte von Helsinki fassen kann, und insbesondere eine Entscheidung über die Einberufung der Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Abrüstung in Europa“, sagte Gromyko. „Eine gute Basis dafür bietet, nach unserer Ansicht, der Entwurf des Schlußdokuments, den die neutralen und nichtpaktgebundenen Länder, unter ihnen Jugoslawien, vorgelegt haben.“

In der nach Abschluß des Besuchs veröffentlichten sowjetisch-jugoslawischen Mitteilung wird die Bereitschaft beider Seiten verdeutlicht, in dieser Richtung vorzugehen, und betont, die Menschheit besitze keine Alternative zur aktiven friedlichen Koexistenz, und nur auf dieser Grundlage ließen sich ein dauerhafter Frieden, Sicherheit und Stabilität gewährleisten.

Wie sieht der Inhalt des Entwurfs des Schlußdokuments aus?

Aus dem Madrider Treffen nahestehenden Kreisen wurde bekannt, daß er die ganze Skala der Fragen

der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die in der Schlußakte angeschnitten sind, erfaßt. In der Präambel wird die Wichtigkeit hervorgehoben, alle Punkte und Prinzipien des historischen Aktes von Helsinki zu realisieren, der von Leonid Breschnew mit einem guten Wellenbrecher verglichen wurde, der die gegen die Entspannung gerichtete Brandung bricht. In dem Entwurfsabschnitt, der den Fragen der europäischen Sicherheit gilt, stehen die Aufgaben der Festigung der Entspannung, der gesetzlichen Verankerung der Prinzipien von Helsinki, der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Enthalten ist der Aufruf an die Teilnehmerstaaten, die das noch nicht getan haben, sich den internationalen Verträgen über die Menschenrechte anzuschließen (unter den Großmächten betrifft das lediglich die USA). Ferner der Appell an alle Länder, die Deklaration der Regierung Maltas zu achten, in der sie erklärte, die Republik Malta stelle als effektiven Beitrag zur Sache der Entspannung, des Friedens und der Sicherheit in der Mittelmeerregion einen neutralen Staat dar, der die Politik der Nichtpaktgebundenheit unterstützt (wie sich bei der Debatte dieser Frage ergab, entsprach diese Aktion Maltas nicht dem Gusto der USA). Ein Sonderabschnitt gilt Fragen im Zusammenhang mit der Einberufung der Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Abrüstung in Europa, deren Bedeutung und Aktualität kaum zu überschätzen sind. Es gibt Abschnitte zur Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Umweltschutz, im humanitären und in anderen Bereichen. Besonders hervorgehoben sind Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum. Und schließlich wird entsprechend der Schlußakte die Einberufung eines weiteren Folgetreffens von der Art des Madrider angesprochen.

Wie sich bereits aus den aufgezählten Abschnitten ergibt, handelt es sich um ein inhaltsreiches und vielschichtiges Dokument mit einer Reihe von Punkten, in denen die politische Bedeutung der gesamteuropäischen Konferenz und des von ihr eingeleiteten Prozesses, der Wege und Mittel für verstärkte Anstrengungen der Teilnehmerstaaten zur Festigung der Sicherheit, zum Ausbau der Zusammenarbeit und zur Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses in Europa

betont wird. Es wird auf die Notwendigkeit verwiesen, die Schlußakte vollständig zu realisieren.

Ausgehend von den Interessen einer erweiterten Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und in anderen Bereichen haben die neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten Punkte in den Entwurf aufgenommen, die auf die Schaffung günstiger Voraussetzungen für den gegenseitig vorteilhaften Handel und ebensolche wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Kontakte abzielen. Wesentliche Beachtung gilt im Entwurf den Fragen der Zusammenarbeit in humanitären Bereichen.

Natürlich sind auch die sozialistischen Länder für den weiteren Ausbau dieser Kontakte, doch muß dies alles den Interessen des Friedens und der Völkerverständigung untergeordnet sein, wie das in der Schlußakte fixiert ist. Die Sowjetunion hat in Madrid alle konstruktiven Vorschläge — darunter auch der neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten — unterstützt, die zum Ausbau der Zusammenarbeit in humanitären Bereichen auf den Prinzipien von Helsinki beitragen können.

„Wir sind bereit, Fragen, die die Erleichterung der Bedingungen für die Familienzusammenführung und für die Eheschließung zwischen Bürgern verschiedener Staaten sowie Maßnahmen, die die Entwicklung nützlicher Kontakte in Kultur, Information, Bildung und Wissenschaft fördern, sachlich zu prüfen“, sagte der sowjetische Delegationschef, der stellvertretende UdSSR-Außenminister Iljitschow auf dem Madrider Treffen. „Eine solche Zusammenarbeit kann natürlich nur im Einklang mit den Punkten der Schlußakte von Erfolg sein, die ... die uneingeschränkte Einhaltung der Gesetze jedes Landes und die Unzulässigkeit der Einmischung in innere Angelegenheiten vorsieht.“

Die UdSSR hält sich strikt an die Übereinkünfte von Helsinki und setzt sich zusammen mit den anderen sozialistischen Bruderländern für die Annahme wichtiger Beschlüsse zu allen Abschnitten der Schlußakte auf dem Madrider Treffen ein. Vorrangige Bedeutung aber mißt sie jenen Abschnitten bei, die unmittelbar auf die Festigung der Entspannung und ihre Ausdehnung auf den militärischen Bereich abzielen. Eine

wichtige Rolle dabei soll bekanntlich die Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Abrüstung in Europa spielen.

Die Einberufung einer solchen Konferenz wird aktiv von Finnland, Österreich, Schweden, Jugoslawien sowie anderen neutralen und nichtpaktgebundenen Ländern unterstützt.

Daneben betrachten diese Staaten, wie das aus ihrem Entwurf hervorgeht, verstärkte Anstrengungen der Teilnehmerstaaten als eine wichtige Aufgabe des Madrider Treffens, mit denen die Entspannung effektiv und dauerhaft, lebensfähig und allseitig sowie gemäß den Verpflichtungen aus der Schlußakte von Helsinki umfassend gemacht werden muß. Die internationale Entspannung ist ein weitreichender und langfristiger Prozeß, der den Interessen aller Länder und Völker entspricht, sagte der ehemalige finnische Außenminister Väyrynen in einem Interview für „Uusi Suomi“. Die gegenwärtig in der Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten der europäischen Sicherheitskonferenz entstandenen Schwierigkeiten sind zeitweiligen Charakters, da die objektiven Fak-

GROSSBRITANNIEN

MIT TROMMELWIRBEL

Von unserem ständigen Berichterstatter Igor TITOW

Die britische Flotte nähert sich den Falklands (Malwinen). Der Flugzeugträger „Invincible“ hat Kernwaffen an Bord. Im Kriegsfall droht Großbritannien mit dem Einsatz der strategischen „Vulcan“-Bomber gegen Militärstützpunkte in Argentinien. Auch die argentinische Flotte ist ausgelaufen. Ein Küstenschutzboot konnte die britische U-Boot-Blockade durchbrechen.

Die hiesige Presse bezeichnet Außenminister Lord Carrington als erstes Opfer der Falkland-Krise. Er reichte zusammen mit zwei anderen Beamten des Foreign Office seinen Rücktritt ein. Seit Monatsbeginn gab es in Westminster drei außerordentliche Debatten. Die Parlamentarier mußten sogar ihren Osterurlaub abbrechen.

Um die Öffentlichkeit von den inneren und außenpolitischen Fehlkalkulationen abzulenken, hat die Regierung ein erprobtes Mittel ergriffen: im Lande wurden die Kriegstrommeln gerührt. Das Tory-Kabinett verkündete Sondervollmachten. Mehrere Zivilschiffe wurden mobilisiert und überstürzt zur Beförderung von Marineinfanterie und Militärtechnik und zu Lazarettsschiffen umgebaut. Gleichzeitig entfesselte die bürgerliche Rechtsopposition eine chauvinisti-

sche Kampagne und heizt die Kriegspsychose im Land an. Zeitungsseiten und Sendezeit in Rundfunk und Fernsehen werden bereitwillig Hurra-Patrioten mit strammer Haltung und „Falkenallüren“ zur Verfügung gestellt.

In der Hoffnung, Unterstützung für ihre kolonialistischen Aktionen zu finden, richtete die konservative Regierung den Blick auf die USA. Außenminister Haig nahm Pendelflüge zwischen Washington, London und Buenos Aires auf. Die stundenlangen Gespräche Haigs mit den Regierungen Großbritanniens und Argentiniens blieben jedoch bislang ergebnislos.

Die britischen Politiker haben begründete Hoffnung darauf, Washingtons Sympathien auf ihrer Seite zu finden. Nicht umsonst folgte die Tory-Regierung blind den extremistischen Initiativen der US-Administration und trat als ihr treuer Amtswalter auf dem europäischen Kontinent auf. Jetzt, so glaubt man in Whitehall, sei es auch für Washington an der Zeit, die „besonderen Beziehungen“ zu seinem nächsten Verbündeten unter Beweis zu stellen.

Doch die US-Administration sah sich in einer zwiespältigen Lage. Einerseits ist in den Konflikt ein NATO-Partner,

andererseits ein OAS-Mitglied verwickelt. Washington leistet Großbritannien zwar politische und moralische Unterstützung, ist aber bemüht, zu manövrieren. Das wiederum löst in London offene Verärgerung aus, weil man dort am Erhalt von Spionageinformationen über die Positionen der argentinischen Flotte, die von US-Satelliten und Aufklärungsflugzeugen kommen, nicht genug hat. Die britische Presse fordert, sichtlich als Sprachrohr Whitehalls, Washington schon mehrere Tage auf, der Tory-Regierung die eindeutige Unterstützung auszusprechen. „Präsident Reagan muß das Ausmaß des bereits entstandenen Mißtrauens begreifen“, betont der „Sunday Telegraph“. „Bislang war die Reaktion der Reagan-Administration auf die britischen Bemühungen weniger nützlich, als man das von dem Verbündeten hätte erwarten können.“ Die USA seien schon lange nicht mehr so unpopulär in England gewesen, bemerkt der „Daily Telegraph“.

Obwohl London seine EG-Partner zu Wirtschaftssanktionen gegen den argentinischen Import veranlassen konnte, ist die Reaktion der „Zehn“ auf die britische Eskalade im Südatlantik nicht eindeutig. Viele Regierungen der EG-Länder begreifen die Gefährlichkeit eines bewaffneten Konflikts zwischen Großbritannien und Argentinien, obwohl sie das offen nicht aussprechen.

Eine Bestätigung dafür waren die heftigen Diskussionen in Brüssel um die

toren, die der Entspannung und dem Prozeß der Verhandlungen, der in Helsinki aufgenommen wurde, zu grunde liegen, unverändert bleiben. Davon ausgehend glauben wir, betonte Väyrynen, daß auf dem Madrider Treffen beharrlich an der Abfassung des Schlußdokuments und an der Sicherung der Fortführung des Verhandlungsprozesses gearbeitet werden muß.

Die Entspannung ist eine sehr wichtige Errungenschaft der europäischen Völker, die der ganzen Welt ein gutes Vorbild für den Aufbau zwischenstaatlicher Beziehungen auf der Basis des dauerhaften Friedens, der Verständigung und der Zusammenarbeit geben. Wie der Ablauf des Madrider Treffens zeigt, achten die neutralen und nichtpaktgebundenen Länder Europas diese Errungenschaft und widersetzen sich Versuchen, die Entspannung zu untergraben und in die Zeiten des kalten Krieges zurückzukehren.

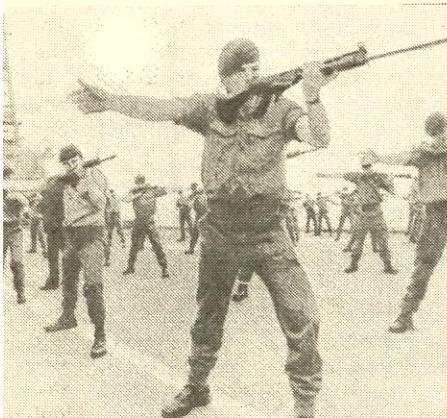
Bei der Analyse des Entwurfs des Schlußdokuments und der Aktivitäten mancher neutraler und nichtpaktgebundener Länder in Madrid muß man allerdings konstatieren,

dass sie sich leider nicht immer und in allem strikt an die Schlußakte halten, in der die Verpflichtungen der Seiten genau ausbalanciert sind. Es waren gewisse Schwankungen zu beobachten, was teilweise aus dem offenen Druck seitens der USA und einiger anderer NATO-Länder hervor, die den gesamteuropäischen Prozeß deformieren und die Übereinkünfte von Helsinki revidieren wollen. Unverständnis löste z. B. die Haltung aus, die einige neutrale Staaten in der letzten Phase des Madrider Treffens im Zusammenhang mit den Versuchen der USA und etlicher ihrer NATO-Verbündeten einnahmen, unter dem Vorwand der internen Vorgänge in der VR Polen den Verlauf des Forums maximal zu komplizieren und seine normale Arbeit zu stören.

Trotz der festzustellenden Schwankungen und einiger Nuancen in der Haltung der Neutralen zu mehreren Fragen — wodurch übrigens die Erklärung der sowjetischen Delegation ausgelöst wurde, sie könne nicht jede Zeile und jedes Wort des Entwurfs unterschreiben —, haben die neutralen und nichtpaktgebundenen Länder insgesamt

eine positive Rolle auf dem Treffen gespielt. Andrej Gromyko erklärte in Belgrad: „Wenn es gelang, seinen Abbruch zu verhindern, dann nur, weil sich die sozialistischen Länder dagegenstellten und andere europäische Staaten sich verantwortungsvoll verhielten, u. a. die neutralen und nichtpaktgebundenen, die an der Weiterführung des gesamteuropäischen Prozesses interessiert sind, dessen Kulmination die in Helsinki unterzeichnete Akte ist. Jene, die den Kurs auf einen Abbruch des Treffens verfolgten, haben, wie man annehmen darf, empfunden, daß die neutralen Länder nicht irgendwelche Fähnchen auf der politischen Karte sind, die man nach eigenem Gutdünken verschieben kann.“

Die neutralen und nichtpaktgebundenen Länder spielen weiter eine positive Rolle im Zusammenhang mit dem Madrider Treffen. Sie haben sich mehrfach als Verfechter der Fortsetzung des konstruktiven Dialogs erwiesen. Der von ihnen in Madrid vorgelegte Entwurf des Schlußdokuments ist eine gute Basis zur Erzielung für alle annehmbarer Resultate. ■



Britische Marineinfanteristen beim regelmäßigen Ausbildungstraining auf Kriegsschiffen

Fotos aus: „International Herald Tribune“ (USA)

Sanktionen. Anfangs ging es nur um eine 15-tägige Frist dieser Maßnahme. Großbritannien machte bei seinen Partnern mit Gewalt noch weitere 15 Tage locker. Auf mehr als einen Monat aber ließen sich die EG-Mitglieder nicht ein. Diese „Solidarität“ könnte leicht verdunsten, bemerkte der „Guardian“, wenn die Diplomatie von militärischen Mitteln verdrängt werde und wenn die EG-Partner fühlen sollten, daß das „Empire-Trauma“ Großbritanniens im Südatlantik ihren langfristigen wirtschaftlichen und

strategischen Interessen in Lateinamerika im Wege steht.

Was nun hat die Querelen um die Falklands (Malvinen) ausgelöst? Anfangs wurde das Waffengeklirr mit der Sorge um die Interessen der dortigen britischstämmigen Bewohner gerechtfertigt. Allmählich aber reifte selbst in den hitzigsten Hirnen der Gedanke, daß ein militärisches Vorgehen zur „Wiederherstellung der britischen Souveränität“ in erster Linie zu großen Opfern unter den Objekten dieser Sorge führen müsse.

Augenscheinlich sind die wahren Gründe für die kompromißlose Haltung der britischen Regierung in dem Streit mit Argentinien in anderen Bereichen zu suchen. Nach Expertenansicht gibt es im Kontinentschelf zwischen Argentinien und den Falklands (Malvinen) sowie weiter bis zur Antarktis Erdölvorkommen, die die erkundeten Nordseevorkommen um ein Mehrfaches übertreffen.

Die Firma „Western Geophysical“ mit Sitz in Houston (USA) hat im Auftrag der BP und einiger US-Konzerne in den 70er Jahren eine Erkundung des Erdölpotentials der Inseln vorgenommen. Wie der „Daily Telegraph“ schreibt, werden die Untersuchungsergebnisse streng gehimmt und sind nur dem Management einiger Erdölkonzerns bekannt. Laut „Financial Times“ sind an der Ausbeutung der Vorkommen in dieser Region solche Petrolgiganten wie BP, Exxon, Gulf, Texaco und andere interes-

siert. Entspricht das den Tatsachen, wird leicht begreiflich, warum Großbritannien die Gespräche mit Argentinien über die Entkolonialisierung der Falklands (Malvinen), entgegen der bekannten UNO-Resolution, verzögert. Zum Nachdenken Anlaß gibt auch ein hier kürzlich erschienenes Buch des australischen Forschers F. Auburn, in dem er schreibt: „Solange der Disput nur um eine Gruppe entfernter Inseln mit geringer Bevölkerung und wenig wirtschaftlicher Attraktivität ging, erschien eine allmähliche Regelung möglich. 1974 aber entstand ein wesentliches Interesse an den Erdölvorkommen im Kontinentschelf.“

Innenpolitisch hat sich die „Falkland-Krise“ außer durch die erzwungene Regierungsumbildung infolge des Rücktritts einiger Minister auch dadurch bemerkbar gemacht, daß die Position Margaret Thatchers ins Wanken geriet, die ihre Zukunft mit den Falkland-Inseln verband, wie die „Financial Times“ schreibt.

Hiesige Kommentatoren äußern Zweifel daran, die Chef der Konservativen könne diese Krise politisch überleben. Und das bereits jetzt, da die Kanonen noch schweigen und es im fernen Südatlantik noch keine toten und verwundeten britischen Soldaten gibt. Obriens haben sich 58% der Briten gegen eine Zuspiitung des Konflikts ausgesprochen. London, am 20. April

NUKLEARE VARIANTE DES NEOKOLONIALISMUS

Leonid MEDWEDKO

Experten aus der Brookings Institution in Washington zählten noch bis Ende der 70er Jahre, wie oft die USA mit einem Kernwaffeneinsatz drohten. Nach dem Amtsantritt der Reagan-Administration sind solche Drohungen so häufig geworden, daß die amerikanischen Experten in Strategie und Politik nicht mehr mitkommen.

Die Konzeptionen der „nuklearen Abschreckung“ und eines „begrenzten Nuklearkrieges“ bilden die Grundlage der Reagan-Strategie, die USA-Verteidigungsminister Weinberger die Strategie einer „direkten Konfrontation“ nannte. Zu ihrem Wesen meinte der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs D. Jones, die Rede sei von einer Konfrontation nicht nur in globalen Ausmaßen zwischen den USA und der UdSSR, sondern auch „auf regionalen Ebenen“. Es handelt sich um die Ausdehnung der Konzeption der „nuklearen Abschreckung“ auf die nationalen Befreiungsbewegungen, die Washington als Äußerung des „internationalen Terrorismus“ hinstellt.

Diese Strategie erhöht das Risiko des Einsatzes sowohl konventioneller als auch nuklearer Waffen. Außerdem senkt sie die „Atomschwelle“ und verwischt die Grenze der Anwendung von Massenvernichtungswaffen.

Hinter den USA-Strategen wollen die Politiker nicht zurückbleiben, zumal das diplomatische Amt in Washington jetzt unter Alexander Haig, dem ehemaligen Obersten NATO-Befehlshaber Europa, steht. Dieser neue Außenminister gab freimütig die Absicht Washingtons bekannt, schon im laufenden Jahr „mit beiden Beinen fest auf dem Boden der dritten Welt zu stehen“. Das Ziel ist also verkündet. Um es zu erreichen, schlägt das State Department vor, beherzter — wie in guten alten Zeiten — von der Diplomatie der Kanonenboote (in Flugzeugträger-Ausführung) und von der Politik des großen Knüppels (in nuklearer Variante) Gebrauch zu machen.

Manchmal hört man, es handele sich um die Rückkehr zu den altbewährten Mitteln des „klassischen“ Kolonialismus, um eine amerikanische „Rekolonisierung“ der ehemaligen Besitzungen der westeuropä-

ischen Mächte. Zudem seien die europäischen Bündnispartner, wie Haig es ausdrückt, „offensichtlich feige“, „schizophren“ und außerstande, sich wieder in ihren herkömmlichen „Einflußsphären“ zu behaupten. Aber die heutige USA-Variante des Kolonialismus trägt, im Unterschied zum alten Kolonialismus, deutlich den nuklearen Stempel. Nicht von ungefähr belebt die heutige USA-Administration die bekannte These des kalten Krieges wieder, die Gefahr eines totalen Kernwaffenkrieges sei die beste Garantie des Friedens. Die Perspektive eines „begrenzten Nuklearkrieges“ dürfe die Völker der jungen Nationalstaaten nicht erschrecken, betreffe sie doch die „sowjetische Bedrohung“, und gegenüber dieser sei die Gefahr einer „Rekolonisierung“ ihres Territoriums nicht mehr gar so schlimm.

Eine solche Bearbeitung der Öffentlichkeit ist offensichtlich tendenziös. Sie verfolgt das Ziel, die UdSSR abzuschrecken, den Menschen den Gedanken an die Unvermeidlichkeit wenn nicht eines totalen, so doch eines „begrenzten“ Kernwaffenkrieges zu suggerieren und der Bevölkerung der jungen freien Länder eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber dem nuklearen Wettrüsten anzuerziehen: Dieses laste ja nur auf denjenigen, die Atomwaffen produzieren, und bedrohe in erster Linie die Großmächte. Nichts ist gefährlicher als ein solcher Irrtum.

Arithmetik der nuklearen Erpressung

Das bezeugt die ganze Nachkriegsgeschichte. Die atomare Erpressung gegenüber der UdSSR erwies sich bekanntlich als sinnlos. Dagegen hat sich die Gefahr eines Nuklearkrieges mit all seinen katastrophalen Folgen heute zu einem Faktor ausgewachsen, der alle Länder angeht. Darüber gibt schon die Arithmetik der atomaren Erpressung Aufschluß. Washingtons Drohungen, Kernwaffen anzuwenden, galten beiße nicht nur der UdSSR. Den Berechnungen der Brookings Institution zufolge war zumindest 31mal die Rede von der Möglichkeit ihrer Anwendung in regionalen Konflikten auf „überseeischen Kriegsschau-

plätzen“, d. h. hauptsächlich gegen die jungen Nationalstaaten.

Wenn die USA früher der Inbegriff des Neokolonialismus waren, so sind sie heute, nach der Verkündung der Strategie einer „direkten Konfrontation“, die Inspiratoren des nuklearen Kolonialismus. Im Grunde widerspiegelt das eine Krise der traditionellen neokolonialistischen Methoden. Die wirtschaftlichen und politischen Methoden, die imperialistische Herrschaft durchzusetzen, haben sich als wirkungslos erwiesen. Deshalb verschiebt man, ohne diese Politik aufzugeben, den Akzent auf die militärischen Methoden, einschließlich der Drohung, die modernsten Raketenkernwaffen sowie solche barbarischen Mittel wie die chemischen und bakteriologischen Waffen anzuwenden.

London hält sich heute an Washington. Das jüngste Beispiel ist die Demonstration der Stärke durch die Entsendung britischer Kriegsschiffe in den Südatlantik. Laut Pressemeldungen tragen sie Kernwaffen an Bord.

Die mit jedem Jahr zunehmende Gefahr eines Nuklearkrieges wird noch unheilvoller, wenn man bedenkt, daß die neue globale Strategie Washingtons durch die regionalen Strategien seiner „nichtkontrollierten“ Bündnispartner (Israel, RSA, Pakistan) ergänzt wird. Sie erarbeiten ihre eigenen Nuklearprogramme und besitzen schon chemische und bakteriologische Waffen, die sie gegen die Nachbarländer einsetzen könnten.

Nach Meldungen, die wiederholt in die ausländische Presse durchsickerten, hatte Israel am Anfang des Oktoberkrieges 1973 schon bis zu 20 Einheiten Kernwaffen mit den erforderlichen Trägermitteln. Der Piratenangriff auf die Kernforschungszentrale bei Bagdad zeigte, daß Tel Aviv offen auf das nukleare Monopol in seiner Region reflektiert. Zudem gedenken die USA, in Israel und vielleicht einigen anderen Nahostländern, ebenso wie in Westeuropa, ihre Depots von Nuklear-, darunter Neutronenwaffen anzulegen.

Der Bumerang

Hier sind zwei weitere wichtige Umstände in Betracht zu ziehen. Erstens unterliegen sowohl die bestehenden als auch die entstehenden USA-Militärstützpunkte im Nahen Osten, die in den anliegenden Meeren kreuzenden USA-Flugzeugträger sowie die dort stationierten Träger- und Leitmittel für Kernwaffen, etwa AWACS-Flugzeuge, nicht der Kontrolle der nationalen Regierungen.

Die Kernwaffen dieser Stützpunkte können ohne Wissen der Regierungen angewandt werden. Das schmälernt die nationale Souveränität der Nahoststaaten, mehr noch: Das verwandelt sie zu nuklearen Geiseln Washingtons mit seinen imperialen Ambitionen und Tel Avivs mit seinen expansionistischen Gelüsten.

Zweitens hat der Imperialismus nach dem Zerfall der CENTO heute im Nahen und Mittleren Osten, anders als in Westeuropa, keine offiziellen Bündnispartner mehr; deshalb versuchen die USA, diesen „Mangel“ durch bilaterale Abkommen wettzumachen, vor allem mit Israel sowie mit Ägypten, Oman und Saudi-Arabien. Zugleich will Washington einige regionale Organisationen seinen aggressiven Plänen anpassen, z. B. durch Lieferungen von Waffen und moderner Kriegstechnik aus den USA. Selbstverständlich bekommen die arabischen Länder sie nicht gratis, sie zahlen mit Dollars aus dem Erdölverkauf. Aber Kontrolle über die Technik wird von USA-Fachkräften übernommen. Ihre Bestimmung hat nichts mit der Sicherheit der arabischen Staaten zu tun. Ein beredtes Beispiel dafür war die Abmachung über den Verkauf von 5 AWACS-Maschinen an Saudi-Arabien. Sie haben amerikanische Besetzungen und sollen das Rückgrat eines für die arabischen Staaten der Golfregion gemeinsamen Luftverteidigungssystems bilden. In Wahrheit dienen sie jedoch nicht den arabischen Kunden, die bezahlt haben, sondern den USA und Israel. AWACS-Flugzeuge, die im Luftraum Saudi-Arabiens bereits Patrouille flogen, haben kein einziges Mal das Eindringen israelischer Piraten in seinen Luftraum verhindert. So „übersahen“ sie den Luftangriff israelischer Flugzeuge auf die irakische Kernforschungszentrale, obwohl die Route über Saudi-Arabien verlief. Die AWACS-Maschinen sind eher dazu da, solche Piratenhandlungen sicherzustellen als sie zu verhindern. Und das ist wohl auch der wahre Zweck der USA-Hilfe für die arabischen Staaten am Persischen Golf bei der Anlegung ihres gemeinsamen Luftverteidigungssystems.

Die Ausdehnung der nuklearen Strategie auf den Nahen und Mittleren Osten, den Washington zu seiner „dritten zentralen strategischen Zone“ mit allen sich daraus ergebenden Folgen (Aktivierung des Militarismus, Wettrüsten, Erhöhung der direkten militärischen USA-Präsenz, Lagerung unterschiedlicher, darunter nuklearer Waffen) erklärt hat, bedeutet im Grunde einen Ver-

... In dem Streben, die Weltgeschichte aufzuhalten, die Entwicklung des Sozialismus zu stören und die Befreiungsbe wegung der Völker abzuwürgen, haben die aggressiven Kräfte des Imperialismus die Weltlage äußerst zugespitzt. Sie schaukeln das Wettrüsten beispiellos auf. Sie greifen frech in die Angelegenheiten anderer Länder und Völker ein und versuchen, ihnen zu diktieren. Sie verkünden offen Pläne der Entfesselung eines Nuklearkrieges.“

(Aus L. I. Breschnews Rede in Taschkent am 24. März 1982)

such, den nuklearen Kolonialismus durchzusetzen.

Der Sinn der vom Imperialismus abgewandelten neokolonialistischen Strategie, als „Konzeption der Interdependenz“ in der Wirtschaft bekannt, lief darauf hinaus, die jungen freien Staaten politisch und wirtschaftlich an den staatsmonopolistischen Kapitalismus und die transnationalen Konzerne zu fesseln.

Ein solches Modell mehrte die Reichtümer der ausländischen Monopole und erhöhte die Einkünfte der einheimischen Elite, bewirkte jedoch eine mißgestaltete, unausgeglichene Entwicklung der Wirtschaft und eine Verschärfung der Klassengegensätze in den jungen freien Staaten. Aber der Neokolonialismus hat sich verrechnet. Eine Versöhnung des Imperialismus mit den jungen freien Staaten hat nicht stattgefunden, die antagonistischen Gegensätze zwischen ihnen haben sich verschärft. Davon zeugt die antimonarchistische, antiimperialistische Revolution in Iran, diesem ehemaligen „Schaufenster“ der neokolonialistischen Prosperity als Folge der „Interdependenz“. Davon zeugt auch die Beseitigung Sadats von der politischen Bühne, obwohl auch er ein mustergültiger Verbündeter des Neokolonialismus in der arabischen Welt schien. Es ist also nicht gelungen, die wirtschaftliche Ungleichheit und die „Interdependenz“, in Wirklichkeit aber nicht die gegenseitige, sondern die einseitige Abhängigkeit der jungen freien Staaten von der kapitalistischen Welt zu verwirken.

Militärprogramm der Unsicherheit

Als klar wurde, daß die jungen Staaten bei dem weltweiten Kräfteverhältnis, das sich zugunsten des Sozialismus verändert, fähig sind, dem imperialistischen Diktat standzuhalten und rechtsgleiche Wirtschaftsbeziehungen durchzusetzen, beschloß der Neokolonialismus, zur Politik des großen Knüppels in ihrer nuklearen Abwandlung zurückzukehren.

Der heutige militärische Kolonialismus versucht, seine Expansion

und militaristische Aktivität in der dritten Welt ebenfalls durch eine Art Theorie der „Interdependenz“ zu rechtfertigen. Diesmal geht es um das Streben, die hegemonistischen Pläne der aggressiven USA-Kreise mit den Sicherheitsinteressen der jungen Nationalstaaten zu verbinden — unter dem Vorwand, sie gegen die „kommunistische“ bzw. „sowjetische Bedrohung“ verteidigen zu müssen. Ebenso wie auf wirtschaftlichem Gebiet verfolgt die These von der „Interdependenz“ das Ziel, die UdSSR und das sozialistische Weltystem von der Lösung der wichtigsten Gegenwartsprobleme der Welt auszuschalten, ob es nun die Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung oder die Gewährleistung der internationalen Sicherheit ist. Wenn der Imperialismus den Führern und der nationalen Bourgeoisie der jungen freien Länder einredet, ihre Interessen und die der Monopole der kapitalistischen Staaten seien eins, will er letztendlich die Zusammenarbeit dieser Länder mit dem sozialistischen Weltystem untergraben und ihnen erneut das eigene politische und wirtschaftliche Diktat aufzwingen.

Aber die Völker der jungen Nationalstaaten wissen aus der Geschichte und anhand der Ereignisse der jüngsten Zeit, wie gefährlich die ihnen aufoktroyierte „Symbiose“ mit dem Monopolkapital ist. Wenn die Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern des industriellen Kapitals im Rahmen der „Interdependenz“ als ein Wachstum ohne Entwicklung bezeichnet werden, so sind die neuen Konzeptionen des militärischen Kolonialismus, der „horizontalen Ausdehnung“ bewaffneter Konflikte und eines „begrenzten Nuklearkrieges“ ein Militärprogramm der Unsicherheit. Letzten Endes aber bedeuten sie nicht nur den weiteren Rüstungswettlauf in der dritten Welt, sondern auch den Amoklauf zur nuklearen Katastrophe.

Eine solche Perspektive kann aber die Völker, die die wahre nationale Unabhängigkeit und Freiheit schon haben bzw. anstreben, wohl kaum anziehen.



Die Wahrheit muß in den Äther!
Salvador Cayetano Carpio im „Venceremos“-Studio.

Foto: Salpress

Dabei hat der Konflikt in El Salvador eine ausschließlich innere Ursache. Es ist das Elend des Volkes, und diesem Elend werden wir ein Ende setzen. Wir werden es um jeden Preis und mit unseren eigenen Händen tun. Das salvadorianische Volk ist nicht groß, ist friedliebend, doch kann es die Unterdrückung, Armut und Ausrottung nicht mehr ertragen.

Wer nimmt an Ihrem Kampf teil?

Praktisch alle demokratischen Massenorganisationen des Volkes. Wir sind bestrebt, auch gewisse Unternehmerkreise und andere Bevölkerungsschichten für uns zu gewinnen. Die Salvadorianer sind ein gläubiges Volk. Sehr wichtig ist deshalb, daß am Befreiungskampf breite Massen von Gläubigen und viele Geistliche teilnehmen, die sich nicht mit Elend, Hunger, Ungerechtigkeit und Repressalien abfinden wollen. Am 24. März gedenken wir voller Schmerz Erzbischof Oscar Arnulfo Romero, den die Reaktion ermordete; sein Blut mischte sich damals mit dem Blut einfacher Bauern und Arbeiter.

Wir haben Anhänger in der Armee. Nicht alle Militärangehörigen teilen die Ideen der faschistischen Hierarchie, die die Macht in der Armee in ihrer Hand hat, nicht alle sind mit ihren Handlungen einverstanden. Deshalb wurden viele junge Offiziere verfolgt. In letzter Zeit sprechen immer mehr Anzeichen von einer Demoralisierung unter den Soldaten. In ganzen Gruppen gehen sie mit Waffen auf unsere Seite über. Vor kurzem wurden in der 1. Infanteriebrigade, die in San Salvador liegt, 6 Soldaten wegen Fahnenflucht erschossen und über 40 eingekerkert.

Wozu hatte Washington die Wahlfarce nötig?

In den letzten Monaten hatten sich die inneren Gegensätze unter den Marionetten der USA dermaßen verschärft, daß ein erneuter Militärumsturz hätte in einem bestimmten Augenblick die „klassische“ Lösung bringen sollen. Gerüchte gingen um, daß Major a. D. Roberto D'Aubuisson einen solchen Putsch vorbereitete. Er schien Washington jedoch eine zu odiöse Figur, und so wurde beschlossen, die erwünschten Umbesetzungen im Staatsapparat durch Manipulation von Wahlzetteln

SALVADOR CAYETANO CARPIO: „VERHANDLUNGEN ODER VOLSKRIEG“

Neuerdings bekommt man viel weniger Informationen aus El Salvador. Das ist kein Zufall. Nach den „Wahlen“ im März sind im Lager der ans Ruder gekommenen Rechten Machtkämpfe im Gange. Inzwischen schafft ein mit EDV-Anlagen gespicktes USA-Spionageschiff rund um die Uhr Rundfunkstörungen und hindert die Salvadorianer und die Weltöffentlichkeit daran, authentische Informationen über den Sender der Aufständischen „Venceremos“ zu hören.

Deshalb war das Gespräch des Journalisten Wadim Niski mit Salvador Cayetano Carpio, Mitglied des Obersten Kommandos der Nationalen Befreiungsfront „Farabundo Martí“, von besonderem Interesse.

Diesen Partisanenführer nennen seine Mitstreiter Marcial (Kämpfer). Früher Bäckereiarbeiter, Gewerkschafter und Partefunktionär, schaltete er sich in den bewaffneten Kampf ein, sobald er sah, daß die Henker keine andere Sprache verstehen wollen. Von Cayetano Carpio stammt das Buch „Verhöre der Kapuzenmänner“, das er aufgrund seiner eigenen dramatischen Erfahrungen geschrieben hat.

Die Reagan-Administration betont in ihrer Propaganda, das Problem El Salvador sei Ergebnis der Politik der dritten Länder. Sind solche Behauptungen begründet?

Die USA-Regierung ist bestrebt, unser Volk in kolonialer Unterdrückung zu halten, und zwar mittels einer Militärdiktatur, gegen die die Salvadorianer schon seit 50 Jahren kämpfen. Unser großer Führer Agustín Farabundo Martí rief die Arbeiter und Bauern 1932 zum Kampf für Boden und Brot auf. Schon damals lebte unser Volk unter unerträglichen Bedingungen. Der Grund und Boden gehörte der Oligarchie. Der Lebensstandard der Bevölkerung rangierte unter den niedrigsten der Welt. Nur Haïti und Bolivien waren uns vielleicht in der Kindersterblichkeit voraus. 50% der salvadorianischen

Kinder sterben auch heute noch an Unterernährung, ohne das 5. Lebensjahr vollendet zu haben. Ich will sagen, daß mein Volk für das Recht auf Leben kämpft.

Wir haben die Tyrannie der herrschenden Klassen noch nicht gestürzt, sammeln aber allmählich die Kräfte für einen breiten Volkskrieg gegen das Unterdrückungsregime. Heute, da dieser Kampf seinen Höhepunkt erreicht, greifen die USA zu einer groben Einmischung. Washington und sein Propagandaapparat wollen die Weltöffentlichkeit irreführen, sie behaupten, der Konflikt in El Salvador sei von außen hineingetragen. Solche Behauptungen könnte man als bloße Ignoranz abtun, aber sie liefern den Vorwand für Ausfälle gegen Kuba und für die Vorbereitung einer Aggression gegen Nicaragua. Und selbstverständlich wird die UdSSR zum Grundübel auf Erden abgestempelt.

zu erreichen. Was kam aber? Wer stärker war, erhielt mehr Stimmen. Dort z. B., wo die Nationalgarde die Wahlurnen kontrollierte, erhielt natürlich die von D'Aubuisson geführte Nationalistische Republikanische Allianz die meisten Stimmen. Wo in den Gemeinden die Christdemokraten überwogen, lagen sie an der Spitze. Übrigens wurden viele Christdemokraten von D'Aubuisson Leuten in den Wahlkämpfen getötet. Das war ein grausamer Kampf um die „Stimmen“.

Es kam also zu einer Verlagerung der Kräfte. Die Partei D'Aubuisson, die an den zweiten, und die Partei der Nationalen Versöhnung, die an den dritten Platz kam, vereinigten zusammen die meisten Stimmen auf sich, und erst mit weitem Abstand kamen danach die rechten Christdemokraten. Das ergibt ein ernstes Problem, und im Lager der Marionetten wird hart gekämpft.

Die Christdemokraten mit all ihrem Opportunismus und ihrer Beiefschaft, dem faschistischen Militär an die Hand zu gehen, haben sich schwer verrechnet. Ihre Manöver haben ihnen keine Dividenden abgeworfen, vielmehr ihre Partei völlig isoliert. Jetzt sind ihre korrupten Führer mit Duarte an der Spitze an die Wand gespielt worden. Wenn sie die Macht mit D'Aubuisson teilen, nachdem sie tausendmal erklärt haben, sie wollten „mit diesem Psychopathen“ und Chef der „Todesschwadronen“ nichts zu tun haben, so werden sie sich bei den Christdemokraten in den anderen Ländern in Mißkredit bringen. Wenn sie sich dagegen stemmen, zusammen mit der ultrarechten Koalition zu regieren, so wird das praktisch ihren politischen Tod bedeuten. Sie würden dann für die herrschenden Klassen des Landes nur altes Eisen sein.

Jetzt sucht niemand mehr zu verbergen, daß all diese Manöver politisch und militärisch unverhohlen von der Reagan-Administration geleitet wurden. Die USA-Botschaft in San Salvador war praktisch die Kommandostelle der Wahlfarce und ist heute der Koordinationsstab, ja direkt das Präsidentenpalais El Salvador. Die künftige Regierung kann ohne weiteres dorthin ziehen: Die Welt weiß ohnehin, wer all diese rechten Gruppierungen tanzen läßt.

Wie ist das Programm der patriotischen Kräfte El Salvador's beschaffen?

Dieses Programm beruht auf den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und sieht radikale Reformen vor. Neue gesellschaftliche Strukturen müssen den Interessen der

überwiegenden Mehrheit unseres leidgeprüften Volkes entsprechen.

In der gegenwärtigen Situation haben wir einen Plan der Suche nach friedlichen Lösungen ausgearbeitet. Selbstverständlich werden wir den konkreten Inhalt unserer Vorschläge erst am Verhandlungstisch bekanntgeben. Den Zweck der Verhandlungen sehen wir darin, Formeln zu finden, die eine würdige und gerechte politische Lösung im Interesse des Volkes ermöglichen. Natürlich werden wir unsere demokratischen und revolutionären Ideale nicht preisgeben. Nach wie vor werden wir die Politik aus der Zeit vor den Wahlen verfolgen, d. h. den Volkskrieg fortführen und zugleich zu Verhandlungen um des Friedens willen bereit sein.

Im vorigen Jahr wurde nach der Januar-Offensive unserer Farabundo-Martí-Front versucht, die Weltöffentlichkeit glauben zu machen, die Partisanenbewegung sei zerschlagen worden, ein paar Operationen der Armee der Junta würden genügen, um das Land zu „befrieden“. Aber auch nach den Wahlen im März d. J. waren die Schläge der Aufständischen sehr empfindlich. Die revolutionären Kräfte haben in den letzten Wochen ihre Angriffsoperationen verstärkt und erobern neue wichtige militär-strategische und politische Positionen. Die Bevölkerung in Stadt und Land unterstützt uns. Keine Kraft kann der revolutionären Bewegung in El Salvador Einhalt gebieten.

Das wird in Washington verstanden. Die Kraftmeierei der reaktionären USA-Kreise muß in Wirklichkeit ihre Verzweiflung überspielen und eine mögliche direkte Aggression gegen das salvadorianische Volk als Hilfe für eine „rechtmäßig gewählte“ Regierung maskieren. Deshalb fordern wir alle Völker der Welt auf: Laßt euch von der imperialistischen Propaganda nicht einlullen, festigt die Solidarität mit dem Kampf des salvadorianischen Volkes, entlarvt die imperialistischen Aggressionspläne gegen sein Land.

Die Salvadorianer wissen diese Solidarität der ganzen Welt mit unserem Kampf zu schätzen. Wir sind auch dem USA-Volk für seine Aktionen gegen die Interventionspläne des Pentagon dankbar. Unser Volk will keinen Krieg, das findet seinen Niederschlag auch in der Position der patriotischen Kräfte, die zur Suche nach einer friedlichen Beilegung des Konfliktes bereit sind. Da sich Washington aber weigert, zu verhandeln sowie die Aggressions- und Einmischungsakte einzustellen, werden wir die militärisch-politische Offensive verstärken.

OHNE RÜKSICHT AUF DEN PARTNER

Die Reagan-Administration hat den Kongreß offiziell davon in Kenntnis gesetzt, daß sie Taiwan Ersatzteile für die vorhandenen Flugzeuge amerikanischer Produktion verkaufen will. Der Beschuß war keine Sensation. Die Vereinigten Staaten mißachten das souveräne Recht Chinas auf diese Insel. Die geplante Lieferung einer großen Partie Ersatzteile im Werte von 60 Mio Dollar an das nationalistische Regime auf Taiwan bestätigt, daß sich das Weiße Haus nach wie vor von der „Konzeption zweier Chinas“ leiten läßt.

Verständlicherweise berühren die Handlungen der USA die nationalen Gefühle des chinesischen Volkes, und Peking kann das nicht ignorieren. In einer Erklärung des Außenministeriums der VR China vom 14. April wird der Beschuß der Reagan-Administration als „Verletzung der Souveränität Chinas“ qualifiziert. Die Zeitung „Renmin ribao“ konstatierte zu Recht, daß die USA in ihren Beziehungen zur VR China das Prinzip der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität sowie der Nichteinmischung ignorieren.

In den USA ist man sich bewußt, daß die Taiwan-Frage der Stein des Anstoßes in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen ist. Und doch gibt Washington die Hoffnung nicht auf, Peking willfähriger zu machen. Wie sich das für einen Juniorpartner eben gehört — das meint man im Weißen Haus. Notfalls wird die Reagan-Administration, wie einige westliche Beobachter vermuten, eher eine Verschlechterung der Beziehungen zur VR China hinnehmen, als daß sie Taiwan Militärhilfe versagt.

Unterdes hat die chinesische Führung selbst den USA Anlaß für dieses politische Spiel gegeben. Peking deutete ja wiederholt Washington an, China und die USA hätten Wichtigeres als die Taiwan-Frage. Hierbei wurde immer wieder zu verstehen gegeben, daß dabei an die „Gemeinsamkeit [oder Parallelität] der strategischen Interessen“ gedacht wird. Also an die ant sowjetische und ant sozialistische Ausrichtung gemeinsamer internationaler Aktionen. Offenbar erinnert man sich in Washington gut daran, was die chinesische Führung in den Vordergrund und was sie in den Hintergrund stellt. Sonst würden die USA nicht so frech sein — ohne Rücksicht auf den Partner zu nehmen oder etwa zu fürchten, ihn in eine sehr heikle Lage zu bringen.

W. GRISCHIN

MEUTEREI AN BORD

Von unserem ständigen Berichterstatter Juri GUDKOW

Senator Charles Mathias ist als gelassen und als gemächlicher Denker bekannt. Diesmal aber hieb er beide Fäuste auf den langen, polierten Tisch. Die von den Mikrofonen verstärkten Schläge hallten dumpf durch den riesigen Sitzungssaal des Senatsausschusses für Auswärtiges. Debattiert wurde der Regierungsantrag auf Bewilligung von 4,2 Md. Dollar für die Zivilverteidigung in den nächsten 7 Jahren. Den Senatoren standen Thomas Jones und Richard Perle, stellvertretender Stellvertreter bzw. Berater des Verteidigungsministers gegenüber, die einen Clan von 30 Beratern und Laufburschen bei sich hatten. Der Verteidigungsausschuß hatte bereits über eine starke Kürzung der geforderten Bewilligungen (von 252 auf 144 Mio Dollar im bevorstehenden Finanzjahr) abgestimmt. Die neue Debatte verlief wie gewöhnlich, wenn man allerdings davon absieht, daß sie von Anfang an über den Rahmen der Finanzfragen hinausging.

Unmittelbar Schuld daran trug Thomas Jones, der sich in den letzten Wochen durch vielerlei Vorträge und Interviews hervorgetan hatte. Ihr Thema waren allgemein zugängliche Methoden des Überlebens in einem Kernkrieg. Mit anderen Worten, ein solcher Krieg sei annehmbar. In einem Gespräch mit einem „Los Angeles Times“-Korrespondenten summierte Jones seine Empfehlungen: „Jeder kann überleben, wenn er nur anständig buddeln kann. Grabt eine Grube, setzt oben ein paar Türen ein und dann schmeißt drei Fuß Erde darauf. Alles dreht sich hier um die Erde.“

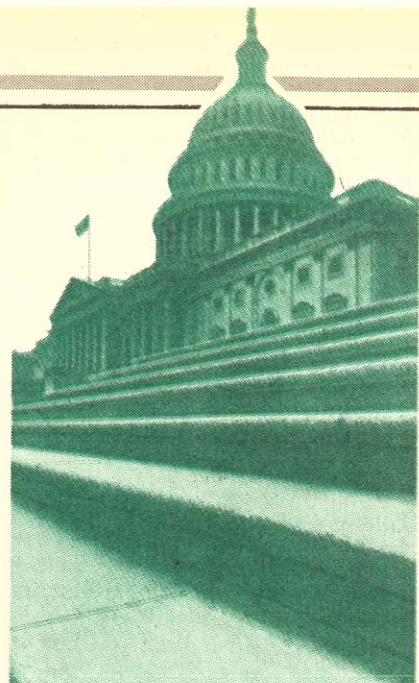
Solche Ratschläge gehören zum Allgemeingut und wurden schon häufig gegeben. Unter den jetzigen Umständen allerdings waren sie unangebracht. Der Auswärtige Ausschuß wollte deren Urheber persönlich kennenlernen und lud ihn zum Hearing. Jones wich dieser Begegnung so lange aus, bis der Ausschußvorsitzende drohte, eine Senatswache zu schicken. Während des Hearings leugnete Jones, irgend etwas derartiges gesagt zu haben. Richard Perle wiederum versicherte ein bißchen daneben, sein Kollege bringe ja nicht den Standpunkt des Verteidigungsministeriums zum Ausdruck. Senator Mathias weigerte sich, diese Versicherungen gelten zu lassen. Seiner Ansicht nach ist das außerordentliche Programm der Zivilverteidigung auf Kriegsvorbereitung berechnet. „Seit dem Amtsantritt Ronald Reagans“, erklärte der Senator vergnatzt, „sind knapp 500 Tage vergangen — eine ausreichende Zeit, um Vorschläge für die Rüstungskontrolle einzubringen — aber

die Regierung hat überhaupt nichts vorgeschlagen.“ „Er haut im Namen von uns allen auf den Tisch“, warnte Senator Paul Tsongas.

Diese Episode ist ein Beweis nicht nur für wachsende Unmut über den außenpolitischen Kurs der Administration, sondern auch für den neuen Trend auf dem Kapitol. Es ist noch nicht lange her, daß die Regierung ohne Schwierigkeiten das Einverständnis des Senats und des Repräsentantenhauses zur größten Heraufsetzung der Militärbewilligungen in der amerikanischen Geschichte und zu einem riesigen Rüstungsprogramm erlangte. Jetzt steht das Problem der Rüstungsbegrenzung im Vordergrund der politischen Szenerie.

Einmalig in den letzten 25 Jahren sind die öffentlichen Hearings über Abrüstungskontrolle, die entsprechende Unterausschüsse des Senats im Januar in San Francisco, Los Angeles und Sioux Falls abhielten. Der „Gang unter Volk“ war vom Stimmungsumschwung in der Öffentlichkeit diktiert. Der Vorsitzende eines Unterausschusses erklärte, die Hearings hätten die massenhafte Unterstützung der Suche nach einem Rüstungskontrollabkommen mit der Sowjetunion gezeigt. Als historisch erklärt wurden die Debatten über das Einfrieren der Nuklearwaffen Ende März im Repräsentantenhaus. Und noch ein unwahrscheinlicher Schritt: Der von John Tower, einem eifriger Verfechter des Wettrüstens, geleitete Verteidigungsausschuß des Senats stimmte gegen die Bewilligung von mehr als 2 Md. Dollar im Finanzjahr 1983 zur Herstellung von MX-Raketen, wenn die Art ihrer Stationierung nicht endgültig entschieden wird. Gleichzeitig forderte der Kongreßabgeordnete John Rhodes zum Verzicht auf den Bau des B-1-Bombers, zur 70%igen Kürzung der Bewilligungen für die MX und zur Verringerung der „Eingreiftruppe“ auf. Am 10. März trugen die Senatoren Edward Kennedy und Mark Hatfield einen eigenen Resolutionsentwurf vor, der das sofortige und vollständige Einfrieren der Nuklearrüstung vorsieht.

Presse und Fernsehen versuchten, die Resolution unter den Tisch fallen zu lassen. Die Regierung wies sie umgehend zurück. Buchstäblich am gleichen Tag bezeichnete Außenminister Haig das Papier der Senatoren „nicht nur als eine schlechte Verteidigungspolitik, sondern auch als schlechte Politik im Bereich der Rüstungskontrolle“. Es hätte scheinen können, die Resolution werde zusammen mit Hunderten anderen durch die bürokratische Mühle des Kongresses gedreht werden. Doch der Versuch, sie zu ignorieren oder zu verschweigen, gelang nicht. Sie wur-



de im Gegenteil von 170 Kongreßmitgliedern, von vielen namhaften Politikern und Öffentlichkeitsarbeitern unterstützt.

Das erklärt auch die von den Senatoren Henry Jackson und John Warner unter direkter Beteiligung des Weißen Hauses eingebrachte Gegenresolution, die ebenfalls das Wort „Einfrieren“ enthält. Damit ist aber die Ähnlichkeit auch schon aus, denn das Einfrieren wird für eine unbestimmte Zukunft vorgeschlagen unter der Voraussetzung ... einer vorherigen Verstärkung der Nuklearrüstung der USA. Nicht zufällig bezeichnete Kennedy die Resolution Jackson-Warner „als nichts anderes als ein Feigenblatt“ zur Fortsetzung des Wettrüstens. Es ist ein Versuch, ein Gegenmittel für die Forderung zu finden, die Hochrüstung zu beenden und deren Gegner zu betrügen.

Am 31. März gab Ronald Reagan seine jüngste Pressekonferenz. Sie fand zu einer ungewöhnlichen Zeit statt, nämlich um 20.000 Uhr statt wie gewohnt um 14.00 Uhr, was von dem Wunsch zeugt, ein möglichst großes Fernsehpublikum zu erreichen und Kommentaren in den 19.00-Uhr-Nachrichten zu entgehen. Vorbereitet war auch eine spezielle Erklärung zu dem für die jetzige Administration ungewohnten Thema Rüstungsbegrenzung. Der Präsident verlautbarte: „Ich möchte ein Abkommen über strategische Nuklearwaffen, das das Kriegsrisiko mindert, den Rüstungsstand senkt und die Weltsicherheit stärkt.“ Reagan lud die UdSSR zur Beteiligung an einer „wesentlichen Reduzierung der Kernwaffen“ ein, unterstützte dann aber die Resolution Jackson-Warner, wobei er hervorhob, sie enthalte „Elemente, die mit den Standpunkten der Administration übereinstimmen“. In Beantwortung einer Frage gab er eine Erklärung ab, die sich noch nicht einmal die primitivsten Verkünder der „sowjetischen Bedrohung“ abgerungen hatten: „Die UdSSR verfügt über eine Überlegenheit, die aus-

reicht, um ein Risiko entstehen zu lassen und das zu schaffen, was ich mehrmals als Fenster der Verletzbarkeit bezeichnet habe.“

Diese Erklärung widerspricht der Meinung der Experten, der vorigen Administrations, Reagans selbst und schließlich des Pentagon (bei der Bewertung des Kräfteverhältnisses, die dem Verteidigungshaushalt für 1983 zugrunde liegt, wird z. B. ein Verlust der „strategischen nuklearen Überlegenheit“ eingestanden, von einem Rückstand aber kein Wort). Bislang, wenn man den vorangegangenen Erklärungen des Präsidenten folgen will, sollte sich das berichtigte „Fenster der Verletzbarkeit“ Ende der 80er/Anfang der 90er öffnen.

Zu allen Zeiten wurden in Amerika Leute zu Superpatrioten erklärt, die Löcher in der Verteidigung zu entdecken vermochten. So entstand der „Bomber-“ und dann der „Raketenrückstand“. Er wurde schon am Tag, nach dem das Pentagon die Bewilligung für neue Waffensysteme erhalten hatte, vergessen. Der Versuch, das heutige ungefähre Kräftegleichgewicht als neuerlichen „Rückstand“ zu deklarieren, zeugt von dem Bestreben, die nukleare Überlegenheit zu erlangen und sich die Unterstützung der Öffentlichkeit dafür zu sichern.

Die Reagan-Administration ist gegen ein sofortiges „Einfrieren“. Warum? Ganz einfach, weil das in der Praxis die Einstellung der Arbeiten an der MX-Rakete, an Flügelraketen und Neutronenwaffen, an neuesten Trägern von Kernwaffen, den B-1-Bombern, bedeuten müßte. Kurz an Projekten, die den Kern des gesamten „Umrüstungsprogramms Amerikas“ ausmachen.

Die der Regierung vom Kongreß angesagte Herausforderung war nicht die einzige. In der letzten Ausgabe des einflußreichen Magazins „Foreign affairs“ erschien ein Artikel, der vom Sicherheitsberater der Präsidenten Kennedy und Ford Bundy, dem ehemaligen Botschafter in der UdSSR Kennan, dem ehemaligen Verteidigungsminister McNamara, dem Leiter der US-Delegation bei den Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen 1969–1972 und ehemaligem Direktor der Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung Smith gezeichnet war. Beachtung fanden nicht nur die Namen der Verfasser. Der Artikel fordert die USA auf, die Verpflichtung einzugehen, im Falle eines konventionellen Krieges in Europa nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, d. h. auf eine Strategie zu verzichten, die beschlossen wurde, als die USA das Kernmonopol besaßen, und in den drei Jahrzehnten unangetastet geblieben war.

Erinnern wir daran, daß die Sowjetunion, ausgehend von der Gefahr eines möglichen Weltkriegs, einen solchen Aufruf erlassen hatte.

Das gleiche Motiv liegt den Überlegungen der Verfasser des Artikels zugrunde. Darin heißt es: „Es ist an der Zeit, einen offensichtlichen Fakt anzuerkennen. Niemandem ist es

noch gelungen, überzeugende Argumente anzuführen, die bestätigen würden, daß der Einsatz von Kernwaffen, selbst in geringstem Ausmaß, die Hoffnung auf Lokalisierung eines Konflikts enthält... Das Bündnis“ (NATO) „braucht heute keine Präzisierung der nuklearen Wahl, sondern den klaren Ausdruck der Entschlossenheit, sie so lange zu vermeiden, wie die anderen sie vermeiden.“

Die Administration reagierte auch diesmal unverzüglich. Noch bevor das Magazin in den Verkauf gelangte, meldete sich der Außenminister im Washingtoner Zentrum für strategische und internationale Forschungen zu Wort. Auch das zu einer ungewöhnlichen Zeit – 9.00 Uhr morgens –, um damit noch in die Abendzeitungen und die TV-Nachrichten Westeuropas zu kommen. Haigs Aufgabe war es, die Strategie des Erstschlages zu rechtfertigen.

Wie auch in der Sache des „Einfrierens“ war die Verteidigung unhaltbar. Haig gestand die Gefahr der Eskalation eines Nuklearkonflikts ein: „Sowohl die Regierungen der Bündnispartner, wie die amerikanische Regierung gingen von der Überzeugung aus, daß ein einmal begonnener Kernkrieg außer Kontrolle geraten könnte.“ Die Schlußfolgerung daraus steht jedoch in keiner Beziehung dazu, als habe Washington überhaupt keine Vorstellung von den Gesetzen der Logik: „Die Politik der Nichtanwendung von Kernwaffen als erste bereitet dem flexiblen Reagieren“ (gemeint ist der Einsatz konventioneller und nuklearer Mittel. J.G.) „und infolgedessen auch dem Glauben an die westliche Abschreckungsstrategie ein Ende.“ Weiter ließ sich Haig über die Gespräche in Genf und Wien und die geplanten Verhandlungen über strategische Waffen aus und verkündete im gleichen Atemzug: „Die Aussichten auf einen Fortschritt in all diesen Bereichen der Rüstungskontrolle hängt von der Unterstützung der Verteidigungsprogramme des Präsidenten ab.“ Anders ausgedrückt, Haig kräftigte den Kurs des Weißen Hauses auf die Erzielung der nuklearen Überlegenheit über die UdSSR.

Das alles könnte man als Selbstentlarvung bezeichnen. Weder der Präsident noch sein Außenminister sind in der Lage, ihre Politik zu verteidigen. Das erleichtert ihren Kritikern die Aufgabe. Doch das Aufkommen einer Opposition im Kongreß und die offene Anerkennung der Gefahr, die die amerikanische Militärdoktrin für Europa birgt, erklären sich in erster Linie aus dem radikalen Stimmungsumschwung in der amerikanischen und europäischen Öffentlichkeit.

Der Trend zum Einfrieren entstand nicht im Kongreß, sondern in den amerikanischen Städten. Und zwar vor ganz kurzer Zeit, im März d. J. „Wir wollen ganz einfach nicht hinter dem Land zurückbleiben“, sagt der Berater Kennedys. Und dieser Wunsch entspringt nicht zuletzt politischem Kalkül. Die Eindämmung

des Wettrüstens wird im Lager der Anhänger Kennedys als Hauptfrage der künftigen Präsidentschaftswahlkampagne angesehen.

Die Bewegung entwickelt sich unabhängig von derartigen Überlegungen weiter. Für das Einfrieren stimmten die Bewohner von 155 Städten des US-Staates Vermont. In Kalifornien wurden 700 000 Unterschriften (statt der erforderlichen 346 000) für eine Petition gesammelt, die es gestattet, diese Frage während der Kongreßwahlen im November zur Abstimmung vorzulegen. Resolutionen mit der Forderung, die Produktion von Kernwaffen einzustellen, wurden in vielen Städten der Staaten Massachusetts, Maine, New Jersey, New York, Ohio, Mississippi, Illinois, Oregon und anderen gefaßt. „Ich denke, wir stehen hier am Anfang einer sozialen und politischen Explosion“, sagte der Geschäftsmann Harold Willens, Organisator der Unterschriftensammlung in Kalifornien. Meinungsumfragen zufolge begrüßen 57% der Amerikaner den Gedanken des Einfrierens. Und ihre Zahl nimmt zu.

In den letzten Tagen sprach ich mit Organisatoren der Bewegung aus den Staaten Iowa, Missouri, Maryland, Pennsylvania und Michigan. Meine Gesprächspartner äußerten die ruhige Überzeugung vom Erfolg der begonnenen Arbeit. Die Bewegung stützt sich auf die Initiative der örtlichen Bevölkerung. Aber es besteht bereits ein Koordinierungszentrum in Saint Louis. Es versorgt die örtlichen Organisationen mit Informationen, Schriften und unterstützt sie mit Ratschlägen. Beschllossen wurde ein Programm, das die Hauptrichtungen der Kampagne für mehrere Jahre voraus bestimmt. Ich fragte diese Leute nach den Gründen, die sie veranlaßt haben, sich der Bewegung anzuschließen. Die Antworten faßte Bruce Birchurd aus Philadelphia so zusammen: Das Aufkommen neuer Waffenarten vom Typ der MX und der Flügelraketen, die zu den Mitteln des Erstschlages gehören und eine Kriegsgefahr unmittelbar für die USA schaffen; die wirtschaftlichen Folgen des Wettrüstens, das Abrücken der Regierung Reagan von ihren Verpflichtungen; die rücksichtslose Kürzung der Sozialprogramme. Und schließlich die Antikriegsbewegung in Westeuropa. Die Amerikaner fühlten sich hilflos, bis sie sich überzeugten, daß es einen Weg zum Kampf für Veränderungen gibt, sagte Birchurd.

Die erkennbar werdende Opposition gegen die Regierung im Kongreß, die an eine Meuterei erinnert, aber auch unter namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ist ebenfalls als Erfolg dieses Kampfes zu buchen. Wie die „Washington Post“ schreibt, „kommen wohl zum erstenmal in der Geschichte Amerikas politische Aktionen, die durch Massenproteste ausgelöst sind, bei Fragen ins Spiel, die unsere Verteidigung betreffen“.

New York

EINSTIGE UND JETZIGE

Offenbar ist es aus mit dem frohen Jugendleben der jetzigen US-Administration, wo es ihr noch gelang, mit der schwindsüchtigen Opposition gegen ihren militaristischen Kurs fertig zu werden. Die leichtfertige Nuklearstrategie des Weißen Hauses, des State Department und des Pentagon hat die über die Verkündigung offizieller Beamter verbüsterste Öffentlichkeit auf die Beine gebracht, es gebe wichtigere Dinge als den Frieden, und Kernkrieg wie Präventivschlag seien zulässig. Jetzt kommt der Bumerang des Schreckens zurück und prallt auf jene, die ihn geschmissen hatten. Der Schrecken schlägt in Besorgnis und Proteste um.

In die Diskussion um die Nuklearstrategie der USA mischen sich einstige anerkannte Macher der Außenpolitik und der Militärstrategie: Vizepräsidenten, Verteidigungsminister, Direktoren der Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung, Sicherheitsberater und ein CIA-Vizedirektor. Und ihr Wort hat im verunsicherten Amerika Gewicht.

So gern die Administration der Opposition auch den Mund stopfen möchte, das Land steht nach Meinung der „New York Times“ „an der Schwelle der ersten großen Debatten über die Nuklearpolitik seit mehr als 10 Jahren“. Und es ist äußerst bemerkenswert, daß an diesen landesweiten Debatten, die auch vor dem Kongreß nicht hält machten, die Administration zwischen zwei Stühlen geriet: Die Unzufriedenheit der Öffentlichkeit und die Kritik seitens des Teils der herrschenden Klasse, der glaubt, das Weiße Haus greife keineswegs nach den besten Mitteln zur Gewährleistung der Sicherheit und Interessen der USA. Der einstige Verteidigungsminister McNamara bezeichnete diesen Kurs als wahnwitzig.

Natürlich sind die aus dem Establishment kommenden Prätentionen von den im Herbst bevorstehenden Kongreßwahlen wie vom Parteienstreit geprägt. Die Vertreter der Demokraten möchten natürlich in den Augen der Öffentlichkeit weniger eselig wirken als ihre Kollegen von der regierenden Republikanischen Partei. Die Hauptsache ist aber dennoch, daß die Amerikaner — ob sie nun am unteren Ende der hierarchischen Leiter stehen oder ganz oben Platz gefunden haben — unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, ihrer sozialen Stellung und ihrem Glauben beginnen, sich der Gefahr des Weges immer stärker bewußt zu werden, auf den die jetzigen Leitstiere Amerika führen.

Worum nun geht es konkret in der Kritik der Einstigen an den Jetzigen?

Vor allem um das militärische Engagement und die äußerst riskante Lust an nuklearen Programmen und Doktrinen, um das Hochspielen und die unobjektive Bewertung des Kräfteverhältnisses zwischen den USA und der UdSSR, um das provozierte Wettrüsten und den Mangel an echter Bereitschaft, mit der Sowjetunion eine Absprache über dessen Zügelung und Eindämmung zu treffen. Nach Ansicht des einstigen Verteidigungsministers Brown hat die Administration „dem amerikanischen Volk einen Kurs auf die Aufstockung der Rüstungen in sehr viel größerem Ausmaß aufgezwungen, als dieses das wollte“.

„Letzten Endes läßt sich die Gefahr eines Nuklearkriegs nur durch seriöse Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Reduzierung der Nuklearwaffen aller Arten bis auf Null verhindern.“ Diese Überlegung äußerte in der „Washington Post“ der einstige Verteidigungsminister Melvin Laird. Und hier wären wir bei einem weiteren Motiv, das immer wieder in den Äußerungen der gestrigen Politiker hervorsticht: Im Zeitalter der Nuklearraketen muß man mit der anderen Großmacht auf gutem Fuß leben und eine gemeinsame Sprache finden. Der einstige Sonderberater des US-Außenministers für sowjetische Angelegenheiten Shulman ist ernstlich darüber besorgt, daß man sich in der Regierung noch immer nicht darüber im klaren ist, wie man nun die Beziehungen zur Sowjetunion gestalten soll. Er ist gegen die künstliche „Verknüpfung“ der Abrüstungsverhandlungen mit anderen Problemen, sei es nun die Situation in Polen oder in Afghanistan. Er ist für regelmäßige Gipfeltreffen der Regierungschefs beider Länder.

Nun darf man die Dinge natürlich nicht einseitig und vereinfacht sehen, so als bestünde zwischen der Politik der vorigen und der jetzigen Administration irgendein Graben. Die Reagan-Administration hat die gefährlichsten Elemente der Politik ihrer Vorgänger übernommen und verabsolutiert und die konstruktiven Elemente über Bord geworfen. Und auch diese Vorgänger sind keineswegs solche Engel, als die sie sich jetzt darstellen möchten. Wie immer aber, das Leben lehrt und ernüchtert manchmal sogar die ärgsten Dickhäuter. Mancher der Einstigen ist auf dem Weg zur Erkenntnis. Ob das auch für die Jetzigen gilt, das ist die Frage.

Iwan WASSILJEW

Simbabwe hat am 18. April den zweiten Jahrestag seiner Unabhängigkeit begangen. Trotz der unausgesetzten Provokationen der äußeren und inneren Reaktion konnte die junge Republik bemerkenswerte Erfolge bei der Überwindung der sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Folgen aus der Zeit der rassistischen Herrschaft, bei der Schaffung von Voraussetzungen für den Aufbau der neuen, gerechten Gesellschaft erzielen. Eingeführt wurde die unentgeltliche Grundschulbildung und medizinische Betreuung, die Regierung setzte ein garantiertes Lohnminimum für Industrie- und Agrararbeiter fest, die Werktätigen schließen sich immer intensiver der Verwaltung der Produktion über die in den Betrieben gegründeten Arbeiterkomitees an. Die Behörden erklärten ihre Entschlossenheit, eine grundlegende Bodenreform im Interesse der afrikanischen Bevölkerung durchzuführen und die Landwirtschaft auf kollektive Grundlage zu stellen. Intensiv wird die Afrikanisierung des Verwaltungsapparats vorgenommen. Ministerpräsident Mugabe betonte: „Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht die Sorge um den Menschen.“

Das aber gefällt eben den westlichen und südafrikanischen Monopolverren nicht, die nach wie vor einen wesentlichen Teil der Wirtschaft Simbabwes kontrollieren. Nicht ohne Grund glauben sie, diese Politik bedrohe ihre uneingeschränkte Herrschaft und die riesigen Profite, die sie aus dem Land herausholen.

Deshalb unternehmen die Gegner der fortschrittlichen Umgestaltungen in Simbabwe alles Mögliche, um Stammeszwist und Rassengegensätze zu schüren sowie Auseinandersetzungen zwischen den Angehörigen der größten Völkerschaften des Landes, Mashona und Matabele, zu provozieren. Die mangelnde politische Stabilität in Simbabwe entspricht vor allem den strategischen Interessen der südafrikanischen Rassisten. In der RSA ist man der Ansicht, unter diesen Umständen könne die Wirtschaft Simbabwes nicht normal funktionieren, immer mehr Fachleute verlassen das Land, westliche Staaten fürchten größere Investitionen. Auf diese Weise werde die Gefahr (für die RSA) der Nachbarschaft eines wirtschaftlich unabhängigen Staates auf ein Minimum gesenkt. Außerdem werden die in Simbabwe bestehenden Differenzen hinsichtlich der Wege und Methoden

RASSISTISCHE INTRIGEN

Boris ASSOJAN

des Aufbaus der neuen Gesellschaft — in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe ganz selbstverständlich — als ein „Beweis“ für die Unfähigkeit der Afrikaner hingestellt, den Staat selbstständig zu leiten. Man will damit auch die Haltung Pretorias hinsichtlich der Unabhängigkeit Namibias untermauern: Es habe keinen Sinn, die SWAPO dort an die Macht kommen zu lassen, sie sei dazu nicht reif.

Doch in Pretoria läßt man es nicht nur beim Händereiben, man versucht auch jede Möglichkeit zu nutzen, die Stabilität in Simbabwe zu untergraben. Im März wurde in Bulawayo gegen vier weiße Bürger verhandelt, die der regierungsfeindlichen Verschwörung angeklagt waren. Sie alle gehören der extremen Rechtspartei „Vereinigter Volksbund von Matabeleland“ an, die noch unter Smith gegründet wurde. Ihr Führer ist der Dentist Frank Bertrand, ein pathologischer Rassist, der das Regime in der RSA für die ideale Gesellschaftsordnung ansieht und bei der Verkündigung der Unabhängigkeit Simbabwes geschworen hat, den Kampf für die Wiedererrichtung der weißen Herrschaft im ehemaligen Rhodesien fortzusetzen.

Im November 1981 wurde in den Häusern der Verschwörer eine beträchtliche Menge von Waffen und Munition entdeckt. Wie sich bei der Gerichtsverhandlung herausstellte, nahm Bertrand über seinen Sohn — Soldat der RSA-Armee — Kontakt zu aus Simbabwe geflüchteten Soldaten der ehemaligen rhodesischen Armee und zu Banditen aus den Trupps des Marionettenpaares Muzorewa auf. Sie hatten sich nach dem Sieg der patriotischen Kräfte in der RSA eingenistet. In Speziallagern im Nördlichen Transvaal

stellte man aus ihnen Terrorgruppen auf. Laut Erklärungen der Regierung Simbabwes haben dort rund 5000 Söldner eine entsprechende Ausbildung durch südafrikanische Offiziere erhalten. Sie besitzen auch schon „praktische Erfahrungen“, und zwar bei der Teilnahme an Terroranschlägen in Namibia, Angola und Moçambique. Im März 1981 überfielen sie zusammen mit südafrikanischen Spezialtruppen das Lager von RSA-Flüchtlingen Matola in Moçambique.

Allem Anschein nach wurde Bertrand der volle Beistand der RSA zugesagt, wenn sein Vorgehen auch nur den geringsten Erfolg zeitigt. 1981 verstärkte Pretoria die Einschleusung von Terrorgruppen nach Simbabwe, die Diversions und Mordanschläge durchführten. Bertrand wurde empfohlen, möglichst viele Afrikaner für seine „Armee“ zu werben und sie auf jede Weise in die regierungsfeindlichen Aktivitäten zu verwickeln.

Durch die Wachsamkeit der Sicherheitsorgane Simbabwes konnten die Anschläge der Verschwörer von Bulawayo verhindert werden. Aufgedeckt wurden auch andere Versuche, die Lage im Land zu komplizieren. Ein Regierungssprecher erklärte, seit Oktober 1981 seien 12 Angehörige der weißen Gemeinde, darunter ein Parlamentsmitglied der von Ian Smith geleiteten Republikanischen Front, festgenommen worden.

Die Machthaber in der RSA haben nie verborgen, daß ihnen die Machtübernahme der Afrikaner in Simbabwe nicht paßt. Die Hoffnung der Rassisten auf eine „gemäßigte“ Politik der Regierung Mugabe gegenüber der RSA brachen bereits im April 1980 zusammen, als der Ministerpräsident in einer seiner ersten Ansprachen die Entschlossenheit Simbabwes bekräftigte, die Apartheid zu bekämpfen und die Patrioten in der RSA und in Namibia zu

unterstützen. „Das ist unsere moralische Pflicht“, hatte Mugabe damals gesagt.

Die Regierung Simbabwes brach die diplomatischen Beziehungen zu Pretoria ab und stellte die sportlichen und kulturellen Kontakte zu dem Regime ein. Die Behörden Simbabwes nahmen die früher dem südafrikanischen Kapital gehörenden Massenmedien unter Kontrolle und erwarben im Januar 1981 das Aktien-Kontrollpaket einer der größten Banken des Landes — Robbank —, die vorher dem südafrikanischen Konzern Nedbank gehörte. Einer Gesellschaft, die Bürger Simbabwes zur Arbeit in Bergwerken und Farmen der RSA angeworben hatte, wurde eine Fortsetzung ihrer Tätigkeit untersagt. Von den ausländischen Firmen in Simbabwe wurde gefordert, jegliche Kontakte zur RSA zu unterbinden.

In Simbabwe hat man begriffen, daß man ein Risiko eingeht, wenn man der südafrikanischen Krake die Fangarme abschlägt: Die unabhängigen Länder Südafrikas wissen gut um die grausame Rachsucht der Rassisten. Pretoria hat tatsächlich mit Erpressung geantwortet. Die südafrikanischen Behörden nutzten die Abhängigkeit des Verkehrssystems Simbabwes von der RSA und schränkten die Beförderung von Fracht aus Simbabwe über ihr Territorium wesentlich ein, in der Hoffnung, damit den Außenhandel der jungen Republik lahmzulegen sowie Mangel an Bedarfsgütern, vor allem an Brennstoff, zu schaffen.

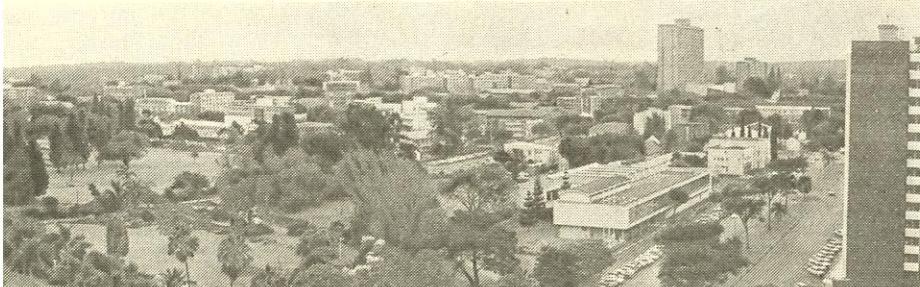
In dem kürzlich veröffentlichten „Bericht der UNO-Expertengruppe für Südafrika“ wird betont, die RSA habe gegen Simbabwe eine „Wirtschaftsoffensive“ entfesselt, was der Republik bereits Hunderte Millionen Dollar kostete, die für die Entwicklung der Volkswirtschaft hätten genutzt werden können.

Die Bewohner Simbabwes aber blieben hart. Daraufhin änderten die Rassisten ihre Taktik und setzten auf die Untergrabung der inneren politischen Stabilität, auf das Schüren von Differenzen zwischen ethnischen Gruppen und sogar auf politischen Mord. Die RSA-Herrscher würden in Simbabwe zu gerne einen Bürgerkrieg provozieren, was zur Beseitigung der Errungenschaften des Volkes führen könnte.

Aber in Simbabwe erkennt man sehr gut, von wem die Bedrohung der Unabhängigkeit ausgeht. Man weiß, daß nur die Geschlossenheit der patriotischen Kräfte angesichts der rassistischen Bedrohung die Freiheit und den inneren Frieden im Lande bewahren kann, die für den Aufbau der neuen Gesellschaft unabdingbar sind.

Harare — Hauptstadt des unabhängigen Simbabwe

Foto des Verfassers



GIFTCOCKTAIL FÜR EUROPA

Diese englischen Soldaten hatten „Glück“. Nach einem Giftgasangriff deutscher Truppen bei Verdun, im ersten Weltkrieg, erblindeten sie „nur“. Insgesamt wurden damals über 1 Million Menschen vergiftet, fast 100 000 starben. Damals wurde die Menschheit erstmals mit dem Einsatz von Giftgas konfrontiert.

Doch die damaligen Giftgase lassen sich mit den Giftstoffen, die das Penta-



gon heute in Westeuropa einsetzen will, nicht einmal vergleichen. 1984 sollen im Kampfstoffwerk von Pine Bluff die ersten binären Giftgasgranaten produziert werden. Von ihrer Wirkungsweise berichtete das BRD-Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, dem wir Foto und Schema entnahmen. Beim Abschuß einer Giftgasgranate bricht eine feine Membrane zwischen den Behältern mit Giftstoffkomponenten. Bei der Rotation der Granate — 15 000 Umdrehungen pro Minute — vermischen sie sich, wobei das höchstgiftige GB entsteht. Beim Erreichen des Ziels schaltet sich der Detonator in ihrem Vorderteil ein, und eine Giftwolke tritt nach außen.

Auch an der Bigeye-Bombe mit dem

gleichen Wirkungsprinzip wird gearbeitet. Der Unterschied ist nur der, daß der Elektromotor beim Flug „nach Art eines Küchen-Handmixers“ einen Zylinder antreibt, in dem sich die Ausgangsstoffe für den mörderischen Cocktail vom Typ VX verbinden. Die Minidetonatoren verursachen in der Außenschicht winzig kleine Löcher, durch die der Giftstoff über der Erde versprührt wird.

Die US-Experten für chemische Waffen versuchen, die Europäer zu „beruhigen“: Allein seien die Komponenten



der neuen Binärgranaten „relativ harmlos“.

Doch das ist ein schwacher Trost für die Nachkommen jener, die bei Ypern oder Verdun erblindeten oder umkamen. Reichen ja 0,4 mg VX, um einen Menschen zu töten. Die Verbindung GB aber ist 200mal so giftig wie das Senfgas. Ebendeshalb wollen die Westeuropäer den US-Giftcocktail bei sich nicht sehen.

D. POGORSHESKI

LINGUISTISCHE SPIELE

Washington und Tokio spielen ein neues Spiel. Die Spieler sind geschickt und erfahren genug, um das Publikumsinteresse ständig wachzuhalten.

Als Premierminister Zenko Suzuki 1981 die USA besuchte, versprach er euphorisch, Japan werde sich zur Verteidigung der Seewege bis zu 1000 Seemeilen von seiner Küste verpflichten. Jetzt hat das Pentagon den Premier an

dessen Worte erinnert und Taten angemahnt.

Die Möglichkeit solcher militaristischen Aktivitäten rief eine extrem negative Reaktion der japanischen Öffentlichkeit hervor. Suzuki beeilte sich zu erklären, seine Äußerungen in Washington seien „kein offizielles Versprechen“, die Pentagonchefs hätten alles falsch verstanden

oder die Dolmetscher sich geirrt. Japanisch gehört ja bekanntlich nicht zu den leichten Sprachen.

Und weiter. Im Pentagon hält man nichts von dem linguistischen Eiertanz, versprochen sei versprochen. Und in Tokio darauf: Dies sei kein „offizielles“ Versprechen.

Im politischen Leben Japans geschieht es nicht selten, daß sich der Premierminister vor Journalisten recht freimüfig zu

verschiedenen Themen äußert. Am nächsten Tag aber dementiert er oft die eigenen Behauptungen: Entweder habe man ihn falsch verstanden oder aber seine Worte entstellt.

Der „Japan Times“ zufolge soll das alles kein Zufall sein: „Das Publikum erhält in diesem Fall eine gewisse Vorstellung davon, was der Premier meinte — trotz dessen ‚offiziellen‘ Dementis.“

Bei diesem innenpolitischen

115 JAHRE SPÄT

So viele Jahre brauchte die englische Krone, bis die Britische Nordamerikakette eine vollwertige kanadische Verfassung wurde.

1931 war Kanada formell als Dominion unabhängig geworden, doch ohne eine eigene Verfassung. Zu Änderungen an der Britischen Nordamerikakette war immer noch die Zustimmung Londons erforderlich. Und auch die Akte selbst wurde sorgfältig in Großbritannien aufbewahrt.

Am 17. April unterzeichnete Königin Elizabeth in Ottawa einen Erlass über das Inkrafttreten der neuen Verfassung, die zuvor vom kanadischen und vom britischen Parlament bestätigt worden war. Die Kanadier erhielten die Möglichkeit, selbst über ihre Verfassung zu bestimmen. Aller-

dings bleibt Monarch d nelle Oberh nadischen St

Auch vi bleibt in alten: die St schen den Rezession, sigkeit über immer stärk tens Washir NATO, die tige Anheb diischen Rü in den Fin bis 1983 f erachten. Ni fähr, konstati York Times“ Parteien und lichkeit, sob mentsdebatte Verfassung war und alle hymne ges zu den sc schaftlichen zurück“.

noch unter dem Eindruck seines Besuchs beim südkoreanischen Diktator Chung Doo Hwan und rechnete damit, daß nicht nur die vor ihm angetretenen amerikanischen Flieger ihn hören würden. Und damit täuschte er sich nicht.

In Söul wurde der Aufruf des Pentagon vernommen, die Stärke zum Hauptinstrument der Diplomatie zu machen. Eine solche Haltung ist ganz nach Geschmack des südkoreanischen Regimes.

Der Diktator heizt die Spannung auf der koreanischen Halbinsel an, wobei er jegliche Opposition im Lande unterdrückt. Bei einer Bevölkerung von 38 Millionen sind 10 Millionen so oder so militarisiert. Die südkoreanischen Streitkräfte haben ca. 600 000 Mann unter Waffen, ferner 1 240 000 Reservisten

und 4 400 000 Angehörige der Zivilgarde... Die südkoreanischen Arsenale sind mit modernen Waffen aus eigener und amerikanischer Produktion gespickt. Bald sollen die bei Weinbergers Söul-Besuch versprochenen neuen Flugzeuge, Panzer und Raketen eintreffen... 35% des Haushalts werden in Südkorea für die Armee ausgegeben.

„Südkorea ist eine Kopie des Schahregimes: Ein diktatorisches politisches Regime und riesige Rüstungsausgaben“, schrieb die italienische „Paese Sera“. Weinbergers Ratschläge und Appelle zur „Stärke“ werden Söul nichts nutzen. Ebenso wie die amerikanischen Panzer und Flugzeuge, die Berater und Ratschläge dem Schahregime nicht helfen können...

L. MICHAILOW



... Das, was auf diesen Fotos abgebildet ist, vollzieht sich gleichzeitig im Nahen Osten. Nach amerikanischer Terminologie wird das als „Camp-

David-Friedensprozeß“ bezeichnet. Das Bild links zeigt Pentagon-Fallschirmjäger der 82. Division der „Eingreiftruppe“ auf dem Weg zur „Entflechtungszo-

ne“ auf der Sinai-Halbinsel zwischen Ägypten und Israel (wo im Grunde nur die Besatzer wechseln). Rechts setzen israelische Soldaten die „Verwal-

tungsautonomie“ der Palästinenser in den besetzten Gebieten durch.

Fotos: „U.S. News & World Report“ und AP-TASS

„BESCHWERDEN“ ÜBERS PENTAGON

Die Weltraumfähre „Columbia“ wird, wie viele andere Errungenschaften der amerikanischen Wissenschaft, von den Militärs mißbraucht. Die „Columbia“ wird zu ihrem nächsten, für Juni geplanten Flug fast ausschließlich mit Pentagon-Lasten starten.

In diesem Zusammenhang beschwerte sich UPI zufolge die Hauptrechnungsbehörde über das Pentagon beim Kongreß. Das Pentagon, heißt es, verzögere in unverantwortlicher Weise die Entwicklung des wichtigsten kosmischen Vorhabens, des Laserwaffenprogramms. Diese Waffen sollen in den nächsten Jahren in der „Columbia“ installiert und getestet werden. Die Mittel seien ja bewilligt, der „praktische Nutzen“ davon sei aber einstweilen nicht zu sehen.

Für die Entwicklung von Laserwaffen haben die USA seit Anfang der 60er Jahre bereits ca. 2 Md. Dollar ausgegeben. Der Haushaltsvoranschlag für das Finanzjahr 1983 sieht diesbezüglich 150 Mio Dollar vor. Und gewisse Leute im Senat verlangen weitere 500 Millionen.

Ein System von Laserkampfstationen, schrieb kürzlich die Zeitschrift „Aviation Week and Space Technology“, wäre vor allem zur Vernichtung russischer Raketen und Satelliten bestimmt. Der nächste Flug der „Columbia“ wird also eine neue Runde des Wettrüstens einleiten.

G. BORISSOWA

„NICHTS ERNSTHAFTES...“

Es geschah in der Hafenstadt Eckernförde (BRD). Um 12.30 Uhr erlöste das Kommando: Ein Sonderverbot für alle Flüge im Radius von 25 Seemeilen. Der Grund: In der zweiten Batterie des 39. Luftabwehrbataillons war eine amerikanische Hawk-Rakete außer Kontrolle geraten. Jede Sekunde konnte die PKW-schwere Rakete explodieren.

Diesmal konnte die Katastrophe verhütet werden. Nach Mitternacht wurde der Alarm abgeblasen. Ein Sprecher der Bundesluftwaffe beeilte sich zu erklären, die ergriffenen Maßnahmen seien „übersichtig“ gewesen und „ernsthaft passieren hätte gar nichts können“.

Auf einem NATO-Stützpunkt südlich von Cux-

ven explodierten drei Hawk-Raketen. Zwei Militärangehörige kamen um, drei wurden schwer verletzt.

Unglücksfälle mit US-Waffen sind in der Bundesrepublik schon etwas Alltägliches. In der Presse ist die Rede davon, ein Kampfflugzeug habe in der Luft eine Rakete „verloren“, ein G. I. habe in betrunkenem Zustand einen Selbstmordversuch mit einer Atombombe (zum Glück für die örtliche Bevölkerung erfolglos) unternommen wollen und ein US-Panzer habe bei Manövern ein Wohnhaus völlig zertrümmert. Abgesehen von all diesen „Kleinigkeiten“ hat der Luftwaffenoffizier recht: „Ernsthafte Vorkommnisse“ hat es nicht gegeben.

N. SHOLKWER

Gebot der 80er

Akadiemietglied Oleg BOGOMOLOW

An der Wende zu den 80er Jahren hat sich in der wirtschaftlichen Entwicklung und Zusammenarbeit der RGW-Länder sowie in den wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen eine neue Situation ergeben.

In den europäischen sozialistischen Ländern erfolgt der Übergang von der früher vorwiegend extensiven zur modernen intensiven Wirtschaftsführung. Dieser Übergang ist kompliziert genug. Schon die Erweiterung der Gewinnung von Brenn- und Rohstoffen erfordert stark zunehmende Aufwendungen. Befont sei, daß in den RGW-Ländern (10% der Erdbewölkerung) bis zu 30% der Weltproduktion von Strom, Erdöl, Naturgas, Steinkohle und Stahl konzentriert sind. Hinzu kommt, daß mit den 70er Jahren nicht nur die Zeit billiger Energieträger und Rohstoffe abgeschlossen ist, sondern sich auch der Zustrom zusätzlicher Arbeitskräfte stark vermindert hat. Das Wirtschaftswachstum hängt nun fast ausschließlich von der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und von der Effektivität der Nutzung der vorhandenen Ressourcen ab. Unter Überwindung eines gewissen Beharrungsvermögens ist die sozialistische Wirtschaft in dieses neue Stadium getreten.

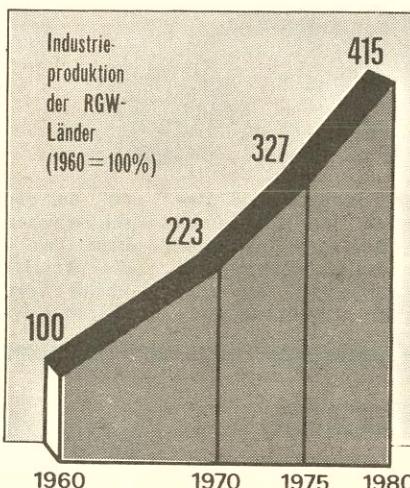
Die dabei entstandenen Probleme wurden von westlichen Beobachtern sofort zu einer „Wirtschaftskrise im RGW“ erklärt. Solche alles andere denn richtigen Schlüsse können zu falschen Prognosen führen.

Trotz Schwierigkeiten und beträchtlicher Unkosten des neuen Prozesses (er begann schon in den 70er Jahren) entwickelt sich die Wirtschaft der RGW-Länder viel dynamischer als in EG-Ländern. Von 1971 bis 1981 stieg das Nationaleinkommen der RGW-Länder um 70%, das der EG-Länder aber um 30%. Das Jahr 1981 war für die sozialistische Gemeinschaft (übrigens auch für den Westen) nicht gerade günstig, aber die Ergebnisse zeigen, daß sich die Anpassung der sozialistischen Wirtschaft an die neuen, härteren Bedingungen alles in allem erfolgreich vollzieht.

Auch in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den RGW-Ländern sind Veränderungen herangereift.

Dank der Politik der sozialistischen ökonomischen Integration ist bereits ein recht hohes Niveau des Zusammenwirkens der nationalen Wirtschaften erreicht worden. Davon zeugt schon der Wert der gegenseitigen Warenlieferun-

gen und Dienstleistungen: durchschnittlich über 18% des gesamten Nationaleninkommens der RGW-Länder. Bulgarien, Ungarn, die DDR und die ČSSR liefern 30—40% ihres Ausstoßes an Maschinen und Ausrüstungen auf den RGW-Markt. Die sozialistischen Länder verwirklichen so große gemeinsame Projekte, wie sie in der Welt sonst selten anzutreffen sind: Ferngasleitungen, Überlandleitungen, Kernkraftwerke, Aufbereitungskombinate u. a. Im Unterschied zur EG, die zu 50% vom Treibstoffimport aus Drittländern abhängt, versorgt sich die sozialistische Ländergemeinschaft nicht nur mit Energieträgern, sondern auch mit anderen lebenswichtigen Rohstoffen zu 90—95%. Die durch langfristige Verträge und Pläne



garantierte Versorgung mit Treib- und Rohstoffen ist in unserer an Überraschungen reichen Zeit ein beträchtlicher Vorzug.

Aber die Vertiefung der ökonomischen Integration in den 80er und 90er Jahren erfordert die Lösung einiger neuer Probleme. Erstens muß die heutige Konzeption der Arbeitsteilung korrigiert werden, vor allem deshalb, weil die Möglichkeiten, den Export einiger Treib- und Rohstoffe aus der UdSSR zu erhöhen, begrenzt sind. Es wirken sich der Übergang zur Erschließung entfernter Lagersäften und folglich die unumgängliche Erhöhung der Investitionen, Transportkosten usw. aus. Deshalb kann eine Zunahme des Handels innerhalb des RGW hauptsächlich von der Entwicklung der internationalen Spezialisierung und Kooperation in der Produktion von Fertigerzeugnissen, Baugruppen und Einzelteilen erwartet werden. Hier liegen schon nicht wenig Erfahrun-

gen vor. Man denke an so großangelegte internationale Projekte wie die Produktion von EDV-Anlagen, Ausrüstungen für KKW, von Kraftfahrzeugen und von Technik für die Erdölgegenwinng. Jetzt muß der nächste Schritt getan werden.

Zweitens zwingen die Verschärfung der Weltlage und die krisenhafte Verfassung der kapitalistischen Weltwirtschaft uns zu sehr ernsten Schlüssen. Der aus Übersee kommende Wind des kalten Krieges verschlechtert die Bedingungen des Ost-West-Handels. Das ist um so trauriger, als es hier ohnehin rein wirtschaftliche Schwierigkeiten gibt.

Hierzu gehören vor allem die Verrechnungen mit dem Westen in frei konvertierbarer Währung. Da die USA Handelsabschlüsse boykottieren, wächst sich die Rückzahlung der üblichen Schulden und der Zinsen für die RGW-Länder zu einem diffizilen Problem aus. Wir müssen unsere Strategie auch deshalb überprüfen, weil wir die Tiefe der heraufziehenden Wirtschaftskrise im Westen unterschätzen.

Anfang der 70er Jahre nötigten das Abflauen der Geschäftstätigkeit und der Rückgang von Aufträgen in vielen Industriezweigen viele europäische und US-amerikanische Banken dazu, eilig nach vorteilhaften Anlagesphären zu suchen, und machen sie für Kreditanträge der RGW-Länder empfänglich. Hierbei wurde jedoch nicht genügend berücksichtigt, daß die Rückzahlung der gewährten Kredite normale Bedingungen für den Export der RGW-Länder in den Westen erfordert. Jetzt aber ist das Gegenteil der Fall: Der Protektionismus sowie die Diskriminierung der sozialistischen Länder werden verstärkt. Zudem führt man, um die UdSSR und einige andere RGW-Länder zu „bestrafen“, neue Beschränkungen für den Import vieler Waren aus diesen Ländern und für die Lieferung moderner Technologien an sie ein. Es ist offensichtlich, daß die industrielle Kooperation mit westlichen Firmen ein Risiko darstellt, und wir müssen an diese Kooperation jetzt umsichtiger herangehen.

Somit sehen sich die RGW-Länder in ihrer eigenen Entwicklung und ihren außenwirtschaftlichen Beziehungen vielen neuen und nicht gerade leichten Aufgaben gegenüber. Sie haben nicht die geringste Ähnlichkeit mit den Gebrüchen des heutigen Kapitalismus: mit der Stagnation und dem Rückgang der Produktion, mit der zunehmenden Inflation und Arbeitslosigkeit. Nichtsdestoweniger müssen die RGW-Länder im laufenden Jahrzehnt mit Rücksicht auf die radikale Veränderung der Bedingungen und Faktoren des Wirtschaftswachstums Korrekturen an den Methoden der Wirtschaftspolitik, der Planung

vornehmen, ja ökonomisch umdenken lernen.

Erfahrungsgemäß bildet die Formulierung der strategischen Ziele für die Zukunft den verantwortungsvollsten Bestandteil dieser gesamten Verwaltungstätigkeit. Fehler in der Wirtschaftsstrategie (z. B. falsche Prioritäten bei der Verteilung von Investitionen zwischen den Zweigen, in den außenwirtschaftlichen Beziehungen, im Wachstumstempo und in der Verbrauchsstruktur) können unter den Verhältnissen der zentralgeleiteten Wirtschaftsplanung besonders großen Schaden zufügen.

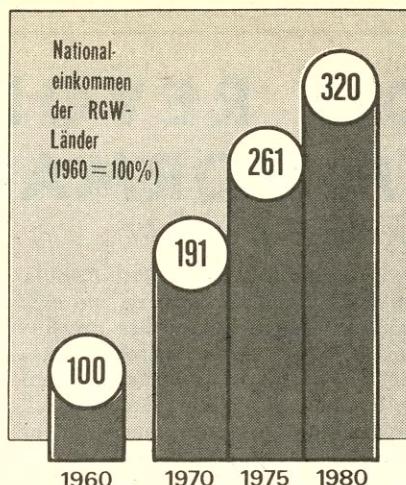
Zu einer Hauptrichtung in der Wirtschaftsstrategie der meisten RGW-Länder für die 80er Jahre wird die Senkung des Anteils der energie- und materialaufwendigen Produktionen und Technologien. In der Eisen- und Stahlindustrie bedeutet es die Orientierung auf größere Produktion nicht von Massenstahl und -walzgut, sondern von hochwertigen Marken und Sorten. Andere Industriezweige müssen um eine „zweite“ und „dritte“ Stufe der Verarbeitung und Veredlung ihres Ausgangsproduktes, ob es nun Metall, Erdöl oder Leder ist, ergänzt werden.

Ein wichtiger Platz wird in den strukturellen Veränderungen der 80er und 90er Jahre dem Maschinenbau, der beschleunigten Entwicklung einiger seiner Branchen eingeräumt. Gemeint ist z. B. die Produktion von Ausrüstungen für Tagebaue, Pipelines, für die Vollmechanisierung einiger landwirtschaftlicher Arbeiten, für die Nahrungsmittelindustrie, für die Mechanisierung der manuellen Arbeit, insbesondere im Bauwesen, bei Lagerungs-, Be- und Entladearbeiten und im Handel.

Zur Beschleunigung einer solchen Umstrukturierung veranlassen uns auch allerlei „Sanktionen“ der USA-Administration in den Ost-West-Beziehungen.

Die Erhöhung der Agrarproduktion in der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern gehört ebenfalls zu den zentralen Aufgaben ihrer Wirtschaftsstrategie. Energische Maßnahmen werden getroffen, damit sich der Agrar-Industrie-Komplex in all seinen Bestandteilen (Pflanzen- und Viehzucht, Lagerung und Verarbeitung) harmonisch entwickelt und damit die Arbeitsproduktivität steigt. Der Nutzeffekt dieser Maßnahmen wird zunehmen, und demgemäß ist zu erwarten, daß der Getreideimport aus kapitalistischen Ländern vermindert werden kann und daß sich der Anteil von Agrarerzeugnissen am Handel innerhalb des RGW erhöhen wird.

Erstrangige Beachtung wird in der langfristigen Wirtschaftsstrategie der Aufgabe gewidmet, die in einigen RGW-Ländern gestörte Ausgeglichenheit der Wirtschaftsentwicklung wiederherzustellen. Unter den ökonomischen Proportionen, deren Einhaltung die



größte Bedeutung beigemessen wird, sind das richtige Verhältnis zwischen dem wachsenden volkswirtschaftlichen Energieverbrauch und dem allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungstempo, zwischen der Erhöhung der Geldeinkünfte der Bevölkerung und der Erweiterung des Angebots von Bedarfsgütern und Dienstleistungen auf dem Inlandsmarkt sowie der Ausgleich der Zahlungsbilanz.

Um die Wirtschaft auszugleichen, führen einige RGW-Länder die Politik einer Begrenzung des Investitionswachstums durch. In den Jahren 1981—1985 wird das wirtschaftliche Entwicklungstempo der meisten RGW-Länder, wie aus ihren Volkswirtschaftsplänen ersichtlich ist, etwas zurückgehen, ehe Ende der 80er Jahre, nach der strukturellen und sonstigen Umgestaltung ihrer Wirtschaft, Voraussetzungen für eine dynamischere Entwicklung entstehen werden.

Die RGW-Länder haben große Möglichkeiten, durch Einsparung von Rohstoffen, Energie und Arbeitskraft die Produktion zu vergrößern. Um diese Möglichkeiten zu realisieren, bedarf es einiger Reformen des Wirtschaftsmechanismus. Solche Reformen sind in den RGW-Ländern seit Mitte der 60er Jahre im Gange. Nunmehr nehmen die Reformen radikaleren Charakter an: Die Investitionsfinanzierung aus dem Staatshaushalt wird vermindert, die durch Bankkredite dagegen erweitert. Die staatlichen Subventionen für unrentable Betriebe werden auf ein Minimum reduziert, die Lohnerhöhungen von den Ergebnissen der kommerziellen Tätigkeit der Betriebe abhängig gemacht.

Die Reformen fördern die wirtschaftliche Selbständigkeit der Betriebe. Zugleich verstärkt sich die staatliche Kontrolle ihres Finanzgebarens. Die Reformen sehen eine Verbesserung auch der zentralen staatlichen Planung vor, die berufen ist, die wirtschaftlichen Hauptproportionen festzulegen; vorgesehen ist ferner, die Pläne mittels aller dem Staat zur Verfügung stehenden ökonomischen Hebel (Kredit, Preise, Steuern,

Finanzrichtsätze) und nicht nur mittels direktiver Auflagen für die Betriebe zu realisieren.

Zu den Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen den RGW-Ländern in den 80er Jahren sei gesagt, daß ihre vor 10 Jahren ausgearbeitete und im Komplexprogramm der Integration verankerte einschlägige langfristige Strategie sich voll bewährt hat. Ihre weitere Konkretisierung erfuhr sie in den langfristigen Zielprogrammen der Zusammenarbeit, die die wichtigsten Komplexe der materiellen Produktion erfassen, und in bilateralen Generalschemata der Spezialisierung. Jetzt sind, da die Intensivierung der Wirtschaftsentwicklung ein Gebot der Zeit ist, neue Initiativen notwendig, und entsprechende Vorschläge wurden auf den jüngsten Parteitagen bereits geäußert. Die RGW-Länder haben eine Wirtschaftskonferenz auf höchster Ebene vereinbart, um über ein effektiveres wirtschaftliches Zusammenwirken zu beraten.

Es handelt sich darum, die Koordinierung der volkswirtschaftlichen Fünfjahrepläne der RGW-Länder durch die Abstimmung ihrer gesamten Wirtschaftspolitik zu ergänzen. Sonst ist es schwierig, die richtigen Wege zur gemeinsamen wirksamen Lösung des Treibstoff- und Energie-, des Rohstoff- und des Nahrungsmittelproblems zu finden. Jedes davon ist schon lange international geworden und erfordert eine vereinbarte Strategie, darunter im Bereich des wissenschaftlich-technischen Fortschritts als Hauptmittel zur Erhöhung der wirtschaftlichen Effektivität in den 80er und 90er Jahren.

Natürlich können auch die besten Vorschläge über die Vervollkommenung der Produktionsstrukturen in den RGW-Ländern und über ihre engere Kooperation ein frommer Wunsch bleiben, wenn sie nicht durch organisatorische und ökonomische Maßnahmen untermauert werden. Vieles wird hier, wie die Teilnehmer der sozialistischen Integration hervorheben, von der Erhöhung der Rolle des Transferrubels als kollektive RGW-Währung sowie von der Vervollkommenung der Preise im wechselseitigen Handel abhängen. Unseren gemeinsamen Interessen entsprechen auch der weitere Ausbau der direkten Beziehungen zwischen Betrieben und Produktionsvereinigungen der RGW-Länder und die Suche nach den besten Formen der wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Tätigkeit, z. B. durch Gründung internationaler

Firmen. Solche Erfahrungen sind noch nicht groß, die wirtschaftlichen und rechtlichen Mechanismen dieser Zusammenarbeit noch nicht perfekt. Doch steht es fest, daß durch den Ausbau operativer direkter Verbindungen und durch Gründung gemeinsamer Firmen große Reserven der internationalen Spezialisierung und Kooperation der Produktion erschlossen werden können.

All das ist mit der Annäherung der nationalen Planungssysteme verbunden. Die sozialistischen Länder drängen einander keine Modelle solcher Systeme auf, doch liegt ihnen daran, daß ihre Vervollkommenung die Länder nicht voneinander entfernt, sondern im Gegenteil die Teilnahme jedes Landes an der ökonomischen Integration erleichtert.

Es ist anzunehmen, daß das Heran-gehen der sozialistischen Staaten an die geschäftliche Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern in den 80er Jahren unter dem Druck der Umstände gewisse Veränderungen erfahren kann. Unverändert bleibt jedoch das Wichtigste: das Streben nach dem Ausbau dieser Zusammenarbeit auf der Basis gegenseitigen Nutzens und der Achtung gegenseitiger Interessen. Die Tendenz zur Schwächung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West entspricht nicht den Interessen der Zukunft, und die RGW-Länder sind bestrebt, diese Tendenz zu bekämpfen. So möchten sie die Kreditbeziehungen zum Westen nicht lahmen.

Ihre Strategie in den Wirtschaftsbeziehungen zum Westen richtet sich darauf, den Anteil von Fertigerzeugnissen am Export zu erhöhen. Die Rationalisierung der Importstruktur wird, wie zu erwarten ist, durch Einschränkung der Einfuhr von Nahrungsmitteln sowie einigen Werkstoffen und Ausrüstungen, deren Produktion die RGW-Länder auf dem Wege gegenseitiger Kooperation einzuleiten planen, erfolgen. Triftige Gründe bestehen dafür, statt fertige Technik entweder komplett Ausrüstungen für ihre Produktion oder entsprechende Lizenzen zu erwerben.

Das wäre wohl die Antwort der sozialistischen Ländergemeinschaft auf die wirtschaftliche Herausforderung der 80er Jahre.

DIE REVOLUTION IM VORMARSCH

Alexander USWATOW

Auf einem zentralen Platz Kabuls, vor der alten Festung Arg, wo sich jetzt das Hauptquartier des Revolutionsrats der Demokratischen Republik Afghanistan befindet, steht ein Panzer auf einem hohen Sockel. Diesen Panzer hatte seinerzeit Major M. A. Watanjar — jetzt Mitglied des Politbüros des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) und Kommunikationsminister der Republik — gelenkt, als er am 27. April 1978 den Sturm auf den Präsidentenpalast anführte.

Der Panzer erinnert an jene Tage, als unter Führung der DVPA die Aprilrevolution, die das sozialökonomisch rückständige Land auf den Weg einer nationaldemokratischen Entwicklung brachte, begann und erfolgreich abgeschlossen wurde.

Das Schwerste stand aber noch bevor. Die demokratischen Umgestaltungen stießen auf den erbitterten Widerstand der Feudalherren und ihrer Helfershelfer. Die Konterrevolutionäre erhielten die allseitige Unterstützung der Kräfte des Imperialismus und der Reaktion außerhalb des Landes. Diese Kräfte entfesselten einen niederklärten Krieg gegen die Republik.

Enormen Schaden fügte der Partei, dem ganzen Land in der ersten Zeit auch die spalterische, partei- feindliche Tätigkeit der Clique Hafisullah Amins zu, deren repressive, im Grunde provokatorische Politik vorübergehend den progressiven revolutionären Prozeß deformierte, viele Afghanen verwirrte und der konterrevolutionären Propaganda Nahrung gab.

Der Anbruch der neuen Etappe der Aprilrevolution am 27. Dezember 1979, als die gesunden, patriotischen Kräfte der DVPA an die Macht kamen, ermöglichte es, die Lage im Lande zu stabilisieren, die revolutionäre Gesetzlichkeit wiederherzustellen sowie die Anstrengungen auf die Schaffung einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und der Einheit in der Partei, auf den Zusammenschluß der Volksmassen, aller patriotischen Kräfte der Gesellschaft für die Verteidigung der Heimat und der Revolution zu richten.

Gemeinsame Arbeit

Die Ergebnisse der konstruktiven, zielgerichteten Tätigkeit der Partei



Der Panzer, der am 27. April 1978 die Attacke auf die Zitadelle des alten Regimes eröffnete

und der revolutionären Macht im Interesse der Werktagen und des ganzen Volkes sieht jetzt jeder unvoreingenommene Beobachter, vor allem werden sie den Afghanen selbst immer deutlicher. Afghanistan kann bereits auf so manche Errungenschaften verweisen, obgleich viele demokratische sozialökonomische Umgestaltungen langsamer, als von der Partei beabsichtigt, verwirklicht werden. Doch schuld daran ist nicht sie, sondern sind imperialistische, reaktionäre Kräfte, die Räuberbarden für Mord- und Diversionsakte organisieren, ausbilden, ausrüsten und einschleusen.

Nichtsdestoweniger schreitet Afghanistan voran. Im vergangenen Jahr nach dem afghanischen Kalender (bis zum 20. März) hat das Bruttonationalprodukt um 2,4% zugenommen. 17 neue Betriebe wurden übergeben. Im laufenden Jahr sieht der Plan eine Produktionssteigerung um über 6% vor — darunter der Agrarproduktion um über 3% und der Industrieproduktion um 10%. Hierfür müssen jene Betriebe, die unter Banditenüberfällen gelitten haben, beschleunigt wiederaufgebaut werden.

Im vierten Jahr der Revolution wurde die Boden- und Wasserreform — die eigentliche materielle Grundlage der nationaldemokratischen Revolution in einem rückständigen Agrarland — im Interesse der Hauptmasse der Bauern und Nomaden weitergeführt. Eine Reihe von Gesetzen wurde verabschiedet, die eine gerechte Verwirklichung der Reform unter Berücksichtigung

der entstandenen Traditionen und Gebräuche garantieren, um Fehler und Übergriffe wie zu Anfang auszuschließen.

760 000 Bauernfamilien wurden die Steuerschulden der letzten drei Jahre erlassen. Der Staat stellt den Bauern 6000 t Saatgut ertragreicher Getreidesorten für die jetzige Frühjahrssaat zur Verfügung. Die Mindestlöhne und -gehälter wurden merklich angehoben. Im neuen Schuljahr seit dem 22. März besuchen über 80 Prozent der Kinder die Schule. In den Alphabetisierungskursen lernen mehr als 550 000 erwachsene Afghanen.

Das alte Afghanistan ist zu neuen Ufern aufgebrochen. Die ersten Bauerngenossenschaften, die ersten Maschinen-Traktoren-Stationen, die ersten Sanatorien für Arbeiter und die ersten Pionierlager für Schüler...

Auf diese Fürsorge antworten die Menschen mit fleißiger Arbeit. In verschiedenen großen Städten helfen die Einwohner an ihrem freien Tag freiwillig und unentgeltlich bei der Verschönerung der Straßen, der Reparatur von Wegen und Häusern — so manifestiert sich unter neuen Bedingungen die alte afghanische Bauerntum "khashar" („gemeinsame Arbeit“).

Entgegen den „Behauptungen“ der Feinde der Volksmacht, die als „Glaubensstreiter“ antreten, wird in der DR Afghanistan konsequent eine Politik der vollen Achtung des Islams verfolgt. Überdies ordnete gerade die Regierung im vergangenen Winter an, den Moscheen mit Brennstoff zu helfen, und stellte nach Angaben der Kabuler Nachrichtenagentur Bakhtar 5 Mio Afghani für die Reparatur und Rekonstruktion von Moscheen bereit, die „Glaubensstreiter“ zerstört hatten. Mit staatlichen Mitteln wurden 29 neue Moscheen und Gebetshäuser errichtet.

Zum Ministerium für Angelegenheiten der Völker und Stämme kommen stets viele Vertreter der afghanischen Nationalitäten aus dem ganzen Land

Neben der Religionsfreiheit wurde im demokratischen Afghanistan die Gleichberechtigung der Nationalitäten, Völkerschaften und Stämme des Landes verkündet und garantiert. Sie alle haben erstmals in der afghanischen Geschichte die reale Möglichkeit erhalten, am politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen.

Ungezählte Stammesälteste und -häuptlinge, einfache Besucher vom Lande fielen mir vor dem im letzten Sommer umgebildeten Ministerium für Angelegenheiten der Völkerschaften und Stämme, in den Sprechzimmern seiner führenden Mitarbeiter, im Arbeitszimmer des Ministers Suleiman Laek selbst auf. Sie kommen im festen Glauben an die Gerechtigkeit der Volksmacht von weit her mit ihren Problemen — von prinzipiellen Fragen mit weitreichender Bedeutung bis zu ihren privaten Angelegenheiten.

Als ich S. Laek fragte, was diese Gruppe orientalisch gekleideter Leute zu ihm geführt habe, antwortete er:

„Es sind Stammesvertreter von der afghanisch-pakistanischen Grenze. Einige wohnen auch auf der anderen Seite, doch sie alle betrachten sich als Afghanen. Sie bitten um Hilfe mit Lebens- und Transportmitteln. Zugleich boten sie selbst an, einige Grenzabschnitte zu sperren, um dort konterrevolutionäre Banditen nicht durchzulassen, und fragten, wie sie die Verbindung zu unseren Armee-Einheiten aufrechterhalten sollten...“

Aufgabe Nr. 1

Ende März interviewten BBC-Korrespondenten in Kabul den Generalsekretär des ZK der DVPA und Vorsitzenden des Revolutionsrates der DR Afghanistan, Babrak Karmal. Er erteilte den von der westlichen Propaganda endlos wiederholten Erfindungen die gebührende Abfuhr, die „Streitkräfte Afghanistans“ bestünden „im Grunde schon nicht mehr“ und die „Operationen zur Gewährleistung der Sicherheit des Landes“ würden „von



Kabul, am frühen Morgen

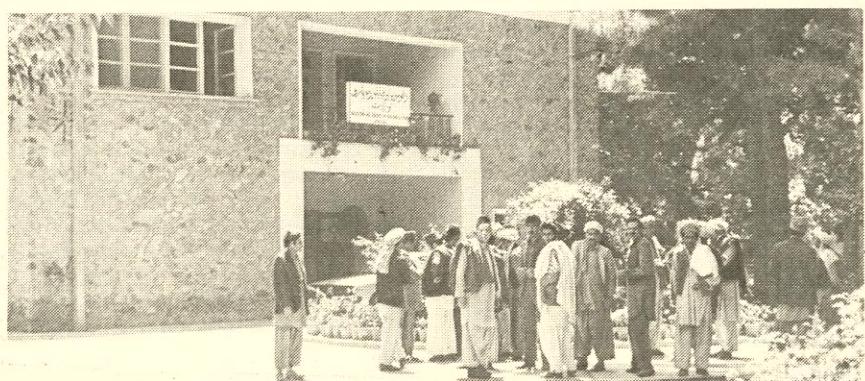
Fotos des Autors

sowjetischen Soldaten ausgeführt“. „Heute sind die Streitkräfte der DR Afghanistan die mächtigsten bewaffneten Kräfte in der Geschichte unseres Landes“, sagte Babrak Karmal. „Wenn es die Söldner, wenn es ca. 80 militärische Ausbildungszentren für sie auf dem Territorium Pakistans nicht gäbe, wenn diese Söldner mit amerikanischen Waffen und amerikanischem Geld nicht auf unser Territorium eingeschleust würden, versichere ich Ihnen, daß Sie in drei bis sechs Monaten eine Reise an jeden Punkt unseres Landes unternehmen könnten und das begrenzte sowjetische Truppenkontingent in die Heimat zurückkehren würde. Doch dafür müssen Garantien gegeben sein, daß Einmischung und Aggression reaktionärer Kräfte vom Territorium Pakistans gegen Afghanistan nicht wiederaufgenommen werden.“

Im letzten Jahr haben Volksstreitkräfte, Volksmiliz und Sicherheitsorgane mit Unterstützung der Bevölkerung gegen die Feinde der afghanischen Revolution starke Schläge geführt. Viele Räuberbarden wurden zerschlagen, bei ihnen Waffen und andere Ausrüstungen amerikanischer, chinesischer, pakistanischer und ägyptischer Herkunft beschlagnahmt. All das hat zur Festigung der Sicherheit in einer ganzen Reihe von Regionen beigetragen.

Doch die Konterrevolution verübt nach wie vor mal hier, mal dort Diversionsakte und Terroranschläge. Mittels konterrevolutionärer Banden führt der Imperialismus weiter seinen nickerklärten Krieg gegen das revolutionäre Afghanistan.

„... Der Sieg über die Kräfte der Konterrevolution, über Gewalttäter und Banditen kommt nicht von allein. Er verlangt von uns die volle Mobilisierung all unserer Kräfte und materiellen Möglichkeiten, Mut, Standhaftigkeit und Ausdauer... Der Sieg kann errungen werden,



wenn alle gemeinsam für ihn kämpfen" — so hieß es in der von der ersten gesamtnationalen Konferenz der DVPA (März d. J.) angenommenen „Botschaft an das Volk Afghanistan“.

Diese Konferenz wurde in Afghanistan als ein außerordentlich wichtiges Ereignis eingeschätzt. Hat sie ja das Aktionsprogramm der DVPA erarbeitet, das die Strategie und Taktik des Kampfes für die Erneuerung Afghanistans bestimmt und konkrete Wege für den weiteren Vormarsch, ausgehend von den realen Bedingungen und Möglichkeiten des Landes, aufweist.

Babruk Karmal brachte das Wesen der Aprilrevolution und der gesamten Tätigkeit der Partei in dem Hauptreferat kurz und knapp zum Ausdruck: „Wir lassen uns von einem einfachen und klaren Ziel leiten — unser Volk glücklich und unsere Heimat blühend zu machen.“ Doch „dieses hohe Ziel kann nicht unverzüglich und sofort erreicht werden“, betonte er. „Der Übergang von tiefer Rückständigkeit zum allseitigen Fortschritt verlangt Zeit und die Anstrengungen des ganzen Volkes... Unsere Aprilrevolution ... ist eine nationaldemokratische Revolution mit antiimperialistischem Charakter.“ Daher röhren auch die allgemeindemokratischen Ziele der Revolution: die Beseitigung der feudalen und präfeudalen Überreste, die Einschränkung des Großgrundbesitzes, die Bodenverteilung an landlose und Kleinbauern, der Aufschwung der nationalen Wirtschaft, die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung, die Entwicklung der Kultur aller Völkerschaften und Stämme, die konsequente Demokratisierung des öffentlichen und politischen Lebens.

Dem Zusammenschluß aller afghanischen Patrioten dient die Tätigkeit der im Sommer 1981 gebildeten Nationalen Vaterländischen Front. Sie vereint alle national-patriotischen, progressiven Kräfte verschiedener Klassen, Schichten und Gruppen der afghanischen Bevölkerung für den Aufbau einer neuen, gerechten Gesellschaft, für die Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes gegen imperialistische Anschläge.

Kabuls Friedensbemühungen

Die Afghanen betrachten die vollständige Zerschlagung der bewaffneten Konterrevolution, die Errichtung und die zuverlässige Konsolidierung der revolutionären Macht dort, wo gegen sie noch ein nickerterklärter Krieg der reaktionären Kräfte geführt wird, und die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens im Lande als Aufgabe Nr. 1.

Wie im Aktionsprogramm der DVPA betont wird, ist die Festigung und Entwicklung der Beziehungen der brüderlichen Freundschaft und der traditionellen allseitigen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft Eckstein der Außenpolitik der DR Afghanistan. Darin liegt die Gewähr für die Verteidigung Afghanistans und der revolutionären Umgestaltungen, das ist die unabdingbare Voraussetzung für den weiteren Vormarsch Afghanistans.

Die Republik hat wiederholt ihren festen Friedenswillen demonstriert. Sie unternimmt konsequent Anstrengungen zur Normalisierung der Beziehungen zu den Nachbarländern. Die Regierung der DR Afghanistan bekundete in ihren Erklärungen vom 14. Mai 1980 und vom 24. August 1981 in flexibler Form, unter Berücksichtigung der Positionen der Partner ihren guten Willen zur Herstellung normaler, freundschaftlicher Beziehungen zu Pakistan und Iran auf dem Verhandlungsweg. Das würde es erlauben, die zwischen ihnen bestehenden Probleme zu lösen, die Lage in der Region so grundlegend zu verbessern und die Spannungen, die künstlich um Afghanistan aufgebaut wurden, zu beenden. Bedauerlicherweise hat der Aufruf aus Kabul bislang kein Echo gefunden — weder in Islamabad, auf das Washington und Peking Druck ausüben, noch in Teheran. Nichtsdestoweniger hofft man in Afghanistan, daß die am 10. April begonnene Vermittlermission des Sonderbeauftragten des neuen UNO-Generalsekretärs, eines Emisärs, der abwechselnd die drei Hauptstädte des Mittleren Ostens bereist, helfen wird, die Seiten zu konstruktiven Verhandlungen zu bewegen.

Die sieben Tage vor dem 4. Jahrestag der Revolution des 27. April wurden vom Weltfriedensrat zur Woche der Solidarität mit dem kämpfenden afghanischen Volk proklamiert, mit einem Volk, das die Unabhängigkeit und Freiheit seiner revolutionären Heimat verteidigt. Die Solidarität mit dem afghanischen Volk hat in aller Welt ein großes Echo gefunden. Im Gegensatz zu der Pseudosolidarität, zu der US-Präsident Ronald Reagan am 21. März appellierte — denn er selbst solidarisierte sich mit Banditen, die unsägliche Verbrechen in Afghanistan verüben und mit Hilfe des Imperialismus das Land in das Mittelalter zurückwerfen wollen.

Doch dies zu tun, ist niemandem mehr gegeben.

Kabul—Moskau

Hameln, eine altehrwürdige Hansestadt, liegt am Schnittpunkt der Weser mit der Bundesstraße 1. Die gemütliche Altstadt mit den malerischen Häuschen im Stil der Weserrenaissance ist eine wahre Touristenattraktion.

Hameln und der Rattenfänger... Diese Sage hat verschiedene Fassungen. Einer zufolge erklärte sich ein Fremder bereit, gegen entsprechende Belohnung die Stadt von den Ratten zu säubern. Verzückt von den Flötenklängen, folgten ganze Rattenscharen dem Fremdling, der aber führte sie in die Weser. Doch die geizigen Bürger wollten den Unbekannten um seine Belohnung bringen. Da führte der Rattenfänger, wieder auf seiner Flöte spielend, alle Kinder in den Tod. Seitdem sind der Geiz der Bürger, die Vertraulichkeit der Kinder und die List des Rattenfängers von Hameln sprichwörtlich geworden.

Wenn man das Auf und Ab der bundesdeutsch-amerikanischen Beziehungen verfolgt, muß man unwillkürlich an die Sage vom Rattenfänger denken. Zu kategorisch verlangt Washington in letzter Zeit, die europäischen Verbündeten, vor allem die BRD, sollten ihm in allem folgen. Zu sehr erinnern einige Bonner Politiker an die Kinder von Hameln — nicht durch ihre Vertraulichkeit (die Zeiten, da man noch aufrichtig an die „Weisheit“ der amerikanischen Führung glaubte, sind vorbei), sondern wegen einer gewissen magischen „Gelähmtheit“: Man weiß, wohin die Reise geht, und doch läuft man mit, bisweilen sogar um einige Schritte vorausseilend. Zu sehr erinnert das Ziel des Weges an das schlimme Ende in der Weser...

Möglicherweise stellt sich dieses Bild in letzter Zeit auch bei vielen Bundesbürgern ein. Zumindest nimmt der Wunsch, dem NATO-„Seniorpartner“ blindlings zu folgen, von Tag zu Tag ab. Das ist verständlich. „Noch nie war die Politik der USA für breite Kreise der Bevölkerung so durchschaubar auf das Schüren von Konfrontationen ausgelegt“, schrieb die Frankfurter Zeitung „Die Tat“.

Der bundesdeutsche Journalist Klaus Naumann führte ein einfaches Experiment durch: Im Laufe des Februars d. J. schnitt er Beiträge über die Reagan-Politik aus einigen bundesdeutschen Zeitungen aus und veröffentlichte sie in Heft 3 der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“ unter der Überschrift „Ein Monat US-Politik in Pressemeldungen“.

WOHIN LOCKT DER RATTENFÄNGER?

Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

Vor allem waren das keine Kommentare, sondern „reine Informationen“. Der Autor wählte offenbar bewußt vor allem Publikationen aus, die über jeden Verdacht des „Antiamerikanismus“ erhaben sind — wie die rechtskonservative „Frankfurter Allgemeine“ oder Springers „Welt“.

Es entstand ein beeindruckendes Bild. Wie es im Vorwort hieß: „Geboten wird hier eine Mischung von Abenteuerlichkeit ... konsequent verfolgter Globalstrategie und einer innen- und wirtschaftspolitischen Misere ...“

In dieser ca. 15 Seiten langen Presseübersicht ging es um die Verstärkung der Militärhilfe für El Salvador und Guatemala, die Forderung Washingtons nach Verschärfung der „Sanktionen“ gegenüber der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern, den Druck, mit dem die Verbündeten zur Einschränkung des Osthandels gezwungen werden sollen, und um das Verhältnis von Außenminister Haig zu seinen Kollegen, Außenministern westeuropäischer Länder, von denen er in engem Kreise den einen als „doppelzüngigen Bastard“, den anderen als „Schizophreniker“ titulierte.

Der realistisch denkende Westeuropäer ist bei fast jeder dieser

Meldungen schon bedient. Bei manchen Meldungen bekommt man es einfach mit der Angst — so bei der verstärkten Produktion chemischer Waffen oder bei dem bundesdeutsch-amerikanischen Abkommen zur Schaffung der Bedingungen für eine zusätzliche Verstärkung der US-Truppen in der BRD.

Diese letzte Information wurde vom Propagandaapparat beider Länder so nebenbei serviert. Doch in Wirklichkeit geht es um äußerst ernste Dinge. „Ein Abkommen zwischen Bonn und Washington, mit dem sich Amerika verpflichtet, seine Streitkräfte in der Bundesrepublik im Krisenfall mehr als zu verdoppeln, ist fertiggestellt worden“, schrieb die „Frankfurter Allgemeine“ am 23. Februar. In dem Abkommen „... verpflichtet sich Washington, seine in Friedenszeiten — also derzeit — in der Bundesrepublik stationierten vier Divisionen innerhalb von 10 Tagen um 6 weitere Divisionen auf 10 Divisionen zu vermehren. Außerdem verpflichtet sich Amerika dazu, seine fliegenden

Unter denjenigen, die sich entschieden dagegen wenden, daß die BRD zur Startrampe neuer US-Raketen wird, findet man heute immer häufiger auch Bundeswehrangehörige

Telefoto: AP—TASS



Verbände entsprechend zu verstärken. Dies bedeutet eine Verstärkung um mehr als 1000 Kampfflugzeuge... Als Gegenleistung hierfür verpflichtet sich die Bundesrepublik zum Aufbau und zum Unterhalt umfassender Unterstützungseinrichtungen. Wichtigster Teil dieser Zusage ist die Verpflichtung, ein Unterstützungskorps der Bundeswehr aufzustellen, das aus Reservisten besteht und im Frieden nur 2342 Mann umfaßt, davon 1207 Soldaten, 598 Zivilisten und 537 zu Wehrübungen einberufene Reservisten. Im Krisen- oder Kriegsfall soll das deutsche Unterstützungs-korps dagegen auf 93 329 Mann anwachsen.“

Was all das bedeutet? Die zynische Leichtigkeit, mit der hier eine pedantische Buchhaltung „für den Kriegsfall“ aufgemacht wird, fällt auf. Nicht weniger gefährlich ist auch etwas anderes: All das kann auch im Frieden, in einem „Krisenfall“ geschehen. Wer weiß, wann es Reagan und Konsorten in den Sinn kommt, eine Situation für kritisch zu befinden? Noch etwas: Die Bonner Führung hat wiederholt erklärt, in Friedenszeiten werde die Bundeswehr höchstens 500 000 Mann haben. Jetzt entsteht die Gefahr, daß unter dem Vorwand eines absichtlich unklar definierten „Krisenfalls“ (doch zu Friedenszeiten) ein neuer Verband von mindestens 100 000 Mann auftaucht!

Und schließlich, was bedeutet die Verstärkung des US-Kontingents in der BRD, wo der größere Teil aller US-Truppen in Europa — 336 200 Mann — stationiert ist, um „mehr als das Doppelte“? „Obwohl seit 37 Jahren kein Krieg mehr in Europa geführt wurde und kein europäischer Staat an der kriegerischen Austragung von Konflikten mit seinen Nachbarn interessiert sei, wird mittler im Frieden eine regelrechte Zweitbesatzung Westeuropas durch die USA vorbereitet“, schrieb der bundesdeutsche Publizist Karl Breathäuser.

Dieser Tage wurde das Abkommen in Bonn unterzeichnet. Viele hiesige Beobachter konstatierten, daß die Bundesregierung durch ihre Unterschrift im Grunde demonstriert hat, daß sie nicht zur militärischen Entspannung in Europa beitragen will. Überdies spielt sie offen den gefährlichen Plänen der US-Militäriten zu, indem sie das Territorium ihres Landes überläßt.

All das ergänzt den verhängnisvollen „Nachrüstungs“beschuß der NATO, d. h. die ab 1983 geplante Stationierung neuer nuklearer US-Mittelstreckenraketen, deren Löwenanteil wiederum auf die BRD entfällt.

Daß der Kurs der Reagan-Administration in vielen wichtigen Bereichen den nationalen Interessen der Bundesrepublik zuwiderläuft, müßte allen deutlich sein. Doch nicht alle wagen das einzugehen. Die Regierungskreise nehmen eine widersprüchliche Haltung ein. In einer Reihe von Fragen erklärt Bonn sein Recht auf eine gewisse politische Selbständigkeit. Dazu gehören unter anderem die Zurückhaltung gegenüber Washingtons Forderung, die sozialistischen Länder zu „bestrafen“, das Streben, den Ost-West-Dialog auch in Zeiten verstärkter Spannungen fortzuführen, und der Widerstand gegen Washingtons Versuche, den Osthandel abzuwürgen. Zugleich tritt die Bundesregierung in einer lebenswichtigen Frage, bei der die Stationierung der Pershings-2 und der Cruise Missiles, als Helfershelfer des Pentagon auf.

Eine solche Heuchelei diktieren auch das Verhalten. Während des kürzlichen USA-Besuchs mußte BRD-Außenminister Hans-Dietrich Genscher recht harte Diskussionen führen, hervorgerufen z. B. durch die unterschiedliche Haltung zum Erdgas-Rohre-Abkommen. Doch nach seiner Heimkehr bemühte er sich, den Eindruck zu erwecken, als gäbe es zwischen den USA und der BRD keine ernsthaften Differenzen.

Nach Genscher begab sich Franz Josef Strauß, die „graue Eminenz“ der rechtsbürgerlichen Opposition, nach Washington. Das, was er nach seiner Rückkehr berichtete, unterschied sich stark von Genschers Version. Strauß zufolge ruft die Politik der Bundesrepublik in Washington Verdächtigungen und Wut hervor. Doch läge das wiederum nicht an objektiven amerikanisch-bundesdeutschen Widersprüchen, sondern an den falschen Handlungen der regierenden sozialliberalen Koalition. Wenn erst die CDU/CSU an die Macht käme, wäre die Harmonie zwischen Bonn und Washington augenblicklich wiederhergestellt.

Übrigens sind die Treuebekenntnisse, die FJS so laut von sich gab, typisch für die derzeitige Opposition. In den letzten Jahren geriet der CDU/CSU-Block in der Entspannungsatmosphäre einfach in Atemnot. Er braucht offenbar das Klima des kalten Krieges. Jetzt hat er neuen Mut gefaßt und ist Washingtons Hals über Kopf nachgestürzt.

Hierbei ist nicht einmal ganz klar, was für die CDU/CSU wichtiger ist — allein die Rückkehr zu einer Politik der internationalen Konfrontation oder aber die Absicht, das eigene innenpolitische Süppchen auf deren Flamme zu kochen. Offenbar sind die Oppositionspolitiker

aus Machthunger zu allem bereit, selbst zum totalen Verrat an den nationalen Interessen der BRD. Da es um Atomwaffen geht, kann man sagen, daß die Opposition bereit ist, das Schicksal des Landes aufs Spiel zu setzen.

Die bundesdeutsche Öffentlichkeit will das verhindern — trotz den ständigen Warnungen vor einer „sowjetischen Bedrohung“. Nicht von ungefähr haben bereits mehr als 2 Millionen Bundesbürger den Krefelder Appell unterzeichnet, der die Regierung auffordert, ihre Zustimmung zum NATO-„Doppelbeschuß“ zurückzunehmen.

Gegen den „Doppelbeschuß“ sprechen sich auch viele SPD-Politiker aus. Solche Stimmen werden auch in der anderen Koalitions-Partei, der FDP, immer lauter.

Die führenden Kreise dieser Parteien behaupten, der NATO-Beschluß sei der beste Weg zu Abrüstungsvereinbarungen, da er ermögliche, Druck auf die Sowjetunion auszuüben und deren „Verhandlungsbereitschaft zu fördern“. Darin liege der Sinn des „Doppelbeschlusses“ — Verhandlungen unter dem „erforderlichen Druck“. Wenn diese scheiterten, würde die Raketenstationierung unausweichlich. Doch in letzter Zeit kann nur ein Blinder nicht sehen, daß nicht Moskau, sondern Washington mit Gewalt an den Verhandlungstisch gezerrt werden mußte, daß der Reagan-Administration ganz offenbar ein Scheitern der Verhandlungen durchaus ins Konzept passen würde, um dann der anderen Seite die Schuld zuzuschieben.

Unterdessen wird die Gefahr des Kurses auf die Verwirklichung des NATO-Beschlusses immer deutlicher. Wissenschaftler und Praktiker verschiedener Wissensbereiche — vor allem natürlich Ärzte — studieren jetzt die Nuklearkriegsgefahr und erläutern die Folgen. In der BRD gibt es heute 122 Gruppen, die die Öffentlichkeit über die möglichen Auswirkungen aufklären. Viele dieser Gruppen tragen die Bezeichnung „Ärzte gegen Atomraketen“.

Für den Krefelder Appell haben sich kürzlich 50 bekannte bundesdeutsche Naturwissenschaftler ausgesprochen.

Große Aufmerksamkeit fand eine von 120 namhaften bundesdeutschen Juristen verfaßte Erklärung. Sie erinnert an Artikel 26 des Grundgesetzes, dem zufolge nicht nur die Vorbereitung eines Angriffskrieges, sondern auch alle anderen Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, verfassungswidrig sind. Wie die Juristen meinen, wäre

die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in der BRD eine solche Verletzung dieses Artikels, da Raketen „keine bloßen Verteidigungsmittel sind“.

Die juristischen Aspekte der Frage wurden auch auf einer Konferenz der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen (AIJD) in Frankfurt a. M. erörtert. Die 300 Konferenzteilnehmer aus 12 Ländern Europas und aus den USA (die repräsentative sowjetische Delegation wurde von Prof. W. Sobakin geleitet) erinnerten in ihrem Appell die Öffentlichkeit daran, daß die USA nie auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verzichtet haben. „Die Bundesregierung würde mit einer Zustimmung zur Stationierung auf dem Territorium der BRD notwendigerweise in Kauf nehmen, daß die USA diese Raketen auch einsetzen, ohne daß ein Angriff der Sowjetunion vorausgegangen sein müßte“, heißt es in dem Appell. Doch laut geltendem Völkerrecht kann das bereits nicht nur als „Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker“, sondern sogar als unzulässige Vorbereitung eines Angriffskrieges qualifiziert werden.

Die Konferenz fand in der erst kürzlich wiederaufgebauten Frankfurter Oper statt. „Die Konferenz wurde nicht von ungefähr gerade in der BRD einberufen“, sagte mir Prof. Gerhard Stuby, erster Vizepräsident der AIJD. „Der NATO-Beschluß berührt in besonderem Maße gerade dieses Land, und zugleich hängt viel von ihm bei der Entscheidung darüber ab, ob hier diese friedensbedrohenden Raketen stationiert werden.“

Immer mehr Bundesbürger werden sich bewußt, wie sehr sich der abenteuerliche Kurs Washingtons von der Friedenspolitik der UdSSR unterscheidet. Dieser Erkenntnisprozeß erhielt in letzter Zeit bedeutsame Impulse durch die Vorschläge und Ideen, die Leonid Breschnew auf dem XVII. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften unterbreitete.

In letzter Zeit hört man von jenseits des Atlantiks auch Erfreuliches. Immer häufiger wird über die schnelle Zunahme der amerikanischen Friedensbewegung berichtet. Das ermuntert die Friedensanhänger in der BRD. Immer wieder wurden sie des Antiamerikanismus bezichtigt, doch standen sie stets an der Seite jener Amerikaner, die den Frieden für Amerika, für die ganze Welt bewahren wollen. Antiamerikanismus aber kann man zu Recht jenen vorwerfen, die sich diesem Streben widersetzen.

Bonn

DIE MENSCHEN MÜSSEN DIE WAHRHEIT WISSEN



Dem hippokratischen Eid getreu, muß ein Arzt dem Patienten offen sagen, daß sein Leben gefährdet ist. In dem Fall, von dem hier die Rede sein soll, ist die ganze Menschheit der Patient, und die Krankheit, die ihn gefährdet, ist eine nukleare Katastrophe. Wie ein hippokratischer Eid im Namen von drei Millionen Ärzten der Welt wirkt das russisch, englisch, französisch, deutsch und spanisch erschienene Buch von Medizinern, die dem sowjetischen Komitee „Ärzte für die Abwendung eines Kernwaffenkrieges“ angehören.*

Vor einigen Jahrhunderten sagte der große holländische Denker Erasmus von Rotterdam: Nur wenige, deren verdammenswertes Wohl vom Leid des Volkes abhängt, machen Kriege. Leider haben diese „Wenigen“ im Laufe von fünfeinhalb Jahrtausenden menschlicher Geschichte viel geschafft: Sie haben 14 500 Kriege auf dem Gewissen, die etwa vier Milliarden Menschenleben gekostet haben. Heutzutage können vier Milliarden Menschen in wenigen Stunden oder sogar Minuten hingemordet werden. Dennoch werden die tödlichen Arsenale mit neuen raffinierten Mordwerkzeugen aufgefüllt.

Kernsprengstoff mit einer Sprengkraft von 3 t Trinitrotoluol auf jeden Mann, jede Frau und jedes Kind der Erde. Über eine Million Bomben wie diejenige, die Hiroshima vernichtete. Und dabei philosophieren gewisse westliche Strategen unberührt über einen „begrenzten Kernkrieg“, über die Möglichkeit, „aus ihm als Sieger hervorzugehen“. US-Vizepräsident Bush sagte in einem Interview für die „Los Angeles Times“: „Man muß die Überlebensmöglichkeit des Oberkommandos sichern, die Überlebensmöglichkeit eines Industrie-Potentials, man muß den Schutz einer gewissen Prozent-

zahl von Bürgern sichern und eine Kapazität an Waffen haben, die der Gegenseite mehr Schaden zufügt, als sie einem selber zufügen kann.“ Und weiter: Überleben würden „mehr als fünf Prozent“, selbst dann, wenn „jede Seite alles losgefeuert hat, was sie besitzt“.

Die Mediziner sind weniger „optimistisch“. Sie geben der Wahrheit den Vorzug.

Wenn ein Kernkonflikt losbricht... Schon in den ersten Tagen und Stunden würde bis zur Hälfte der Bevölkerung eines überfallenen Gebiets in grauenhaften Qualen sterben. In Europa rund 300 Millionen Menschen. Die übrigen würden mit schweren Brandwunden, Verletzungen und Strahlungsschäden in ihrer Mehrheit nach 2–8 Wochen sterben, weil sie keine Existenzmittel hätten und nicht einmal die elementarste ärztliche Hilfe bekämen. Wer anfangs Glück hätte, würde später trotzdem schwere physische und seelische Schäden erleiden. Die Lebenden würden die Toten beneiden.

Wenn ein Kernkonflikt losbricht... Ungefähr 0,0001 Sekunde nach der Explosion einer 1 Megatonnen schweren Bombe würde der Feuerball in einem Abstand von 100 km (bei sehr klarer Atmosphäre) 30mal so grell sein wie die Tropensonne im Zenit. Brandwunden bekämen Menschen, die sich 15 km vom Explosionsort entfernt befänden.

Für eine wirksame Hilfe an 100 Patienten mit schweren Brandwunden wäre ein intensives Funktionieren sämtlicher Spezialeinrichtungen eines großen, hochentwickelten Landes notwendig. Bei äußerster Anspannung aller Kräfte könnten sie 20mal soviel schaffen. Indessen beließ sich die Zahl der schweren Brandverletzungen in den beiden Städten Japans, auf die eine 12,5 und eine 22 Kilotonnen schwere A-Bombe abgeworfen wurde, auf Zehntausende. In einem Jahr werden in den ganzen USA in Friedenszeiten ungefähr ebensoviel Blutkonserven verbraucht, wie sie in den getroffenen beiden Städten Japans an einem Tag benötigt wurden.

* J. Tschasow, L. Iljin, A. Guskowa, „Sowjetische Mediziner über die Gefahren eines Nuklearkrieges“, APN-Verlag, Moskau 1982

Wenn ein Kernkonflikt losbricht...

Beim Einsatz der „humaneren“ Neutronenwaffe würde es sich nicht um einzelne, sondern um Hunderte und sogar Tausende Detonationen handeln. Nicht von ungefähr plant das Pentagon, in Westeuropa 380 Neutronensprengköpfe für Lance-Raketen und 800 für Geschosse für schwere Haubitzen zu stationieren. Die Zone der absolut tödlichen Strahlung von Munition in einer Stärke von einer Kilotonne erstreckt sich 5–8 km² um das Epizentrum. Die Orte in der Alten Welt sind meistens nicht mehr als 1–2 km voneinander entfernt. Die Zahl der umkommenen Zivilisten würde sich, verglichen mit den Folgen einer Atomexplosion, verdoppeln. Die Überlebenden würden einer viel stärkeren Strahlung ausgesetzt sein.

Wenn ein Kernkonflikt losbricht...

Am schwersten würden schwangere Frauen und Kinder leiden. Infolge der Explosion in Hiroshima wurden bei zwei Dritteln der bestrahlten Kinder Entwicklungsstörungen festgestellt. Aufgrund von Angaben japanischer Wissenschaftler nehmen UNO-Gutachter an, daß die in Jahrhunderten zustande gekommene Altersstruktur und Gesundheit kommender Generationen in einem Augenblick schwer gestört sein würde.

Über eine Million Menschen können bösartigen Geschwüren erliegen, deren Ursache stratosphärischer Ausfall nach einem massierten Kernschlag wäre. 400 000 ihrer Nachkommen hätten genetische Defekte.

Wenn ein Kernkonflikt losbricht...

Heute ist es praktisch unmöglich, die Menge seiner voraussichtlichen Wirkungen zu bestimmen. Jedenfalls meinen Sachverständige, daß man die obigen Angaben nur als die niedrigsten Schätzungen ansprechen kann. Vorläufig weiß niemand, in welchem Grade die ökologische Lebenssphäre des Menschen gestört sein würde.

Eine grauenhafte Wahrheit. Sie ist die Aussage des Buches folgender sowjetischer Mediziner: Prof. J. Tschasow, Mitglied der AdW, Vorsitzender des sowjetischen Komitees „Ärzte für die Abwendung eines Kernwaffenkrieges“; L. Iljin, Ordentliches Mitglied der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der UdSSR, stellvertretender Vorsitzender des Komitees; Prof. A. Guskowa, Mitglied des Komitees. Von dieser Wahrheit war auch auf der kürzlich in Cambridge (England) abgehaltenen zweiten Konferenz „Ärzte der Welt für die Verhütung eines Kernwaffenkrieges“ die Rede.

G. SIDOROWA

WASSER TEURER ALS ERDÖL

Wladimir ILJUSCHIN

Katar ist ein Staat an der Südküste des Persischen Golfs. Er misst nur 11 000 Quadratkilometer. Jahrhundertlang war er zurückgeblieben, und seine Einwohner — nur einige zehntausend — waren betelarm und unwissend. Noch vor 25 Jahren lebten sie größtenteils vom Fischfang, von der Perlenfischerei, vom Handel und von dem in der Wüste kärglichen Ackerbau sowie von der Nomadenviehzucht.

Über die Halbinsel Katar, die von alters her mit Araberstämmen besiedelt war, zogen viele fremdländische Eroberer — Portugiesen, Perser und Türken — hinweg, bis die britischen Kolonialisten dort Fuß faßten. Das geschah kurz nach dem ersten Weltkrieg. Großbritannien zwang dem Fürstentum mehrere Knechtschaftsverträge auf und machte es zu seinem Protektorat. Seine Herrschaft über dieses Land war aber nur von verhältnismäßig kurzer Dauer. Katar hielt sich vom Kampf der arabischen Völker für die nationale Befreiung nicht fern.

Im September 1971 gab der Emir von Katar bekannt, daß alle Verträge und Abkommen außer Kraft gesetzt sind, die für das Sonderverhältnis des Landes mit der britischen Regierung bestimmend waren, und rief im Emirat einen „unabhängigen Staat mit voller Souveränität“ aus, „der seinen sämtlichen internationalen Verkehr selbständig abwickelt“. Die UdSSR erkannte den neuen selbständigen Staat als eins der ersten Länder an.

Aber kurz nach Ausrufung der Unabhängigkeit schloß derselbe Machthaber mit Großbritannien einen Vertrag, der den nationalen Interessen des Emirats zuwiderlief. Im Februar 1972 ergriff mit dem tatkräftigen Beistand der Armee und der Sicherheitskräfte, die gegen die britische Vormachtstellung vorgegangen waren, sein Vetter, Scheich Khalifa bin Hamad al-Thani, die Macht.

Der neue Emir verabschiedete die englischen Offiziere aus der Armee, er reorganisierte die Regierung und unternahm einige Schritte zur Modernisierung und zu einer gewissen Demokratisierung des Staateswesens. So wurde z. B. ein Konsultativrat gebildet, zu dessen Obliegenheiten es gehörte, vom Kabinett eingebrachte Gesetzesvorlagen und

überhaupt dessen Tätigkeit zu erörtern. Scheich Khalifa leitete der Staatskasse den Teil des Erlöses aus dem Erdöl zu, den vorher der Emir selbst eingestrichen hatte. Löhne und Gehälter wurden erhöht.

Besonders wichtig aber ist, daß die nationalen Erdöl- und Gasressourcen unter staatliche Kontrolle gestellt wurden. Über diese Naturschätze verfügten vorher westliche Konzessionäre. Die Regierung von Katar rief 1972 eine Nationale Ölgesellschaft ins Leben, kaufte die Konzessionäre gleich anfangs teilweise aus und übernahm bis Anfang 1977 die unumschränkte Kontrolle über die ölgewinnenden Firmen, die sich im Lande betätigten.

Der Ölsegeln

In Katar leben viel weniger Stammbewohner als Leute, die auf Arbeit zugereist sind. Von den jetzt rund 250 000 Bewohnern machen die Stammbewohner ungefähr 25% aus. Die meisten von ihnen bekleiden Staatsposten, sind Geschäftsleute oder im Bankwesen tätig. In der eigentlichen Produktion arbeiten in der Hauptsache Einwanderer aus anderen arabischen und aus asiatischen Ländern.

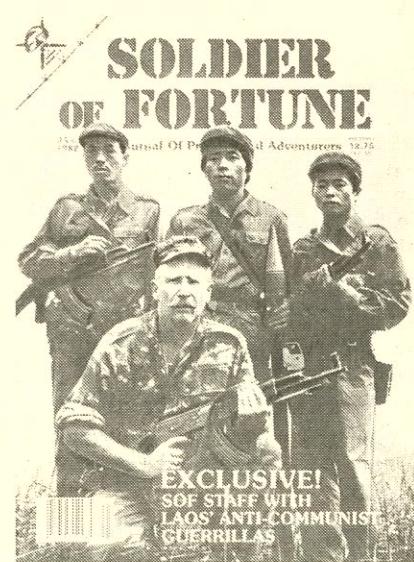
Das Öl erbringt 95% der Exporteinkünfte und über 90% der staatlichen Einnahmen. Die erschürften Ölreserven werden auf eine halbe Milliarde Tonnen geschätzt, und die Jahresausbeute beläuft sich jetzt auf 21–24 Mio t, so daß das Öl, wenn die Förderung in diesem Umfang weitergehen sollte, nur etwa 20–25 Jahre reichen dürfte. Deshalb wird rege nach neuen Vorkommen geschrifft.

Aber außer Öl hat Katar auch sehr große Naturgasvorkommen. Ihre Erschließung verspricht, das Land mit der Zeit unter die führenden Gasexporteure aufrücken zu lassen. Die Regierung bemüht sich darum, die Wirtschaft vielseitig zu gestalten. Im letzten Jahrzehnt wurden allerlei Betriebe gebaut: zum Verflüssigen des mit dem Öl anfallenden Gases, für Stahl, Zement, Kunstdünger und andere Erzeugnisse der Petrolchemie, ferner für Leichtindustrieerzeugnisse. Es sind Schutzzölle eingeführt worden. Der Staat schafft einen Anreiz dafür, daß sich nationales Privatkapital an der Entwicklung des Landes betei-

ligt. Er gewährt ihm zu Vorzugsbedingungen Kredite, verkauft ihm zu billigen Preisen Grundstücke und erläßt ihm die Steuern. Auch für ausländische Investitionen wird ein Anreiz geschaffen, die ausländischen Gesellschaften müssen aber unbedingt einen katarischen Staatsbürger als Teilhaber aufnehmen.

Das kleine Katar hat jetzt bereits eine relativ entwickelte Infrastruktur: zwei moderne Seehäfen (Doha und Umm Said), einen internationalen Flughafen in Ad-Dawhah (Doha), der durch 20 Fluglinien mit dem Ausland verbunden ist, von denen die meisten von Maschinen der Gulf Air Co. (die gemeinsam Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und dem Oman gehört) beflogen werden, ferner ein weitverzweigtes Netz von Autobahnen und ein hochmodernes Fernmeldewesen.

Was es in Katar aber eigentlich nicht gibt, das ist ein Ackerbau. Fast alle Nahrungsmittel werden eingeführt.



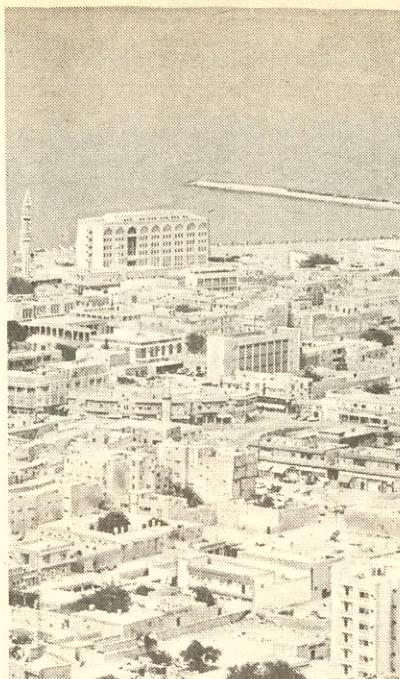
„Da ist nichts zu machen, die Blütenblätter fallen ab.“ Dieser Lieblings-spruch des seligen „großen Steuermannes“ wird jetzt immer öfter von den Anführern der Pol-Pot-Leute, der „freien Khmer“ und der laotischen und vietnamesischen Reaktionäre nachgesprochen, die sich in Bärenwinkeln des indochinesischen Dschungels verschanzt haben. Bei den westlichen Journalisten, die sie von Zeit zu Zeit in ihren aus Stroh geflochtenen Wolfsschanzen aufsuchen, beklagen sie sich darüber, daß das Vorgehen immer schwerer fällt. Um nicht entlarvt zu werden, müssen sie ihr Äußeres verändern, sich taubstumm stellen oder Krüppel machen. Das „Schilmste“, aber ist, daß ihnen die Bevölkerung nicht hilft und

Doha, die Hauptstadt von Katar

Das rapide Anwachsen des Erlöses aus dem Erdöl (ca. 5 Md. Dollar jährlich) hat in den letzten Jahren zu ansehnlichen finanziellen Überschüssen geführt, die im Ausland angelegt werden. Bis Anfang 1979 betrugen Katars Guthaben im Ausland schon 3 Md. Dollar und wuchsen weiter an.

Die wirkliche Macht liegt in Katar vor allem in den Händen der regierenden Familie al-Thani, die rund 300 Personen zählt. Sie stehen den wichtigsten Ministerien vor und bekleiden auch andere leitende Staatsposten. Parteien und Gewerkschaften bestehen im Lande nicht.

Ein Teil der Einkünfte aus dem Erdöl wird für Sozialleistungen verwendet. Bildungs- und Gesundheitswesen stehen den Staatsbürgern kostenlos zur Verfügung. In den Jahren der Unabhängigkeit hat sich die Zahl der Schüler in den Schulen verschiedener Stufen verdoppelt — 1980 waren es fast 40 000. Es gibt



neuerdings auch eine Universität. Bemerkenswerterweise sind die jungen Mädchen unter den Studen-

ten zahlreicher als die jungen Männer, was für einen Moslemstaat recht ungewöhnlich ist. Der Staatsrat sieht Zuschüsse zur Aufrechterhaltung fester Preise für Massenbedarfartikel, für die Belieferung der Landesbewohner mit Strom wie auch mit Wasser vor, das unter arabischen Verhältnissen nicht billig ist. Es heißt, in Katar freue man sich über die Erschöpfung eines neuen „Wasservorkommens“ mehr als über ein neues Ölrevier. Der Staat baut Wohnhäuser für geringbesoldete Personen. Alle diese Sozialleistungen kommen aber in erster Linie Stammbewohnern des Landes zugute.

Wolken über dem Golf

Als Teilnehmer der Bewegung für Nichtpaktgebundenheit setzt sich Katar für die Erhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit und für rechtsgleiche Beziehungen unter allen Ländern ein.

Über Katar haben sich jedoch,

WENN DIE BLÄTTER FALLEN...

daß sich die Reihen der Banden rasch lichten.

Selbstverständlich beklagen sich die Rädelshörer der noch nicht aufgeriebenen Banditen nicht nur bei Journalisten, sondern auch bei ihren Brötchengebern in Peking, Washington und den Hauptstädten einiger ASEAN-Länder. Diese versuchen schon lange, aus den kunterbunten Cliquen kampffähige Einheiten zu bilden, das gelingt aber nicht, so sehr sich die CIA, die chinesischen und andere Geheimdienste auch anstrengen.

Da fielen ihnen die „Indochina-Spezialisten“ aus den Reihen der „Glücksritter“, der ehemaligen Söldner, ein. Sofort flog eine „Abordnung“ dieses Gelichters nach Bangkok ab, geführt von Robert Brown, dem Herausgeber der Zeitschrift „Soldier of Fortune“. Sie traf sich mit den Häupflingen eines der in gebirgigen Gegenden von Laos, Vietnam, Thailand und China lebenden Meo-Stämme.

Eine rührende Begegnung, fast wie in einem altenglischen Roman: Der treue alte Diener vergießt Tränen an der Frackschulter des lange nicht mehr im Familienschloß gewesenen Lords. Während des Indochinakriegs stellte die CIA aus Meo-Gebirglern unter „General“ Vang Pao eine „Geheimarmee“ auf. Nachdem die Besatzer ausgerissen waren, wurde diese „Armee“ dem chinesischen Geheimdienst übergeben. Nun waren die alten Herren wieder da, und man gedachte gerührt der alten Zeiten.

Jim Coyne, ein Mitglied der „Abordnung“, schreibt im „Soldier of Fortune“: „Viele Befehlshaber sind Veteranen des geheimen Krieges, den die USA in den 50ern und 60ern ... gegen die Nordvietnamesen führten. Die einfachen Soldaten aber kommen gewöhnlich aus einem Lager in Szemao, Provinz Yunnan (China), wo sie ausgebildet, bewaffnet und mit allem Notwendigen versehen werden. Die Chinesen haben mit Waffen nicht gegeizt“, lobt Coyne und beschreibt mit Sachkenntnis die Ausrüstung der Banditen: MPis, Handgranaten, Granatwerfer, Felduniformen und sogar die grünen Wickelgamaschen chinesischen Fabrikats.

Die Gäste lobten, wie gut die Banditen Handgranaten zu werfen und Schützengräben auszuheben verstehen. Sie sprachen dem Reisschnaps zu, überquerten dann die Grenze zwischen Thailand und Laos und begaben sich zu dem in einer dünnbesiedelten Gegend verborgenen Geheimstab der Meo-Separatisten. Nachdem sie ein Titelbild für die Zeitschrift geschossen und etwas gerastet hatten, traten sie mit zitternden Knien (man war ja nicht mehr so fit wie im Vietnamkrieg) den Rückweg an. Damit war ein Weg gebahnt.

Der Artikel im „Soldier of Fortune“ war genau gezielt: auf Leute wie den Ex-Piloten Sam Dubyak aus Inglewood (Kalifornien), der im selben Heft verspricht, „für gutes Geld alles und ganz gleich wo zu machen“; wie den ehemaligen Marineinfanteristen Tom Riley aus

Oskaloosa (Iowa), der die Landkarte Indochinas vom Regal nimmt und „Arbeit als Söldner in einer beliebigen Weltgegend sucht“; wie die Mitglieder der „Internationalen Söldnerbruderschaft“ in Richboro (Pennsylvania) und ähnlicher Organisationen, die sich beim Lesen die Hände reiben.

Die Lehren von Vietnam, Laos und Kampuchea haben nicht angeschlagen. Im „Soldier of Fortune“ steht zu lesen: „Gründliche Vorbereitungen auf eine zweite 'Lehre von Vietnam' sind im Gange“; „Aus zuverlässigen Quellen in Südostasien wissen wir von einer bevorstehenden Aktion in Laos, Kambodscha und Nordvietnam. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Sie beginnt am Ende der Regenzeit (Oktober—Dezember) in Nordwest-Laos. Mit Hilfe der VR China, der Volksbefreiungsarmee Chinas und unter Teilnahme laotischer Widerstandskräfte soll die Bildung eines unabhängigen Laos (!) versucht werden. Der Angriff im Nordwesten wird mit Angriffen der 'Roten Khmer' in Kambodscha im Süden und im Hinterland Vietnams verbunden und mit einem Druck an der chinesisch-vietnamesischen Grenze koordiniert werden.“

Sollten die Söldner die sich lichtenden Reihen der Pol-Pot- und sonstigen Banden auffüllen wollen, dann werden sich die Reihen der Leser des „Soldier of Fortune“ wahrscheinlich bald lichten. Und da ist wirklich nichts zu machen, die Blütenblätter fallen eben ab.

J. DIMOW

ebenso wie über den anderen Golfländern, Wolken zusammengeballt. Die Region mit ihren Ölschätzen war und ist ein Objekt imperialistischer Ansprüche der USA. Washington hat den Persischen Golf zu einer Zone seiner „Lebensinteressen“ erklärt und sucht sich dort militärisch festzusetzen, womit es die Souveränität der Küstenstaaten bedroht.

In Katar verfolgt man dieses Vorgehen mit Besorgnis. Wie die in Doha erscheinende Zeitung „Al Rayā“ schrieb, wollen die USA „in Nahost zur Politik der Militärblöcke und -stützpunkte zurückkehren, die die Rechte und Interessen der arabischen Staaten schmälert“, weshalb sie von ihnen abgelehnt wird. Die Regierung von Katar tritt gegen die Einmischung der USA in die Angelegenheiten der Golfländer auf, gegen die Präsenz einer amerikanischen Kriegsflotte in diesem Raum, dagegen, daß dort fremde Militärstützpunkte angelegt werden. Sie pflichtet dem Gedanken bei, den ganzen Indik zur Friedenszone zu erklären.

Die Führung von Katar geht davon aus, daß die Sicherheit für den Golf unlösbar mit einer Behebung der ganzen Nahostkrise verbunden ist. Sie setzt sich für einen gerechten, festen Frieden im Nahen Osten ein, der nur möglich ist, wenn die Truppen Israels die besetzten arabischen Gebiete räumen und wenn die nationalen Rechte des arabischen Volks von Palästina berücksichtigt werden. Das größte Hindernis auf dem Weg zu einem solchen Frieden sieht Katar in der aggressiven Expansionspolitik Israels, die von den USA unterstützt und gefördert wird. Die in Katar erscheinende „Gulf Times“ schrieb, daß Washingtons Politik nicht allein die arabischen Länder, sondern auch den Weltfrieden gefährdet. Das Abkommen über die amerikanisch-israelische „strategische Partnerschaft“ ist in Katar als eine neuerliche antiarabische Aktion der USA, als ein neues Hindernis für eine Nahostregelung qualifiziert worden. Katar hat entschieden verurteilt, daß Israel die Golanhöhen besetzt hält; ebenso das Veto der USA im Sicherheitsrat gegen den Beschuß, Sanktionen über den israelischen Aggressor zu verhängen.

Katar ist für internationale Entspannung und dafür, daß in den zwischenstaatlichen Beziehungen die Prinzipien der friedlichen Koexistenz walten. Durchaus folgerichtig hat es in der UNO eine Anzahl sowjetischer Initiativen zur Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit und zur Verhütung eines Kernkriegs unterstützt.

BULGARIEN



VERGANGENES – STUFE ZUR ZUKUNFT

Albert PIN

Es ist nicht so einfach, die Erinnerungen an die Vergangenheit zu bewahren und an die nächste Generation weiterzugeben. Dazu ist vieles erforderlich, vor allem, daß die Pflege der geschichtlichen und kulturellen Denkmäler sowie der Volkskunst zur Staatspolitik erhoben wird. Nicht minder wichtig ist es aber, daß sich jeder einzelne der Geschichte seines Heimatlandes verbunden fühlt und weiß, daß die auf der Vergangenheit fußende Zukunft auch von ihm abhängt.

Meiner Ansicht nach gehört dieses persönliche Gefühl der Verbundenheit mit der Landesgeschichte zum Charakter des Bulgaren, ganz gleich, wo er lebt, ob in dem Flecken Nesebâr am Schwarzen Meer oder in der Hauptstadt Sofia, in Veliko Târnovo an der Yantra oder in Koprivshtica auf der Sredna Gora.

Fest der Farben und Gesänge

In der Flußniederung der Topolnitsa und auf den Hängen der umliegenden Berge stehen verstreut kleine Häuser, blau, gelb, rotbraun, lila, orange usw. Jedes hat sein eigenes Gesicht. Beim einen sitzt das Dach über dem Erker keck wie die Mütze eines Stutzers. Bei einem anderen sind die Wände mit schönen Holzschnitzereien verziert, und eins steht gar, auf beide Ufer gestützt, wie eine Brücke über dem schmalen Fluß.

Die Gäßchen mit Kopfsteinpflaster scheinen auf das Murmeln der zahlreichen Bäche zu lauschen. Die Höfe haben Steinzäune, die von Efeu berankt sind. Die schweren Tore, die früher auch als Schutz gegen Feinde dienten, sind mit Schmiedeeisen beschlagen.

Koprivshtica hat fast 400 Sehenswürdigkeiten, je eine kommt auf 7–8 Einwohner. Es sind Häuser, alte Kirchen, Brücken über die schäumende Topolnitsa.

Eine Brücke ist in ganz Bulgarien berühmt. Hier peitschten 1876 die ersten Schüsse des Aprilaufstandes gegen das Türkendoch. An dem neben der Brücke aufragenden Denkmal der Aufständischen sind folgende Worte eingemeißelt: „Ihr habt hier die ersten Kugeln auf die Knechtschaft abgefeuert, die fünf Jahrhunderte dauerte.“ Am Ufer aufgereiht stehen wie eine Ehrenwache Birken und Tannen.

Naiden Kalytschew, der diese Brücke 1818 baute, ahnte natürlich nicht, daß sein Werk eine geschichtliche Denkwürdigkeit werden sollte. Petr Kalytschew aber, der 1913 das Werk seines Urgroßvaters restaurierte, war sich natürlich bewußt, daß er die Lebensdauer einer Brücke verlängerte, die nicht allein die beiden Ufer, sondern auch Jahrhunderte der Geschichte seines Vaterlandes verbindet.

In Koprivshtica haben starke, mutige und unternehmende Menschen gelebt. Hier gediehen jahrhundertelang, sogar unter der türkischen Knechtschaft, die Gewerbe. Die Männer gingen auf Arbeit nach Konstantinopel, Venedig und sogar nach Ägypten und Äthiopien. Heimgekehrt, bauten sie sich ein Haus und träumten von einem Leben auf freiem Boden, wenn nicht für sich, so für ihre Kinder oder Kindeskinde.

Viele alte Häuser sind jetzt Museen, in denen die Einrichtung und der Hausrat sorglich instand gehalten wird. Eine wahre Augenweide sind die Ornamente an den Stubendecken und die Wandmalereien. Auf langen Bänken und Diwanen liegen bunte Kissen und auf den Fußböden heimgewebte langhaarige Wollteppiche in den warmen Farben der Natur. Ist man in so einem Haus gewesen, so kann man die einstigen Bewohner, ihr Sinnen und Trachten und ihre Freuden besser verstehen und sich ihre Vorstellungen von der Heimat und der Welt vergegenwärtigen.

Besonders ehrt Koprivštica das Andenken an seine berühmten Söhne. Es sind Todor Kableschkow, ein Führer des Aprilaufstandes, der revolutionäre Schriftsteller Luben Karawelow und der große Dichter Dimitscho Debelanow.

Die Stadt hat zu jeder Zeit viele Gäste. Es gibt aber Tage, an denen Hunderttausende dort gewesen sein möchten. Ich meine die drei Tage der bunten Festspiele bulgarischer Volkskunst, die alle fünf Jahre veranstaltet werden und sehr populär sind.

Im vorigen Sommer war die Stadt schon zum vierten Male Schauplatz der Volksweisen und -tänze. Um das Recht, an dieser Schau teilzu-

Volkstänze wahrscheinlich das größte Vergnügen bereitet. Sie wurden von Gruppen aus vielen Dörfern vorgeführt, darunter von Bauern und Bäuerinnen aus dem Dorf Gala, Kreis Smoljan, das u. a. für die Langlebigkeit vieler seiner Bewohner berühmt ist. Der jüngste Tänzer dieser Gruppe war 68 Jahre alt.

Auf einem Podium traten nur Kinder auf. Diese besten der 100 000 kleinen Laienkünstler Bulgariens waren entzückend.

Anziehend an diesen Festspielen ist auch, daß jeder Verehrer der Laienkunst Gelegenheit hat, sein eigenes Können außer Wettbewerb zu zeigen, einfach zum Vergnügen, um sich als Teilnehmer des schönen Festes zu fühlen.

Neuer Ruhm einer alten Stadt

Abends sieht Nesebâr von fern wie ein auf Reede ankerndes großes Schiff aus. Es leuchten die Fenster wie Bullägen, Girlanden aus Glühbirnen glitzern an den Kais.

Auf jeder Straße kommt man zum Meer. Die Stadt steht auf einer 850 m langen und 300 m breiten Halbinsel, die durch eine schmale Landenge mit dem Festland verbunden ist.

An der ganzen bulgarischen Schwarzmeerküste ist wohl keine Stadt älter als diese. Zeugen ihrer fast 3000jährigen Geschichte sind erhalten geblieben: Überbleibsel einer Festungsmauer, Türme, Inschriften auf Marmorplatten, uralte Basiliken, Kirchen, Goldmünzen und Schmuck und natürlich Wohnhäuser aus dem 17. und 18. Jahrhundert.

Die Griechen, die hier einst eine reiche Handelskolonie gründeten, nannten sie Mesembria. Die später von den Römern eroberte Stadt geriet in Verfall. Mit dem Einzug der Byzantiner kam Mesembria wieder zu Ehren und Bedeutung, jedoch als Festung zum Schutz der Schwarzmeerbesitzungen Konstantinopels. Ihren jetzigen Namen bekam die Stadt im Jahre 812, als Khan Krum sie eroberte und dem bulgarischen Staat einverleibte.

Jetzt hat sie ihre strategische Bedeutung eingebüßt, ist jedoch ein starker Anziehungspunkt für Touristen aus aller Herren Ländern. Etwas Besonderes an Nesebâr ist, daß es vor 25 Jahren durch Beschuß der Regierung Volksbulgiens zum Museum erklärt worden ist.

Das im Winter stille Nesebâr ist im Sommer wie verwandelt. Malestische Winkel ziehen viele Touristen an. Sie kommen zum großen Teil aus dem benachbarten Seebad Sonnenstrand. An den Ausläufern

der Stara Planina ist längs des vorzüglichen Strandes inmitten der Dünen und Baumbestände diese Stadt mit ihren komfortablen Hotels, gemütlichen Campingplätzen und zahlreichen Gaststätten entstanden. Von Mai bis Oktober weilen 700 000—800 000 Badegäste hier, wo noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit kahler Strand war, in Nesebâr und anderen Küstenorten der Nachbarschaft.

Die Zahl gab mir Gentscho Alatschenow, der dem Gemeindevolksrat vorsteht. Er und sein Stellvertreter Grigori Charisanow haben mir viel Wissenswertes über das Leben in Nesebâr, über dessen Sorgen und Probleme erzählt.

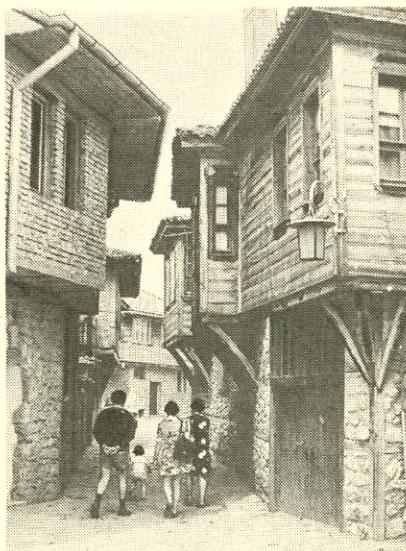
Es ist das Zentrum einer Gemeinde, die außer der Stadt selbst aus 14 Dörfern und Siedlungen besteht. Die Gemeinde hat 18 000 Einwohner, von diesen Nesebâr 8000. In der Altstadt, d. h. auf der Halbinsel, wohnen etwa 2500 Personen, die übrigen in Neubauvierteln jenseits der Landenge.

Wird eine ganze Stadt zum Museum erklärt, so muß man nicht nur einzelne Denk- und Sehenswürdigkeiten pflegen, sondern ihr ganzes Aussehen beibehalten, das sich in vielen Jahrhunderten gebildet hat. In Nesebâr sind die Denk würdigkeiten in drei Gruppen eingeteilt: solche von Welt-, von Landes- und von Lokalbedeutung. Zur dritten Gruppe gehören viele Wohnhäuser. Die Fassaden werden unverändert gelassen, aber innen sind Umbauten und Modernisierungen erlaubt. Die übrigen Denk würdigkeiten werden besonders gepflegt und, falls nötig, auf streng wissenschaftlicher Grundlage rekonstruiert.

Unlängst sind in Nesebâr noch an-

Gasse in Nesebâr

Fotos des Verfassers



Eine Teilnehmerin der nationalen Festspiele in Koprivštica

nehmen, wetteiferten 400 000 Bulgaren aus den verschiedenen Städten und Dörfern. Im Rahmen des Festes traten über 500 Chöre, Tanzgruppen und Kapellen sowie Hunderte Solisten auf.

Man sollte meinen, beim heutigen Rhythmus des Lebens in den Städten und bei der modernen Funk- und Fernsehtechnik müßte die Anziehungskraft solcher Volkskunstfeste nachgelassen haben. Deshalb ist der stete Erfolg der Festspiele in Koprivštica um so bemerkenswerter. Er zeugt eindeutig davon, daß das Interesse für die Folklore nicht ab, sondern zunimmt. Das ist nicht nur für Bulgarien charakteristisch, sondern auch für die anderen Länder, in denen die kulturellen Traditionen gepflegt und gefördert werden.

Den vielen Zuschauern haben die Choro genannten bulgarischen

dere bemerkenswerte Arbeiten an- gelaufen. Archäologische Forschun- gen unter Wasser haben ergeben, daß die Halbinsel in alten Zeiten doppelt so groß wie jetzt war, denn unter Wasser fanden sich Festungsmauern, Kirchen und andere Bauten. Der Staat hat große Summen zur Befestigung des Ufers und für seine Ver- schönerung bereitgestellt, damit Nesebár vor den Fluten geschützt ist und damit rings um die Stadt eine Erholungszone mit Uferpromenaden entsteht. Strömen die zahlreichen Gäste der Stadt jetzt sogleich ins Zentrum, so werden sie bald mehre- re Routen haben. In den Spitzenzei- ten für Touristen wird nicht mehr solches Gedränge herrschen. Die Gäste werden die Altertümer be- wundern können, die 15—40 m vom nördlichen Ufer entfernt unter Was- ser entdeckt worden sind. Diese Se- henswürdigkeiten werden dem Meer entrissen.

Man kann sehr lange durch die en- gen und wunderbar grünen Straßen von Nesebár wandern. Der Boden ist steinig, aber da wachsen Reben, Feigenbäume und Efeu. Die Stra- ßennamen entsprechen der romanischen Umgebung. Da gibt es eine Nixon-, eine Aurora- und eine Ve- nusstraße. Aber eine Straße ist nach unserer Zeitgenossin Jana Lyskowa benannt. Hier steht auch ihr Haus, das jetzt Museum ist.

Jana war Lehrerin im Dorfe Po- morije südlich von Nesebár. Kurz vor dem zweiten Weltkrieg gebar sie eine Tochter.

Nach dem Einfall Hitlerdeutsch- lands in die UdSSR entstand in verschiedenen Gegenden Bulgariens eine antifaschistische Partisanen- bewegung. Den Partisanenverband „Naroden jumruk“ (Volks- faust), der im Osten der Stara Pla- nina operierte, führte Janas Mann, Nikolai Lyskow.

Die faschistischen Behörden fürch- teten die Faust des Volkszorns. Ge- gen Lyskow und seine Kameraden wurden Polizeiaufgebote vorge- schickt. Auf jeden Partisanen wurde ein hoher Kopflohn ausgesetzt. Lan- ge waren die Partisanen nicht zu fassen. Aber schließlich wurden sie von den Feinden aufgespürt. Lys- kow erlag seinen Wunden. Bald darauf holten Gendarmen seine Frau. Sie wurde mit einer Gruppe von Partisanen und Jataken (wie ihre Helfer aus der Bevölkerung genannt wurden) am 2. Juni 1944 erschossen. Im September des glei- chen Jahres zog die ersehnte Frei- heit in Bulgarien ein.

„Und was wurde aus dem Kind?“, fragte ich die alte Kustodin des Museums.

„Als Aelita verwaiste, war sie sechs Jahre alt. Janas Eltern, Fana und Georgi Iwanow, alte Kommuni- sten, erzogen sie. Sie hat in Moskau Biologie studiert, arbeitet in Stara Sagora und kommt im Urlaub im- mer zu Großmutter Fana her, die nebenan, auf demselben Hof, in dem Haus da drüben, wohnt.“

Wer zum ersten Mal und nur für kurze Zeit nach Nesebár kommt, der mag glauben, daß die museale Stadt ganz auf die Vergangenheit einge- stellt ist und daß in ihr größtenteils Altersrentner wohnen. Das ist aber nicht der Fall. Nesebár führt ein reges Leben, und was das Alter der Einwohner betrifft, ist die Stadt, wie mir im Volksrat der Gemeinde gesagt wurde, eine der jüngsten in Bulgarien. Das ist sie allerdings erst in den letzten zwei Jahrzehnten ge- worden.

Als man das Seebad in der Nach- barschaft zu bauen begann, wurde alles anders. Einige tausend Bau- leute, u. zw. junge, übersiedelten nach Nesebár, und dessen Einwoh- nerschaft wuchs bis 1975 fast auf das Vierfache an. Man mußte sogar den Zuzug begrenzen, sonst wäre es in der alten Stadt zu eng geworden. Wohnhäuser baut man jetzt unweit der Nesebärer Neustadt und in den nahen Dörfern.

Beschäftigten sich die Einwohner früher größtenteils mit Weinbau und Fischerei, so arbeiten jetzt viele auf dem Bau, bei den Dienstleistun- gen oder in den beiden Betrieben, die Andenken für Touristen anferti- gen. In dem Agrar- und Industrie- komplex Nesebár zieht man neuer- dings in Treibhäusern Gemüse für die Hotels des Seebads nebenan. Auch die Fischer sind in einer bes- sernen Lage. Sie haben moderne Fahrzeuge, auch sowjetische, hinzu- bekommen. Ein neuer Fischereipier ist entstanden, und für die nächste Zeit ist der Bau eigener Anlagen für die Fischverarbeitung geplant.

Ich schrieb schon, daß Nesebár früher von einer Festungsmauer umgeben war. Von ihr ist wenig übrig, in die Stadt und aus der Stadt kommt man aber noch jetzt wie vor Jahrhunderten durch große, altersgeschwärzte Tore.

Beim Abschied von Nesebár dachte ich voll Hochachtung an die Men- schen, die die schlichte Wahrheit erkannt haben, daß Vergangenes eine Stufe in die Zukunft ist und daß deshalb Zeugen der Vergangen- heit bewahrt und gehütet werden müssen.

Koprivštica—Nesebár—Moskau



Im Zusammenhang mit dem britisch-argenti- schen Konflikt um die Falkland-Inseln (Malwi- nen) wird in der Presse der „Rio-de-Janeiro-Pakt“ erwähnt. Was legt er fest?

E. BELOWA
Moskau

Als „Rio-de-Janeiro-Pakt“ be- zeichnet man den Interamerikani- schen Vertrag über gegenseitige Hilfe, der im September 1947 in Petrópolis bei Rio unter Druck des Pentagon von Vertretern der USA und der lateinamerikani- schen Staaten unterzeichnet wurde. Der Vertrag wurde die Grund- lage des interamerikanischen mi- litärpolitischen Systems.

Als Ausgangspunkt des Pakts dienten die berüchtigten Losun- gen der „interamerikanischen So- lidarität, und des „interamerika- nischen Friedenssystems“, womit Washington stets seine Expan- sionsbestrebungen bemächtigte. Es wurde vorgesehen: Wenn ein Staat der „amerikanischen Welt“ von einem beliebigen Staat über- fallen wird, soll das von allen an- deren amerikanischen Ländern als Angriff auf sich selbst qualifiziert werden.

Im Vertrag wurde die „Sicher- heitszone“ festgelegt, innerhalb der jede beliebige militärische Aktion irgendeines nichtamerika- nischen Staates als Angriff auf die Länder der gesamten Hemisphäre betrachtet wird. Die Westgrenze dieser Zone verläuft vom Nordpol über den Pazifik bis zum Südpol und die Ostgrenze über die Ost- küste Grönlands und den Atlan- tik bis zum Südpol. Der Länge nach wurde die Zone bis auf die Minute festgelegt. Bei einer Ent- fernung von 300 Meilen von den Küsten des Kontinents umfaßt sie 100 Mio km².

Zur Zeit der Vertragsunter- zeichnung gab es keine reale Be- drohung Süd- oder Nordamerikas seitens nichtamerikanischer Staaten. Washington brauchte damals derartige Kasuistik nur, um ein System von US-Militärstützpunk- ten in der westlichen Hemisphäre zu schaffen.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Ich wundere mich, wie empfindlich die sozialistischen Länder auf westliche Rundfunkprogramme für diese Länder reagieren. Der Westen klagt die UdSSR ja keiner „subversiven“ Sendungen an, obwohl Programme von Radio Moskau genügend Nachrichten enthalten, die in der kapitalistischen Welt als „subversive, kommunistische Propaganda“ aufgefaßt werden könnten.

Ralf HOLT,
Bremen, BRD



Es diskutiert
der Stellvertretende
Chefredakteur
der NZ
Sergej
GOLJAKOW

In der Tat, Herr Holt, warum beschuldigt der Westen die UdSSR keiner „subversiven Rundfunksendungen“? Glauben Sie wirklich, daß man sich dort diese Gelegenheit entgehen ließe, wenn man auch nur den geringsten Anlaß dazu hätte? Die Sache ist die, daß kein Anlaß zu derartigen Beschuldigungen vorliegt.

Radio Moskau sendet in vielen Fremdsprachen. Es spricht zu den Völkern vieler Länder. Aber in keiner Sendung wird auch nur im geringsten versucht, sich in die inneren Angelegenheiten dieser Länder einzumischen und ihnen den eigenen Willen aufzunötigen. Erst recht ruft Radio Moskau seine Hörer im Ausland nicht zum Sturz legitim gewählter Regierungen auf, hetzt es nicht zum Aufruhr und zu Aufständen und erteilt es Provokateuren und Extremisten keine Anweisungen. Unsere Sendungen fürs Ausland haben die Aufgabe, die Hörer ausführlich und vielseitig über das Leben in unserem Land, über seine Leistungen und Probleme zu informieren und das Weltgeschehen aus sowjetischer Sicht zu kommentieren.

Die geniale Erfindung des russischen Physikers Alexander Popow hat der Menschheit in der Tat eine ausgezeichnete Möglichkeit zum Verkehr gegeben. Aber schon, als die ersten verschiedensprachigen Sendungen ausgestrahlt wurden, war eins klar: daß der Rundfunk helfen kann, die Verständigung und das Vertrauen unter den Völkern zu vertiefen und anderseits Zwietracht und Desinformation auszuspreuen. Schon damals kannten alle das Beispiel Hitlerdeutschlands, das seinen Rundfunk zum Propagieren der nazistischen Wahnideen gebrauchte.

Vertreter vieler Länder, auch der UdSSR, verurteilten entschieden derlei Vorgehen und unterzeichneten vor etwa

50 Jahren eine Konvention, in der sie beküßtigten, daß der Rundfunk „ohne jede Schädigung des internationalen Einvernehmens“, „für eine bessere Verständigung der Völker“ gebraucht werden muß.

Neuerdings ist dieser Grundsatz in der KSZE-Schlußakte bestätigt worden.

Sie trägt die Unterschriften von 35 Staaten einschließlich der USA und Kanadas. Aber längst nicht alle von ihnen beweisen bei ihren Sendungen ins Ausland das gebührende Verständnis für ihre Verantwortung.

Es genügt, an die amerikanischen Sender „Liberty“ und „Free Europe“ (RL—RFE) zu erinnern, die nur nach der UdSSR und den sozialistischen Ländern Osteuropas senden. Sie wurden zu Anfang der 50er Jahre zu dem einzigen Zweck eingerichtet, in diesen Ländern das Regime zu verändern. Diesen Zweck verfolgen sie noch heute. Betrachten wir auch nur die Hetze von RFE gegen Volkspolen. Schon am 15. März 1971 brachte die „New York Times“ einen Artikel von David Binder, in dem von der provokanten Rolle die Rede war, die dieser Sender bei den Aktionen antisozialer Elemente in Gdańsk im Dezember 1970 gespielt hatte. Binder schrieb damals, daß die Hetze von RFE „zweifellos darauf abzielte, die regierungsfeindlichen Aktionen über Gdańsk hinaus zu verbreiten und es in der Folge zu einem Führungswechsel in Warschau zu bringen“.

Damals wurde nichts daraus, aber all die Jahre seitdem ist der Sender auf dieses Ziel losgegangen und hat versucht, es durch eine massive Einmischung in die Angelegenheiten Polens zu erreichen. Die Streiks und Unruhen, die in Polen im August 1980 begannen, waren nicht allein auf Fehler in der Wirtschaftspolitik der damaligen Führung Polens, sondern auch auf die unverhohlenen Wühlakte antisozialistischer Zentren im In- und Ausland zurückzuführen, unter denen RFE führend ist.

Wie in der westlichen Presse mitgeteilt wurde, arbeiten die 150 Angestellten der Polen-Abteilung von RFE seit dem 13. Dezember v. J., als in Polen der Ausnahmezustand verhängt wurde, rund um die Uhr. Sie verfassen und senden Instruktionen und Lösungen für

den konterrevolutionären Untergrund. Diese werden gewöhnlich in Form von Informationen über angebliche Vorgänge in Polen ausgestrahlt. In Wirklichkeit sind das Weisungen, wie die antisozialistischen Kräfte vorgehen sollen. Solche Weisungen sind z. B. ausführlich in einem Flugblatt enthalten, das von „den Widerstandskräften der Solidarność“ unterschrieben ist. Den Wortlaut hat RFE wiederholt ungetüft gesendet. Vorher hatte niemand in ganz Polen diese Flugblätter zu Gesicht bekommen. Sie wurden nach dem Rundfunkdiktat aus München hergestellt.

Es gibt viele solche Beispiele. Sie werden von der polnischen Presse berichtet. Auch ehrliche Journalisten im Westen gehen nicht schweigend über sie hinweg, solche, die schon lange die Direktverbindung zwischen RFE und den US-Geheimdiensten durchschaut haben.

Natürlich gleichen nicht alle westlichen Sender, die Programme für die UdSSR ausstrahlen, genau den beiden Hetzsendern. Aber leider führen die Stimme Amerikas, die BBC und die Deutsche Welle, statt ihrer Hörer mit dem Leben ihrer eigenen Völker bekanntzumachen, einen regelrechten psychologischen Krieg gegen unser Land und verpesten den Äther mit Flausen und Falschmeldungen über die sowjetische Innen- und Außenpolitik. Wie müßten wir, ihrer Ansicht nach, darauf reagieren? Natürlich muß uns das mißfallen.

Auch in vielen anderen Fällen sind westliche Sender unehrlich.

Gleich nach der Revolution in Afghanistan stockte die Stimme Amerikas ihre Propagandakapazitäten auf, die gegen das neue afghanische Regime gerichtet sind. Jetzt trägt sich die US-Regierung mit Plänen für eine massive Radiodiversität gegen Kuba, und als es zu dem englisch-argentinischen Konflikt kam, verlängerte die BBC die Sendezeit für Argentinien, natürlich nicht, um von neuen Ausstellungsstücken im Panoptikum zu berichten.

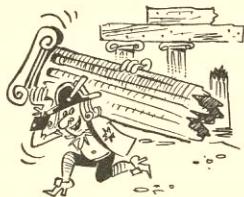
Wie Sie sehen, liegt eine subversive Propaganda in der Tat vor, aber keine kommunistische, und Radio Moskau hat nicht das Geringste damit zu tun.

PS

Generalprobe fürs Jenseits

„Besser ein Keller, als ein Grab“ — so lautet die Überschrift eines Beitrags im „Paris-Match“ über die in Frankreich speziell eingerichteten Keller, in denen Leute im Falle eines Krieges Schutz suchen können. Diese Räumlichkeiten dürfen — so meint die Stadtbehörde von Boulogne — aber auch jetzt nicht unbenutzt bleiben. Sie hat in diese sämtliche städtischen Ämter, auch ein städtisches Krankenhaus, eine Poliklinik und ein Entbindungsheim verlegt. Das Blatt schreibt nicht, wie sich die Patienten da fühlen, aber nach den Gesichtern auf dem Foto zu urteilen, nicht sehr behaglich.

„Bewahrer“ fremden Gutes



Zwischen der britischen Regierung und dem ägyptischen Kulturministerium tobt ein heftiger Streit um ein Stück vom Bart der Sphinx, die die berühmten Pyramiden von Gise bewacht. Schon seit 50 Jahren liegt das Stück Stein in einem Speicher des Britischen Museums verwahrt. Der Kulturminister der ARÄ, Abdul Hamid Radwan, hat um Rückgabe dieses Stücks angesucht, das ein Kapitän aus Genua schon im 19. Jahrhundert nach London brachte. Der Minister wurde aber kategorisch abgewiesen. Auch

Melina Mercouri, die griechische Ministerin für Kultur und Wissenschaft, hat bei London mit ihrem Anliegen nichts ausrichten können. Sie verlangte die Rückerstattung einer 1801 aus dem Parthenon entführten Skulptur und fand bei den britischen „Bewahrern“ fremden Gutes kein Verständnis.

Auf Urlaub zur Mafia



In einem bundesdeutschen Werbeprospekt, betitelt „Hotels und Pensionen — Sommer '82“, versucht man, dem deutschen Publikum einen „exotischen Urlaub“ schmackhaft zu machen. Da heißt es: „Noch ist Sizilien ein ziemlich unverdorbenes Paradies mit kilometerlangen leeren Sandstränden, besonders an der Südküste. Wenn auch die Mafia an manchem Urlaubsbett mitverdient — den Feriengast braucht das nicht zu stören.“

Er muß es ja wissen

Die New Yorker Zeitung „Village Voice“ teilt mit, der amerikanische Sänger Andy Warhol singe nicht nur, er könne auch Geister beschwören und mit ihnen sprechen. Vor kurzem habe er Hitler interviewt. Auf die Frage, ob es ihm gefallen habe, der Führer zu sein, soll Adolf geantwortet haben: „Well, es war wundervoll.“ Weiter beantwortete er Fragen über die heutige Weltlage. Der UdSSR prophezeite er wie 1941 einen „baldigen Untergang“, und über die jetzige US-Regierung sagte er, sie habe ihn „besser verstanden“. Zum Beweis dafür tat er seine Überzeugung kund, daß „ein Atomkrieg geführt und gewonnen werden“ könne.

Philip Rosenthal, ein bundesdeutscher Besitzer von Porzellanfabriken, wurde für Verdienste um die Wirtschaftsverbindungen mit dem US-Bundesstaat Georgia zum Ehrenbürger von dessen Hauptstadt Atlanta ernannt, zugleich zum Admiral, obwohl Rosenthal mit einer Flotte nie etwas zu tun gehabt hat. Im vorigen Jahrhundert, noch vor dem Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd, hatte Georgia weitgehende Souveränität und eigene Streitkräfte. Die Gesetzgeber müssen vergessen haben, dem Bundesstaat das Recht zu entziehen, militärische Ränge zu verleihen. Und so machen sich die Behörden von Atlanta noch jetzt ein Vergnügen daraus.

Admiral ohne Flotte

Ronnie Dugger, der Biograph Ex-Präsident Johnsons, hat, wie in der „Süddeutschen Zeitung“ mitgeteilt wird, endlich herausbekriegt, warum sich seinerzeit der „schmutzige Krieg“ in Vietnam so in die Länge zog. Einmal am frühen Morgen, als Johnson den Frontbericht aus Vietnam las, sei ihm der heilige Geist erschienen. Dieser hat ihm offenbar geraten, mindestens 500 000 Mann Verstärkung nach Vietnam zu schicken.

Hausnarr gesucht

In der bundesdeutschen „Welt“ erschien folgendes Stellenangebot: „Gesucht wird ein CLOWN, der mich mit Lachtherapie behandeln kann. Pornographie und Politik unerwünscht.“

Moderne Vampire



Der Kaffee ist ein einträglicher brasilianischer Exportartikel. Multis haben in Brasilien aber eine Ware gefunden, an der man noch mehr verdienen kann. Über mehr als 700 dortige Blutspendenstationen kaufen

sie für einen Pappenstiel armen Leuten Blut ab und verkaufen es 50—60mal so teuer nach den USA, der Bundesrepublik und anderen kapitalistischen Ländern. Wie die Pariser Zeitschrift „Jeune Afrique“ mitteilte, zapfen sie in einem Vorort von Rio de Janeiro allein täglich 10 000 Liter Blut ab. In Montreal soll es sogar eine Börse geben, die den Weltmarktpreis für den „besonderen Saft“ reguliert.

Der Schuldige gefunden



Manche jungen Leute haben es sich, der Londoner „Times“ zufolge, angewöhnt, bei Darbietungen heißer Musik im Takt mit dem Kopf zu zucken. Das sei sehr gefährlich. Der 15jährige Christopher Hyer aus Wolverhampton hat das bei einer Vorführung der Rockgruppe „Saxon“ so vehement getan, daß das ein böses Ende nahm. Im Totenschein wird „als Hauptursache des Todes das zu heftige Bewegen des Kopfes“ angegeben.

Zeichnungen:
V. Trintschenko